PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 47 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958 37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 8. April 1975 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

10. April 1975 Jg.3 Nr. 14 50 Pfennig

„Humanitäre Hilfe": Fortsetzung der US-Verbrechen in Vietnam

Die Bundesregierung beteiligt sich an den Verbrechen des US-Imperialismus

Gegenwärtig sind mehr als ein Dutzend Kriegsschiffe der 7. US-Flotte vor Saigon zusammengezogen worden. 4 Hubschrauberträger mit 8 000 Marineinfanteristen ankern vor der Küste. Und eine Luftbrücke zum Waffentransport nach Saigon wurde verstärkt Gleichzeitig haben die USA die Aktionen "Humanitäre Hilfe für die notleidende vietnamesische Bevölkerung" und "Baby-Lift" in Gang gesetzt.

Mit denselben Flugzeugen, die auf dem Hinflug die Waffen bringen, um die Eltern zu töten, sollen auf dem Rückflug die Waisenkinder außer Landes gebracht werden. Die in der vergangenen Woche mit 243 Kindern an Bord abgestürzte Galaxy hatte auf dem Hinflug 16 Haubitzen nach Saigon gebracht.

"Das größte Kidnapping, das es je gab"

Inzwischen sind die tatsächlichen Absichten bei diesen "humanitären Hilfsaktionen" bekannt geworden:

"Eine Gruppe Saigoner Oppositionspolitiker hat am Sonntag einen Brief eines hohen Regierungsfunktionärs (des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dan) veröffentlicht, in dem der amerikanische Botschafter in Saigon mit der Erklärung zitiert wird, daß die 'Baby-Luftbrücke' dazu beitragen werde , in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten einen Umschwung zugunsten Saigons herbeizuführen." (Süddeutsche Zeitung vom 7.4.1974) Danach sei "die Hilfsaktion . . . aus Propagandagründen organisiert"(Die Welt, 7.6.75) worden. "In diesem Brief schreibt der südvietnamesische Politiker, die Evakuierung einer großen Zahl von Waisenkindern werde an die Gefühle der Welt und vor allem an die amerikanische Öffentlichkeit appellieren. Das werde sich günstig für die Haltung gegenüber Südvietnam auswirken." (Die Welt, 7.4.75)

"Vor allem von den ausführlichen Presse- und Rundfunkberichten von der Ankunft der Kleinkinder in den USA erwarte er eine starke Wirkung" (Die Welt, 7.4.75).

Entsprechend kommentierte ein 'westlicher Diplomat' die Aktion damit: "Es ist das größte Kidnapping, das es je gab." (Die Welt, 7.4.75)

Und die Berichte zeigen es: "Viele (der Kinder) sind gar keine Waisenkinder, sondern von ihren Eltern, ihrer Mutter ins Waisenhaus gegeben oder von ihr durch den Krieg getrennt worden. Eine große Zahl der

Fortsetzung Seite 2



Durch Massenentlassungen soll der VW-Konzern „saniert" werden

die Eltern zu töten, sollen auf dem Rückflug die Waisenkinder außer Landes gebracht werden. Die in der vergangenen Woche mit 243 Kindern an Bord abgestürzte Galaxy hatte auf dem Hinflug 16 Haubitzen nach Saigon gebracht.

"Das größte Kidnapping, das es je gab"

Inzwischen sind die tatsächlichen Absichten bei diesen "humanitären Hilfsaktionen" bekannt geworden:

dagründen organisiert"(Die Welt, 7.6.75) worden. "In diesem Brief schreibt der südvietnamesische Politiker, die Evakuierung einer großen Zahl von Waisenkindern werde an die Gefühle der Welt und vor allem an die amerikanische Öffentlichkeit appellieren. Das werde sich günstig für die Haltung gegenüber Südvietnam auswirken." (Die Welt, 7.4.75)

"Vor allem von den ausführlichen Presse- und Rundfunkberichten von der Ankunft der Kleinkinder in den

Durch Massenentlassungen soll der VW-Konzern „saniert" werden

Phnom Penh vor dem Fall

Die Marionettenregierung klammert sich an den US-Imperialismus

Am 1.April, als der Ring um Phnom Penh immer enger wurde, hat Lon Nol mit seinem Regierungschef Long Boret und Gefolge die Stadt verlassen. "Das erinnert an die Fluchtbewegung von Ratten auf einem sinkenden Schiff", fand die 'Stuttgarter Zeitung'.

Seitdem haben die Marionettentruppen weitere Stellungen vor Phnom Penh aufgeben müssen und an verschiedenen Stellen wird der Verteidigungsring als offen beze ichnet. Obwohl die militärische Lage hoffnungslos ist und die Flucht Lon Nols deutlich macht; daß das Regime kurz vor seinem endgültigen Sturz steht, ist es zur Kapitulation noch nicht bereit.

Ein Manöver nach dem anderen scheitert.

Der amtierende Präsident des Marionettenregimes, General Khoy, hat zwar am Montag in einem Interview erklärt, niemand könne eine Kapitulation unter bestimmten Bedingungen verhindern, falls es die Mehrheit des Volkes wünsche. Aber er hielt weiter an der Absicht fest, einen Waffenstillstand zu erreichen. Der Ministerpräsident Long Boret erklärte in Bangkok: "Wir werden nicht zusammenbrechen", und forderte erneut Verhandlungen. Noch am 31.März hatte General Khoy gegenüber der 'Washington Post' seinen Wunsch geäußert nach amerikanischer Intervention in Kambodscha, "mit amerikanischer Macht, mit seinen B 52, seinen F-4 Phantoms, seiner 7.Flotte und mit Marineinfanteristen". Und noch am 29.März war der US-Oberkommandierende für den Pazifik, Admiral Gaylor, in Phnom Penh, um über die Fortsetzung der Militärhilfe zu beraten.

Inzwischen wurde "aus gutinformierten diplomatischen Kreisen bekannt, daß die Regierung (in Phnom Penh) einen Plan erwägt, der eine Kapitulation ohne' Übergabe vorsieht. Diesem Plan zufolge würde die Regierung dem US-Kongreß mitteilen, daß sie keine militärische Hilfe mehr benötige, dann Beobachter der UNO und des Roten Kreuzes ins Land rufen und schließlich den Truppen Anweisung geben, den Kampf einzustellen" (Süddeutsche Zeitung vom 8.4.75). Um jeden Preis sucht sie der Niederlage zu entgehen und durch Manöver Ansatzpunkte für die Intervention anderer Mächte zu schaffen.

Die GRUNK fordert die Kapitulation.

Aus Peking hat der Chef der legitimen Regierung GRUNK, Sihanouk, demgegenüber erneut bekräftigt, daß es keine Verhandlungen gibt, sondern nur die bedingungslose Kapitulation.

Fortsetzung Seite 2

Unterstützt die Völker von Vietnam und Kambodscha und ihre revolutionären Regierungen.
Spenden auf die Konten:
Vietnam: 130 24 50
Kambodscha: 437 50 92

Bezirkssparkasse Heidelberg, H.Leberl



In wenigen Tagen will der Aufsichtsrat des VW-Konzerns darüber entscheiden, wieviele Arbeiter er auf die Straße werfen will. Der neue Vorstands-Vorsitzende Schmücker muß seinen Sanierungsplan offiziell vorlegen und vom Aufsichtsrat genehmigen lassen. Wie sein Plan auch aussehen wird, zwei Dinge sind sicher: 1. Wird er vom Aufsichtsrat angenommen werden müssen. Denn eine Nichtannahme hieße, daß der nächste Vorsitzende über die Klinge springen muß. 2. Wird dieser Plan Massenentlassungen vorsehen.

Über die genaue Höhe tauchen immer wieder neue Gerüchte auf. Auf keinen Fall werden sie unter 10 000 liegen, teilweise wird sogar von über 30 000 gesprochen.

Der Plan, das gesamte Werk in Neckarsulm zu schließen, ist allem Anschein nach fallengelassen worden, nachdem die Audi/NSU-Arbeiter mehrere Aktionen durchführten:

Eine Kundgebung mit knapp 20 000 Teilnehmern im März, zwei mehrstündige Streiks am Freitag und Dienstag mit anschließender Demonstration in die Stadt. An dieser Demonstration am 8.4. nahmen ungefähr 10 000 Arbeiter teil.

Die Konzernleitung mußte feststellen, daß sie ihren Plan, das NSU-Werk zu schließen, nicht so ohne weiteres durchsetzen kann, nun hat sie einen Plan in der Tasche, der Entlassungen in allen Werken vorsieht.

Die NSU-Arbeiter haben es richtig gemacht, sie haben sich nicht auf das Verhandlungsgeschick der bürgerlichen Politiker verlassen, sondern ihre Sache selber in die Hand genommen und mit selbständigen Aktionen begonnen.

Wie sieht es überhaupt mit Verhandlungen von Vertretern der Belegschaften und der Konzernleitung aus?

Sie finden faktisch nicht statt. Die Entscheidungen fallen im Aufsichtsrat. Mit den gefaßten Beschlüssen des Aufsichtsrats muß dann die Konzernleitung an den Betriebsrat herantreten, um seine Zustimmung einzuholen.

Wie aber ist der Aufsichtsrat besetzt? Die Entscheidung des Aufsichtsrats ist keine Entscheidung der Konzernleitung im eigentlichen Sinne, denn dort sitzen zu einem Drittel Gewerkschaftsvertreter, die von der Belegschaft gewählt wurden. Eine Entscheidung im Aufsichtsrat kann nur mit ihren Stimmen gefaßt werden.

Darüber im Anschluß zu verhandeln, gleicht einer Farce, denn der Verhandlungsführer des Betriebsrates, der Vorsitzende des Konzernbetriebsrates, hat den Aufsichtsratsbeschluß mitgefaßt. Wie soll er dann die Interessen der Belegschaften in den Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Konzernleitung vertreten? Das ist ganz und gar unmöglich.

Diese Aufgabe als Vertreter ihrer Kollegen wollen die Reformisten aus dem IGM-Hauptvorstand und der Betriebsratsspitze auch nicht mehr wahrnehmen. Sie haben sich schlicht auf die Rolle eines Mitbestimmers eingestellt. Wie anders kann Loderer davon sprechen, daß die Lasten auf alle Schultern gleichmäßig verteilt werden müssen, daß die IGM und der Betriebsrat selbst einen Sanierungsplan vorlegen wollen, wo sie als "Vertreter" der Belegschaften empfehlen wollen, wieviel und wer von den VW-Arbeitern entlassen werden soll.

Am Beispiel VW bricht die ganze Illusion, den Kapitalismus menschenwürdig zu gestalten, zusammen.

Weder die Mitbestimmung, die es bei VW faktisch gibt, noch die Kleinaktionäre konnten etwas an der Krise des VW-Konzerns ändern. Weder haben die Kleinaktionäre Einfluß auf die Politik der Konzernleitung, noch nutzt es der Belegschaft etwas, daß die Mehrheit im Aufsichtsrat Mitglieder der SPD sind. Im Gegenteil. Die sogenannten Arbeitnehmer im Aufsichtsrat werden vom Staat (Hauptaktionär bei VW) dazu benutzt, die gewerkschaftliche Kampfkraft der Belegschaft zu schwächen.

Fortsetzung S. 3 und S. 5

Forts. „Humanitäre Hilfe" – Verbrechen

Kinder holte man überstürzt aus einem Waisenhaus, damit sie das Flugzeug nicht verpaßten. ... Nur 25 von ihnen waren vorher für eine Adoption ausgesucht worden. Die anderen raffte man hastig in Waisenhäusern zusammen." (die Welt, 7.4.75)

Die Waisenhäuser von Phan Rang, Lam Dong und Bien Hoa appellieren an den UNO-Generalsekretär Waldheim, dem Evakuierungsprogramm ein Ende zu setzen. In ihrer Protestnote schreiben sie: "In der Geschichte der Kriege in der Welt haben Menschen viele Leiden und Verschwörungen benutzt, um an ihr Ziel zu gelangen, aber es hat niemals diese Art von Waisenexport gegeben, den die USA ausnutzen" (Süddeutsche Zeitung vom 8.4.75).

Und die New York Times zitiert die verbitterte Stellungnahme eines Leutnants der Saigoner Marionettenarmee: "Es ist schön zu sehen, daß die Amerikaner beim Verlassen unseres Landes Souvernirs mitnehmen – Porzellanelefanten und Waisen. Zu schade, daß einige von ihnen heute kaputtgegangen sind, aber wir haben ja noch viel mehr."

Die USA bereiten die Landung vor

Die US-Regierung braucht die 'starke Wirkung' zur Rechtfertigung geplanter militärischer Aktivitäten. Den Vorwand dazu soll die Evakuierung von Flüchtlingen liefern: "Aus informierten Kreisen verlautete, amerikanische Infanterie stehe bereit, in Saigon zu landen, um Amerikaner zu evakuieren, falls in der Hauptstadt ein Chaos ausbrechen sollte" (Süddeutsche Zeitung vom 8.4.1975). Und die Neue Züricher Zeitung nennt ein weiteres Mittel zur Absicherung der humanitären Hilfe: "Was jetzt vor allem fehlt sind Flächenbombardements aus B-52 Bombern." (5.4.75)

Die humanitäre Hilfe der Bundesregierung unterstützt den US-Imperialismus

Unterstützung finden die USA bei ihren Manövern unter den befreundeten imperialistischen Regierungen, vorneweg die Bundesregierung. Bundespräsidentin Renger appellierte über beide Fernsehkanäle an das deutsche Volk, mit Spenden die Not der Menschen in Vietnam lindern zu helfen. "Bild am Sonntag" forderte zwei Tage Waffenruhe, um die Kinder zu evakuieren und konnte den Bundeskanzler Schmidt, den österreichischen Kanzler Kreisky, den UNO-Generalsekretär Waldheim und den norwegischen Kanzler als Zugpferde einsetzen.

Die Bundesregierung hat damit angeknüpft an die Rolle, die auch ihre Vorgängerinnen gespielt haben in der Unterstützung des US-Volksmords unter dem Schleier 'humanitärer Hilfe'. 1967 sprach der Kanzler Kiesinger von der: "... großen Achtung vor dem amerikanischen Beitrag zur Verteidigung der Freiheit in diesem Teil der Welt" (Vietnam); Der Kanzler Erhard hatte ein Jahr vorher fast bedauernd erklärt, daß die Bundesregierung ihre moralische und politische Unterstützung nur durch 'humanitäre Hilfe' demonstrieren könne: "So sehr wir bestrebt sind, mit humanitärer Hilfe hinter der Nation zu stehen, die auch in diesem Teil der Welt die Freiheit verteidigt, kommt ein deutscher militärischer Beitrag nicht in Frage." (Spiegel 21.2.1966)

Tatsächlich war die 'humanitäre Hilfe', die über Malteser, Brot für die Welt und Caritas nach Südvietnam ging, direkt gegen den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes gerichtet und unterstützte den US-Imperialismus. Nach ihrer Rückkehr aus Vietnam hat eine Gruppe von Entwicklungshelfern ein Memorandum verfaßt, in dem es heißt: "Die sogenannte humanitäre Hilfe der BRD ist ein Symbol für die Vernichtung und Demütigung der vietnamesischen Bevölkerung."

Sie hat die Aufgabe, in der Etappe der US-Kriegsführung die von den Bomben Vertriebenen, Zwangsumgesiedelten und Gefangenen zu versorgen und aufzupassen, daß es zu keinen Seuchen kommt, unter denen die Imperialisten selber leiden müßten. Sie hat die Aufgabe, an der Seite der Henkersknechte, Unterdrücker und Blutsauger die Menschen in den Lagern und Gefängnissen unter Kontrolle zu halten und ist damit genauso eine Einmischung gegen die Freiheit und Selbstbestimmung ders vietnamesischen Volkes wie der Aggressionskrieg, der die Menschen in die Konzentrationslager und Gefängnisse bringt.

Gegenwärtig unterstützt die Bundesregierung die Unterbringung von Flüchtlingen auf der Insel Phu Quoc. Über die Vorgänge auf dieser Insel wurde bekannt: "Amerikanische Augenzeugen berichten ... von einer diskriminierenden Überprüfung der Flüchtlinge bei ihrer Ankunft auf der Insel. Auf der Suche nach kommunistischen Agenten würden Polizei und Militär auf der Stelle alle erschießen, die sich verdächtig machten. Die Insel Phu Quoc war vor allem als Gefangeneninsel bekannt geworden." (Frankfurter Rundschau vom 8.4.75)

Das befreite vietnamesische Volk braucht Hilfe

Aus alledem wird deutlich, daß den Menschen in Vietnam nur hilft, wer die Regierung des Volkes über die Provisorische Revolutionäre Regierung unterstützt. In den befreiten Gebieten hat das Volk sehr rasch das Leben normalisiert und es wird versucht, den zwangsevakuierten die Rückkehr zu ermöglichen. Aber es wird vor allem medizinische Hilfe und es werden Lebensmittel benötigt für die 9 Millionen Menschen in den befreiten Gebieten. Der Aufbau wird dann rasch vorankommen.

Die Berichte aus den von den Kommunisten besetzen Gebieten sprechen für sich: So rief der südvietnamesische Direktor des Kraftwerks in Da Nang das Außenministerium in Saigon an: "Mein Stab und ich sind von den Befreiungsstreitkräften übernommen worden. Wir arbeiten im Dienst der neuen guten Sache weiter", teilte er mit. Rückfrage des Beamten in Saigon: "Das Kraftwerk dient jetzt unseren Feinden. Können Sie es nicht sprengen? " Nach langem Zögern meldet sich wieder die Stimme aus Da Nang: "Nein, das geht nicht, denn es würde der großen Sache des Volkes nicht dienen." (Bild am Sonntag vom 6.4.1975)

Für die in die USA verschleppten Waisen heißt die Zukunft Arbeitslosigkeit, Rassendiskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung. Dagegen werden die Kinder in Vietnam ein ungleich besseres Leben haben: Vietnam wird vollständig aufgebaut werden. Das ist eine gute Zukunft.

–H.L./Red.–



Die Flüchtlingshilfe dient dem Thieu-Regime zur Errichtung von riesigen Konzentrationslagern, wie dieses Bild des Lagers Vung Tau südlich von Saigon zeigt.

Erklärung der PRR

Die Provisorische Revolutionäre Regierung hat am 30. März eine Erklärung zur Entsendung von Schiffen der US-Marine in die Gewässer Südvietnams abgegeben, aus der wir im folgenden zitieren:

"(...) Besonders schwerwiegend ist, daß Präsident Ford am 29. März 1975 erneut eingeschritten ist, indem er als Oberkommandierender der Streitkräfte der USA unter dem Deckmantel der 'humanitären Umsiedlung' Landungsschiffe der US-Marine beorderte, in die Gewässer Südvietnams einzulaufen. Er hat darüberhinaus an einige weitere Länder appelliert, dieser Handlung zu folgen. (...)

Diese Handlung der Ford-Administration zielt vor allem darauf ab, die Moral der Marionettenarmee und -verwaltung zu stabilisieren, die in heillose Verwirrung geraten und in Auflösung begriffen sind, einen Teil der Marionettenarmee zu retten und der Nguyen-Van-Thieu-Clique zu ermöglichen, den Krieg zu verlängern. Es handelt sich zugleich um ein großes politisches Betrugsmanöver, das die Sache des gerechten Kampfes der südvietnamesischen Bevölkerung verleumden, die Fortsetzung des militärischen Engagements und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams durch die USA vertuschen und unter dem Vorwand der 'Humanität' einige Länder zur Unterstützung der kriegslüsternen und faschistischen Nguyen-Van-Thieu-Clique, die vor dem Zusammenbruch steht, bewegen soll.

Forts. Phnom Penh vor dem Fall

Die Marionettentruppen sind inzwischen völlig demoralisiert und kampfunfähig. Der US-Korrespondent Bradley berichtete aus Phnom Penh, Regierungssoldaten hätten ihm erklärt, Nahrungsmittel seien häufig so knapp, daß sie am Ende eines Kampftages gezwungen gewesen seien, aus den Körpern toter Rebellen Fleisch herauszuschneiden" (Frankfurter Rundschau vom 7.4.75).

Die legitime Regierung GRUNK hat folgenden Aufruf veröffentlicht: *"Die GRUNK ruft die Offiziere, Soldaten und alle bewaffneten Organisationen der Verräterbande auf, an allen Fronten, einschließlich der Umgebung von Phnom Penh und der wenigen Provinz-Hauptstädte, die noch unter der vorläufigen Kontrolle des Feindes stehen, die Waffen niederzulegen und sobald wie möglich sich der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha anzuschließen."*

Daß die Kambodschaner das mit Sicherheit tun werden, bestätigte am 25.3. James Fenton von der 'Washington Post'. Er berichtete aus Phnom Penh: "Ein Offizier, der gefragt wurde, was geschehen würde, wenn der amerikanische Kongreß die Militärhilfe einstellen würde, sagte, daß Prinz Sihanouk dann zurück nach Phnom Penh kommen würde und die Roten Khmer gewinnen würden. Dann würde kein Krieg mehr sein. Weitergefragt, ob das gut oder schlecht sei, geriet er in Verlegenheit. Ein zweites Mal gefragt, sagte er, er würde das für eine gute Sache halten. Und er bekräftigte: 'Jeder Kambodschaner denkt so.' "

–W.M.–

Sithole vorläufig freigelassen

Der Präsident der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), Sithole, der von dem rhodesischen Siedlerregime seit vier Wochen gefangen gehalten wird, wurde am vergangenen Wochenende vorläufig freigelassen. Er soll die Gelegenheit haben, auf der Sondertagung der "Organisation für Afrikanische Einheit" (OAU) zu sprechen. Die Tagung geht über die Befreiung von Zimbabwe. Sithole war festgenommen worden, weil die ZANU weiterhin festhält am bewaffneten Kampf gegen das rhodesische Siedlerregime. Die ZANU vertritt den gerechten Standpunkt, nicht eher den Kampf einzustellen, als bis das Siedlerregime bereit ist, die Regierung der Mehrheit zuzulassen. In Zimbabwe leben 250 000 Weiße und 7 Millionen Schwarze.

Bundesgerichtshof erklärt Hausbesetzer zur kriminellen Vereinigung

Der 3. Strafsenat hat entschieden, daß Hausbesetzer, die sich rechtswidrig in den Besitz von Wohnraum gebracht haben und diesen mit allen Mitteln verteidigen, eine kriminelle Vereinigung nach § 129, Absatz 1 des Strafgesetzbuches sind. Sie können danach Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bekommen.

Schon ein lockerer Zusammenschluß mehrerer Personen erfüllt nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofes den Tatbestand einer kriminellen Vereinigung. Bisher wurde die Besetzung von freistehendem Wohnraum als Haus- und Landfriedensbruch verfolgt. Das wird jetzt nicht mehr als ausreichend betrachtet für die Verteidigung des Eigentums von Wohnungsspekulanten gegen Menschen, die keine Wohnung haben.

Arbeitslosigkeit in den USA

In den USA ist auch im März die Arbeitslosenrate weiter gestiegen und erreichte 8,7 %. Das bedeutet, daß fast 8 Millionen Amerikaner ohne Arbeitsplatz sind. Im Vormonat stand die Rate bei 8,2 %. Bei den Bauarbeitern sind 18,2 % arbeitslos, unter den schwarzen Amerikanern 14,2 %.

Der "Guardian" berichtet von einem Arbeiter, der seit Dezember arbeitslos ist und keinen anderen Weg sieht, um Frau und 5 Kinder zu ernähren, als eine Niere oder ein Auge zu verkaufen.

Strich durch die Rechnung. Spekulation mit vietnamesischem Erdöl geht nicht auf.

Mobil Oil und Pecten Vietnam, zwei größere amerikanische Firmen, die vor der Küste Südvietnams nach Öl suchen, haben wegen der unsicheren Lage alle Bohrarbeiten eingestellt. Die Angestellten werden aus Saigon nach Singapur und Bangkok verlegt. Die Meeresbohrungen im Süden Vietnams, 150 bis 300 Kilometer vor der Küste, "waren mit die erfolgsversprechendsten Versuche amerikanischer Ölkonzerne, in Südostasien Öl zu finden". Man "gibt sich in den Konzernzentralen nicht der Illusion hin, daß man in Zukunft (nach einem Sieg der Befreiungsfront) unbehelligt weiterbohren könne". Die Gesellschaften haben "Vorbereitungen zum Schutz ihrer kostspieligen Bohrinseln getroffen". (Stuttgarter Zeitung vom 5.4.75)

Gewerkschaften haben Mitglieder gewonnen

Ende 1974 gehörten 7 405 760 Arbeiter, Angestellte und Beamte den Gewerkschaften im DGB an. Das sind rund 240 000 mehr als im Vorjahr. Von der Gesamtzahl der Mitglieder sind 5,4 Millionen Arbeiter, 1,3 Millionen Angestellte und 675 000 Beamte. In der letzten KVZ hatten wir irrtümlich von 9 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern geschrieben.

Herren der Meere

Der US-Flugzeugträger "Independence" hat kürzlich 36 000 Liter Flugbenzin ins Meer gepumpt, weil dies "billiger und einfacher" ist als das Ausladen des Benzins im Hafen. Dies teilte die US-Marine in Norfolk (Virginia) mit.

Solidarität mit den Völkern von Vietnam u. Kambodscha!

In der vergangenen Woche haben die Ortsgruppen des KBW in vielen Städten mit Informationsständen über den Befreiungskampf der Völker von Kambodscha und Vietnam aufgeklärt. In Köln wurden am Samstag 840 DM gesammelt, in Wiesbaden war erstmals eine Sammlung zugunsten der Provisorischen Revolutionären Regierung erlaubt worden. In den einzelnen Stadtteilen wurden zwischen 60 und 80 DM gesammelt. Allgemein war die Aufmerksamkeit groß. In verschiedenen Städten bildeten sich um die Stände Diskussionstrauben. Wir drucken im folgenden einige Berichte ab über den Verlauf der Debatten.

Kassel. Bei den Gesprächen mit Arbeitern, Hausfrauen, Angestellten und Rentnern, Schülern und Studenten sind immer wieder zwei Fragen aufgetaucht: Warum fliehen große Teile des vietnamesischen Volkes in den Süden? Warum wurden große Teile Vietnams so schnell befreit?

Von der massiv vorgetragenen Hetze bleibt natürlich etwas in den Köpfen der Menschen hängen. Bei den Gesprächen kam aber immer wieder zum Ausdruck, daß dieser Hetze nicht einfach Glauben geschenkt wird von der Arbeiterklasse und dem Volk.

Unsere Genossen hatten es bei den meisten Gesprächen deshalb auch nicht schwer, falsche Auffassungen auszuräumen und die Fragen der Kasseler Bevölkerung zu beantworten.

In einer Gruppe von diskutierenden Menschen z. B. behauptete einer: "Ihr schreibt auf Eurer Wandzeitung: 'Das vietnamesische Volk schreitet zu seiner endgültigen Befreiung'. Wie könnt Ihr von Befreiung reden, wenn Tausende von Menschen vor den Befreiern in den Süden fliehen? " – Wir haben anhand der beiden Karten in der letzten KVZ aufgezeigt, daß der größte Teil der jetzt befreiten Gebiete schon zur Zeit des Pariser Abkommens zum Gebiet der Provisorischen Revolutionären Regierung gehörte und daß lediglich diese Gebiete von den militärischen Stützpunkten der Thieu-Truppen befreit werden mußten.

Außerdem haben wir mit Hilfe der Interviews, die mit Flüchtlingen gemacht wurden und die teilweise auch im FErnsehen gezeigt worden sind, klargemacht, daß das Volk nicht vor den Kommunisten fliegt, sondern vor den plündernden Soldaten, vor den Bombardements der Thieu-Clique auf die befreiten Gebiete, und daß sie zur Flucht gezwungen wurden, obwohl sie bleiben wollten.

Als wir berichteten, daß das vietnamesische Volk sich in zahlreichen Volksaufständen in den Städten, die noch nicht befreit waren, gegen die Thieu-Statthalter erhoben hat, sagte einer: "Jetzt ist mir auch klar, warum die Thieu-Soldaten den Rückzug eingeleitet haben und warum die Städte so schnell befreit wurden."

Wiesbaden. Das Indochina-Komitee Wiesbaden ist dem Aufruf der Provisorischen Revolutionären Regierung gefort, sofort verstärkt für Medikamente und mobile medizinische Einheiten zu sammeln. Wir machten einen Stand in der Wiesbadener Innenstadt und sammelten Geld für die Beschaffung der notwendigen Hilfsgüter. Der "Wiesbadener Kurier" brachte auf unsere Bitte eine kurze Notiz über die Sammlung, ~~un~~;vom Ordnungsamt bekamen wir eine Sammlungsgenehmigung. Am Sonntag wurde vor den größten Kirchen in Wiesbaden gesammelt.

Bei den Diskussionen mit den Leuten in der Stadt zeigte sich, daß zwar viele Menschen die Darstellung der bürgerlichen Presse widergaben, es zeigte sich aber auch, daß das derart gebildete Urteil wankt. Bei längerer Diskussion war es gut möglich, die Situation wahrheitsgemäß darzustellen und zur aktiven Unterstützung aufzufordern. Ergebnis: 80 DM und mehrere Zusagen, unseren öffentlichen Sitzungstermin zu besuchen und eventuell beim Indochina-Komitee mitzuarbeiten.

–Ein Genosse aus dem Indochina-Komitee Wiesbaden–

Giessen. Der Stand der Sympathisantengruppe des KBW auf der Einkaufsstraße Seltersweg am Samstag erregte relativ große Aufmerksamkeit. In kleinen Gruppen wurden viele Diskussionen geführt. Viele Menschen, die vorher meinten, daß wir Kommunisten wie 1972/73 auch jetzt auf die Straße gehen müßten, diesmal aber gegen die "Brutalität der Nordvietnamesen", konnten anhand konkreter Fakten davon überzeugt werden, daß der US-Imperialismus und seine Handlanger in Phnom Penh und Saigon schuld sind am Elend des kambodschanischen und südvietnamesischen Volkes. Und daß nicht sie, sondern die Völker Kambodschas und Vietnams unterstützt werden müssen in ihrem gerechten und erfolgreichen Kampf. In drei Stunden haben wir ca. 800 Flugblätter verteilt, 30 KVZs verkauft und einige Kambodscha-Broschüren.

Bremen. Im Druckhaus Schünemann sammelten die Kollegen einer Abteilung 46 DM für das Volk von Kambodscha.

Hannover: Keine Fahrpreiserhöhungen!

Keine Stufentarife!





Seit dem 1.April demonstrieren in Hannover jeden Tag Tausende gegen die Fahrpreiserhöhungen

In der vergangenen Woche demonstrierten in Hannover täglich mehrere Tausend gegen die Fahrpreiserhöhungen.

Am 1.4. waren es 7 000, am 2.4. 3 500, am 3.4. 4 000, am 4. und 5.4. ebensoviele. Auf den Bürgersteigen gingen während der Demonstration hunderte, ja bis zu 1 000 Menschen mit und verfolgten den Zug. Jede Demonstration auf der Straße und auf den Gleisen macht Druck hinter die Forderung:

"Keine Fahrpreiserhöhungen! Keine Stufentarife!" Sie stört den reibungslosen Ablauf der Geschäfte der Bourgeoisie in Hannovers Stadtzentrum und trifft ihren geschäftsführenden Ausschuß, den Staat. Schließlich dient der Nahverkehr, für den jetzt die Arbeiter und andere Lohnabhängige 20 Millionen DM mehr bezahlen sollen, dazu, daß sie in die Fabriken und Kaufhäuser der Kapitalisten gebracht werden.

Deshalb sollen die Demonstrationen schrittweise eingeschnürt werden. Polizeikräfte aus ganz Niedersachsen sind in Hannover zusammengezogen worden. Dichte Polizeiketten an den Rändern der Demonstration versuchen, die Demonstration wie einen Viehtransport durch die Stadt zu leiten.

So sollen die Demonstrationen als Kampfmittel gegen die Fahrpreiserhöhungen unschädlich gemacht werden und dem Widerstand das Rückgrat gebrochen werden.

Dies ist ihnen bisher nicht gelungen: immer wieder haben Demonstranten die Ketten beiseite geschoben und haben sich die ganze Breite der Straße und die Schienen erkämpft. Noch nicht ist es aber gelungen, eine solche Breite der Demonstration zu erreichen, daß die Taktik der Polizei insgesamt gescheitert ist. Vielmehr hat die Polizei Tag für Tag mit größerem Einsatz. zuletzt mit dem Einsatz chemischer "Keulen (CN-Gas-Pistolen) die Demonstrationen angegriffen.

Hinter der Polizei versteckt sich das Großraumparlament. Es leistet dem Volk nicht Rechenschaft für die Fahrpreiserhöhungen, es läßt die Polizei sprechen.

Am Freitag wurde der GroßraumparlamentsvorsitzendeBriese am Rande der Demonstration unter den Passanten gesehen. Er suchte fluchtartig das Weite, als er von hunderten und tausenden zur Antwort gefordert wurde. "Briese her, Schmalstieg her – wir zahlen keinen Pfennig mehr" wurde zur Losung der Demonstration.

Diese Herren haben gegenwärtig noch mehr zu verteidigen als nur eine Fahrpreiserhöhung. Der Kern der Unruhe in der Stadt, die Arbeiter, kleine Angestellte, Beamte, Lehrlinge, Schüler, Studenten und Rentner erfaßt, ist die gesamte Verschlechterung ihrer Lage:

Höhere Akkorde in den Betrieben, drohende Entlassungen bei VW, Stillegung der Eisenwerke Wülfel und der Neuen Hannoverschen Presse, 3 000 fehlende Ausbildungsplätze, 18 000 Arbeitslose, Tarifabschlüsse unter der Preissteigerungsrate, das ist gegenwärtig der Preis, den die Arbeiter im Großraum Hannover für das Privateigentum an Fabriken und Anlagen bezahlen muß. Dies Privateigentum fördert der Staat mit Milliardenzuschüssen, die er dem Volk über die Steuer abpreßt. Dies Steuersystem, dies ganze soziale Elend, schützt gegenwärtig das Großraumparlament mit Polizei. (siehe auch letzte KVZ)

Mit ihrem Offenen Brief haben die Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen diese Herren angegriffen. Kurzfristig haben sie auf Anschlägen für eine große Versammlung aufgerufen. auf der die Herren zur Rechenschaft gefordert wurden, und haben für den Briefan einem Tag 360 Unterschriften gesammelt.

Diese Versammlung ist noch nicht zu einer großen Versammlung geworden, die die Herren zur Antwort zwingen konnte. Jetzt kommt es darauf an, daß die Demonstrationen selbst so groß und breit werden und sich gegen die Polizei Platz schaffen, daß diese Herren nicht mehr weiter können wie bis hier.

Jetzt kommt es darauf an, daß in den Betrieben und Gewerkschaften durch Resolutionen der Offene Brief aufgegriffen wird und die Demonstrationen unterstützt werden.

Der Einfluß der Aktionsgruppe "Roter Punkt" auf die Bewegung hat sich in allen diesen Fragen als Hemmschuh erwiesen. Sie hatte angekündigt, mit einem "Rote-Punkt-Ersatzverkehr" ein "politisches Zeichen" zu setzen. Aber die ganze vergangene Woche lehrt, daß kein Platz für einen Ersatzverkehr da ist, wo es darum geht, daß sich die Demonstrationen Platz schaffen gegen die Fesselung durch die Polizei. Deshalb kann von einem "Rote-Punkt-Ersatzverkehr" in Hannover auch keine Rede sein. Die Aktionsgruppe schwächt aber den Kampf um die Straße und die Schienen, indem sie – an der Spitze gehend – weitergezogen ist, wo der Zug versuchte, sich die ganze Straße und die Schienen zu erkämpfen.

Auf den Schlußkungebungen erklärt sie dann jede Demonstration, die "ohne Provokationen" wieder am Ausgangspunkt angelangt ist, für einen "Erfolg". Solche "Erfolge" aber werden zum Totlaufen der Bewegung und zur Brechung ihrer Moral führen.

Demgegenüber haben immer mehr im Zug gelernt, daß es keinen anderen Weg gibt, als sich auf der Straße und den Gleisen breit zu machen, und daß dies auch Erfolg hat, wenn man Hartnäckigkeit zeigt.

Die Demonstrationen wurden auch am Montag und Dienstag von mehreren Tausend Teilnehmern getragen. Am Dienstag unterbrach der Ortsvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Hannover seine Sitzung und reihte sich in die Demonstration ein. Jetzt kommt es darauf an, daß sich in den Betrieben und auf der Demonstration die Klarheit durchsetzt: Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhung auf der Straße und auf den Gleisen ist gerecht.

–G.H., Ortsgruppe Hannover–

Forts. VW Massenentlassungen

So schreibt die 'Heilbronner Stimme' am 2.April, daß Loderer in seiner Funktion als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Sanierungsplänen kein schroffes Nein gegenübersetzen darf, sonst müsse er sich die Frage gefallen lassen:"Was haben Sie und Ihre Freunde als Ausweg anzubieten, das Gesamtunternehmen zu retten? "

In der Tat muß sich ein Aufsichts-

anderen Werken reduzieren. Das kann die Belegschaft verhindern, wenn sie den gleichen Weg einschlägt, wie die NSU-Arbeiter, um einen Teilerfolg in einen Gesamterfolg umzuwandeln.

An der Krise des VW-Konzerns kann die Arbeiterklasse erkennen, wie die Gesetze des Kapitalismus sind. Ein Betrieb, der von den bürgerlichen Parteien und der Gewerkschaftsführung als Vorbild gelobt

die Arbeiter und andere Lohnabhängige 20 Millionen DM mehr bezahlen sollen, dazu, daß sie in die Fabriken und Kaufhäuser der Kapitalisten gebracht werden.

Deshalb sollen die Demonstrationen schrittweise eingeschnürt werden. Polizeikräfte aus ganz Niedersachsen sind in Hannover zusammengezogen worden. Dichte Polizeiketten an den Rändern der Demonstration versuchen, die Demonstration wie einen Viehtransport durch die Stadt zu leiten.

So sollen die Demonstrationen als Kampfmittel gegen die Fahrpreiserhöhungen unschädlich gemacht werden und dem Widerstand das

santen gesehen. Er suchte fluchtartig das Weite, als er von hunderten und tausenden zur Antwort gefordert wurde. "Briese her, Schmalstieg her – wir zahlen keinen Pfennig mehr" wurde zur Losung der Demonstration.

Diese Herren haben gegenwärtig noch mehr zu verteidigen als nur eine Fahrpreiserhöhung. Der Kern der Unruhe in der Stadt, die Arbeiter, kleine Angestellte, Beamte, Lehrlinge, Schüler, Studenten und Rentner erfaßt, ist die gesamte Verschlechterung ihrer Lage:

Höhere Akkorde in den Betrieben, drohende Entlassungen bei VW, Stillegung der Eisenwerke Wülfel und der

Diese Versammlung ist noch nicht zu einer großen Versammlung geworden, die die Herren zur Antwort zwingen konnte. Jetzt kommt es darauf an, daß die Demonstrationen selbst so groß und breit werden und sich gegen die Polizei Platz schaffen, daß diese Herren nicht mehr weiter können wie bis hier.

Jetzt kommt es darauf an, daß in den Betrieben und Gewerkschaften durch Resolutionen der Offene Brief aufgegriffen wird und die Demonstrationen unterstützt werden.

Der Einfluß der Aktionsgruppe "Roter Punkt" auf die Bewegung hat sich in allen diesen Fragen als Hemm-

DGB–JUGENDDEMONSTRATIONEN

12. April in Stuttgart, 19.April in Frankfurt u. Dortmund

Die DGB-Jugend von Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen ruft zu Demonstrationen gegen Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Ausbildung auf. Der KBW unterstützt diese Demonstrationen. Die Ortsgruppen des KBW arbeiten darauf hin, daß durch eine möglichst große Teilnehmerzahl die Forderungen der Arbeiterjugend Gewicht gewinnen.



Freiburg. Ca. 1 000 Menschen waren zur zentralen Wahlveranstaltung in ein von uns gemietetes Zelt gekommen. Das zentrale Referat der Veranstaltung hielt der Genosse Joscha Schmierer, Sekretär des Zentralen Komitees des KBW. In verschiedenen Beiträgen von Genossen der Ortsleitung und der Zellen wurde die Politik der bürgerlichen Parteien scharf angeprangert und die Politik der Kommunisten demgegenüber entwickelt. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Liedergruppe, die für das FNL-Lied, das Lied Aufstand in Zimbabwe und andere Lieder der internationalen Arbeiterbewegung viel Beifall erhielt. Zur Unterstützung des Wahlkampfes des KBW wurden auf der Veranstaltung 860 DM gespendet. Hunderte von Wahlkampfbroschüren der Ortsgruppe wurden verkauft. Zum Abschluß rief der Sekretär der Ortsleitung, Michael Moos, die Anwesenden auf, die Veranstaltung zu nutzen, um die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes weiter voranzubringen und dem auch bei den Wahlen Ausdruck zu verleihen mit der Stimmabgabe für den KBW.

Forts. VW Massenentlassungen

So schreibt die 'Heilbronner Stimme' am 2.April, daß Loderer in seiner Funktion als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Sanierungsplänen kein schroffes Nein gegenübersetzen darf, sonst müsse er sich die Frage gefallen lassen:"Was haben Sie und Ihre Freunde als Ausweg anzubieten, das Gesamtunternehmen zu retten? "

In der Tat muß sich ein Aufsichtsrats-Mitglied diese Frage gefallen lassen, nicht aber ein Funktionär der Gewerkschaft, der von seinen Kollegen den Auftrag erhalten hat, ihre Interessen zu vertreten.

Diese Posten im Aufsichtsrat sind nichts als schädlich, wenn es darum geht, in den Gewerkschaften eine breite Front gegen die drohenden Massenentlassungen zu erreichen.

Was die Funktionäre im Aufsichtsrat machen, darüber dürfen sie nichts nach außen dringen lassen. Eine Beauftragung durch die Belegschaft kann nicht stattfinden, Kontrolle ist deshalb nicht möglich. Das Recht des Betriebsrats, Entlassungen abzulehnen, wie es das Betriebsverfassungsgesetz vorschreibt, wird außer Kraft gesetzt. Die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat schränkt also sogar noch die Rechte, die durch die Betriebsverfassung vorgesehen sind, ein.

Deshalb ist es richtig, wenn in der IGM gefordert wird, daß die Gewerkschaft ihre Funktionäre aus dem Aufsichtsrat zurückzieht.

Will die VW-Belegschaft den Sanierungsplan nicht auf ihre Schultern nehmen, wie es Loderer meint, dann kann sie nicht die Beschlüsse des Aufsichtsrats vom 14.April abwarten. Die Kollegen von Neckarsulm haben durch ihre Aktionen den Weg gewiesen, wie der Kampf gegen die Stillegungen organisiert werden muß: Wollen die VW-Konzernherren Teile des Werkes stillegen und große Teile der Arbeiter nach jahrelanger Ausbeutung wegwerfen, so legen wir schon heute alle Teile des Werkes still und unterbinden die gesamte Produktion bis unsere Forderungen erfüllt sind.

Auf diesen, von den NSU-Arbeitern eingeschlagenen Weg, hat die Konzernleitung reagiert, nun will sie in

anderen Werken reduzieren. Das kann die Belegschaft verhindern, wenn sie den gleichen Weg einschlägt, wie die NSU-Arbeiter, um einen Teilerfolg in einen Gesamterfolg umzuwandeln.

An der Krise des VW-Konzerns kann die Arbeiterklasse erkennen, wie die Gesetze des Kapitalismus sind. Ein Betrieb, der von den bürgerlichen Parteien und der Gewerkschaftsführung als Vorbild gelobt
wird, gerät in Schwierigkeiten und kennt nur einen Ausweg, wie jeder andere kapitalistische Betrieb auch: Steigerung der Arbeitshetze, Verlagerung der Produktion ins Ausland, Massenentlassungen und Stillegungen.

Für die Kapitalisten heißt das "Sanierung" und "das Schiff wieder flott machen", für die Arbeiter, um deren Vernunft in solchen Situationen gebeten wird, heißt das, nach jahrelanger Auspowerung auf die Straße gesetzt zu werden, Angst um die eigene Existenz und ein Leben abhängig vom Sozialamt.

Die Belegschaften werden dieser Zukunft nicht tatenlos entgegensehen, Teile haben begonnen, den Widerstand gegen die geplanten Maßnahmen zu organisieren.

Der laufenden Steigerung der Arbeitshetze werden die Forderungen:

Keine Erhöhung der Stückzahlen! Keine Erweiterung der Arbeitsgänge an Maschinen und Bändern!

entgegengestellt.

Gegen die laufenden Umbesetzungen steht die Forderung:

Keine Zurückstufung in untere Lohngruppen!

Auf die geplante Sanierung und das Werk in den USA muß die Belegschaft antworten mit:

Keine Produktionsverlagerung ins Ausland! Keine Stillegungen und Schließung von Betriebsteilen!

Gegen das Kurzarbeitergeld:

Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!

–db–



Die Belegschaft von Seibel auf dem Weg zur Streikversammlung

Seibel u. Söhne Erwitte

Der Streik gegen Entlassungen geht weiter

Am Freitag, den 4.4., fand in Erwitte eine Funktionärsversammlung der IG Chemie statt, an der einige hundert Kollegen teilnahmen. IG Chemie-Geschäftsführer Herbert Borghoff berichtete, daß die erste Schlichtungsverhandlung am Donnerstag gescheitert ist.

Nachdem Seibel fünf Stunden lang darauf bestand, daß alle Kollegen entlassen werden, hatte er zum Schluß noch einen tollen Kompromiß zur Hand. Danach sollten von den 150 Kollegen 50 sofort entlassen werden, 80 müßten 1/2 Jahr stempeln gehen und 20 dürften weiterarbeiten.

Der Kommentar von einem Kollegen dazu: "Dem Hund sollte man Rattengift geben." Am 11.April wird es eine zweite Schlichtungsverhandlung geben.

Aber auch von der zweiten Verhandlung ist nicht viel zu erwarten. Es geht bei der Schließung des Werks nicht nur um die Interessen von Seibel, sondern hauptsächlich um die von zwei anderen Anteilseignern, die die Mehrheitsrechte des Betriebes besitzen. Diese beiden sind Miebach und Spenner.

Miebach ist Besitzer des Zementwerks Wittekind in Erwitte, und Spenner besitzt drei Zementwerke in Erwitte. Für diese beiden ist die Sache klar. Durch den Rückgang der Aufträge um 15 % ist der Ausbeutungsgrad in ihren Betrieben zurückgegangen. Sie hatten während des Baubooms durch Rationalisierung und Arbeitshetze das Letzte aus den Kollegen herausgeholt. Damit sich das nicht ändert, wollen sie jetzt das Werk Seibel & Söhne dichtmachen, wodurch sich ihre Auftragslage wieder verbessern würde.

Ein anderer Zementkapitalist, Carlo Seibel, ein Vetter von Clemens Seibel, will Seibel & Söhne aufkaufen. Er hofft dadurch, sich einen größeren Marktanteil zu ergattern, den er dann im Krisenkartell absichern will. Für dieses Ziel will er die Streikenden gewinnen. Er hat dafür in die Streikkasse 15 000 DM eingezahlt, was für einen Kapitalisten recht ungewöhnlich ist.

In dieser komplizierten Konkurrenzsituation, in der die Seibel-Arbeiter als Manövriermasse benutzt werden, versucht die Gewerkschaftsführung die Kollegen für das Krisenkartell zu gewinnen. Das ist jedoch eine Forderung, die auf eine planvolle Ausbeutung hinausläuft. Selbst einige Kapitalisten (Miebach) spielen nicht mit, weil das Krisenkartell zwar den Preis für den Zement sichert, aber auch die Produktionsmenge pro Werk festlegt. Die Produktionsbegrenzung ist aber nur für die Kapitalisten, die im Konkurrenzkampf unterlegen sind, von Vorteil. Für die anderen, wie Miebach, ist sie nur hinderlich, den Marktanteil zu erweitern.

Die Kollegen meinen, Carlo Seibel sollte den Betrieb kaufen, weil er verspricht, daß alle Kollegen ihre Arbeit behalten, und wenn man schon einen Kapitalisten hat, dann doch wenigstens einen, der die Arbeitsplätze garantiert. Den Kollegen ist dabei klar, daß man den Worten eines Kapitalisten nicht glauben kann, und daß sie sich nur auf ihre eigene Kraft und Erfahrung stützen können.

Zur Unterstützung der Kollegen von Seibel sollte man Spendensammlungen durchführen und das Geld nach Erwitte schicken.

Die Streikleitung ist unter der Telefonnummer 02941/3356 zu erreichen.

–H.Sch., Ortsaufbaugruppe Paderborn–



Der Prokurist von Seibel steigt hier über den Zaun. Das Werk ist von den Arbeitern besetzt. Die Herren müssen den Schleichweg nehmen, um ins Werk zu kommen.

John Deere Mannheim

Unerträglicher Zustand am Montageband

"Da gehst du kaputt", sagen die Kollegen, die am Band schaffen.

Tosender Lärm in der Halle, der kommt von der Motorprüfstation und vom Rollenprüfstand, wo es keinerlei Lärmabdämmung gibt.

Man hastet hinter den Schleppern her, baut sein Teil an, hat kaum Zeit, zu verschnaufen, schon ist der nächste da, der Kollege von der Station vorher ist noch nicht fertig, man kommt sich ins Gehege, nervös wird man und gereizt, man flucht über das verdammte Band, und am Feierabend, wenn man seine 160 oder 180 Schlepper runtergerissen hat, ist man fix und fertig.

"Länger als 3 Jahre hält es hier kaum einer aus, und es wird immer schlimmer. Humanisierung der Arbeitswelt durch den Lohnrahmentarifvertrag? Das ist doch dummes Geschwätz, wenn man das hier am Band sieht. Die Pausen, die wir jetzt haben, haben die da oben schon lange wieder doppelt und dreifach rausgeholt durch höhere Bandgeschwindigkeit, das ist die Meinung der Kollegen am Band.

Von 70 auf 180 Schlepper

Innerhalb der letzten drei Jahre ist die Bandgeschwindigkeit von 70 Schleppern täglich auf fast 180 Schlepper gestiegen, und die Schleppertypen sind größer geworden.

Was das heißt? Wo früher z. B. ein Kollegen jeden Tag 70 Hydraulikpumpen eingebaut hat, muß er jetzt 180 machen. Es sind höchstens 30 % mehr Leute am Band bei fast dreifacher Produktion. Die Folge davon ist aber vor allem die, daß man sich jetzt noch mehr im Weg steht als früher, weil die Stationsabstände so klein sind. Und der Lohn? Keinen Pfennig mehr! Man sollte ja meinen, wenn man im Akkord seine Stückzahl mehr als verdoppelt, dann müßte man auch doppelt soviel Lohn bekommen. Aber nein, die Akkordvorgabezeit wurde ständig so verkürzt, daß man eben mehr arbeiten mußte, um das gleiche Geld wie vorher zu verdienen. Das Tempo wurde immer nur ganz langsam und allmählich raufgeschraubt. Man hat nur immer wieder gemerkt, daß man mehr Schlepper gemacht hat, und bei der Lohnabrechnung trotzdem wieder nur das gleiche Geld kam wie früher. Normalerweise weiß man im Akkord nach einer bestimmten Stückzahl, wieviel man verdient hat. Am Band bei John Deere weiß das keiner.



Am Endmontageband

Arbeitskarten

Und obwohl jetzt schon jahrelang von den Kollegen gefordert wird, daß jeder eine Arbeitskarte bekommt, aus der die Vorgabezeiten genau zu ersehen sind, damit der Akkord überprüfbar wird, obwohl deswegen unter anderem sogar schon gestreikt wurde, weigern sich die Kapitalisten bis heute, das zu machen. Warum? Kein Wunder! Nur dadurch konnten sie die Stückzahl so enorm hochschrauben. Weil kein einziger Kollege wußte, welche Vorgabezeiten die einzelnen Schlepper (es gibt über 20 verschiedene Ausführungen und Typen) haben, wußte auch niemand, nach wieviel Schleppern am Tag der Akkord erfüllt war. Man hat eben so schnell geschafft, wie das Band lief – und das lief immer schneller.

Mit solchen Methoden haben es die John Deere-Kapitalisten geschafft, über 3 Jahre hinweg jedes Jahr ihren Profit um über 30 % zu steigern. Nicht einmal an die ohnehin dürftigen tarifvertraglichen Bestimmungen halten sie sich.

Im Lohnrahmen II ist festgehalten:

- daß jeder Kollege eine Arbeitskarte erhält, aus der die Akkord-Minuten je Schleppertyp genau ersichtlich sind;
- daß eine ausreichende Anzahl von Springern am Band sein muß;
- daß die Bandgeschwindigkeit so eingestellt werden muß, daß man für jeden Schlepper – egal welcher Typ – genausoviel Zeit hat wie für den Schleppertyp mit der längsten Montagezeit. (§ 6,4)

Daß der derzeitige Betriebsrat noch nicht einmal das durchsetzen konnte, sehen die Kollegen zu Recht als Armutszeugnis an.

Die Kollegen vom Band fordern deswegen:

- für jeden am Band eine Akkordarbeitskarte;
- Senkung der Bandgeschwindigkeit und Festlegung des Arbeitstaktes nach dem größten Schleppertyp;
- wirksame Abschirmung des Lärms in der Halle.
- Ausreichende Anzahl von Springern
- Genügend Pausen- und Frühstücksplätze

Auf der Grundlage dieser Forderungen und einiger weiterer – wie kostenlose Arbeitsanzüge usw. – haben die Kollegen am Band zur Betriebsratswahl einen Kollegen von sich als Kandidaten aufgestellt.

Kandidatenaufstellung in den Abteilungen

Der alte Betriebsrat hat schon bei der Aufstellung der Kandidatenliste eine erste Schlappe bekommen, indem er die Aufstellung von Kandidaten durch die Kollegen in den Abteilungen hat anerkennen müssen.

Früher war es bei John Deere nämlich so, daß die Kandidatenliste lediglich aus dem alten Betriebsrat (auf den vordersten Plätzen) bestand und den sogenannten "Ersatzkandidaten" (auf den nachfolgenden Plätzen), die samt und sonders Parteifreunde und Kumpanen der alten Betriebsräte waren. (Jeder Betriebsrat hatte das Recht, einen solchen "Ersatzkandidaten" zu benennen.) Die "einfachen" Kollegen in den Abteilungen hatten mit der Kandidatenaufstellung überhaupt nichts zu tun.

Diesmal aber sind in verschiedenen Abteilungen fortschrittliche Kollegen auf Grundlage solcher Forderungen wie am Band vorgeschlagen worden und sind zum größten Teil jetzt auch auf der Kandidatenliste.

Die alten Betriebsräte haben ihr "Ersatzkandidatensystem" gleich freiwillig aufgegeben, um sich nicht den letzten Rest von Vertrauen bei den Kollegen zu verscherzen.

Aber auch das wird ihnen nicht mehr viel helfen. Die Meinung unter den Kollegen ist ziemlich eindeutig: Diesmal wählen wir kämpferische Kollegen, die sich für unsere Forderungen einsetzen.

–F.W., Betriebszelle John Deere–

Stahlwerke Peine-Salzgitter, Werk Peine:

Ausgleich für die Kurzarbeit muss her!

Vom 2. bis 9. Mai Kurzarbeit

Schon in den letzten Kommunistischen Volkszeitungen wurde über die Kurzarbeitspläne der Stahlwerke Peine-Salzgitter (P+S) berichtet. Im Werk Peine hängt jetzt ein Aushang, daß vom 2.–9. Mai Kurzarbeit durchgeführt wird.

Ursprünglich hatte der Vorstand im April und im Mai je 5 Tage Kurzarbeit angesetzt. Nicht betroffen von der Kurzarbeit sind nur geringe Teile der Werke, z. B. das Grobblechwalzwerk und die Drahtstraße in Salzgitter und die Spannstahlzurichterei in Peine.

Der Betriebsrat hat jetzt zugestimmt. Er sagt, da sei nichts zu machen gewesen, da der Vorstand vor der Einigungsstelle durchgekommen wäre. Der überwiegend staatliche Betrieb P+S ist ein mitbestimmter Betrieb. Die sogenannte Einigungsstelle muß über die Kurzarbeit entscheiden, wenn der Betriebsrat nicht zustimmt. Was heißt, da war nichts zu machen? Das heißt, daß in einem mitbestimmten Betrieb die Kollegen nur mitbestimmen können, was dem Kapital von Nutzen ist. Mit der Mitbestimmung können sie Kurzarbeit und Lohneinbußen gerade nicht verhindern. Wird kein Profit erwirtschaftet, dann versuchen die Kapitalisten, den Verlust an Profit wie in jedem kapitalistischen Betrieb auszugleichen, indem sie mehr Last auf den Rücken der Kollegen abwälzen.

Der Betriebsrat, der in der Mehrheit sozialdemokratisch ist, hat aber genau über diese Mitbestimmung schädliche Illusionen geschürt, um sich dann dem "Zwang der Verhältnisse" doch zu beugen. Noch vor einem Monat auf den Betriebsversammlungen sagte der Betriebsratsvorsitzende, der Betriebsrat hätte noch Trümpfe in der Hand und würde Kurzarbeit nicht zustimmen. Dadurch meinte ein Teil der Kollegen, es käme doch keine Kurzarbeit und es wurden kaum Forderungen diskutiert.

Jetzt rechnet der Betriebsrat es als sein Verdienst, daß Ende April noch keine Kurzarbeit durchgeführt wird, sondern erst Anfang Mai ...

Gegenwärtig ist noch nicht heraus, ob die Kollegen einen Ausgleich von den Kapitalisten bekommen. Der Betriebsrat sagt, er will einen Ausgleich für die Schichtzulagen. Ein voller Lohnausgleich, wie es ein Kollege auf der letzten Betriebsversammlung forderte, liegt nach Meinung des Betriebsrates nicht drin.

Der Betriebsrat hat nichts dazu beigetragen, eine Einheit in der Belegschaft herzustellen. Das wäre nur auf dem Standpunkt "Wenn die Kapitalisten Kurzarbeit wollen, dann sollen sie auch vollen Lohnausgleich zahlen!" möglich gewesen.

–W., H., Peine–

Massenentlassungen im VW-Konzern:

Zehntausende sollen ins Elend gestürzt werden

Am letzten Sonntag gab der CDU-Landesvorsitzende von Braunschweig, Jahn, bekannt, daß er aus "zuverlässigen Quellen über die genauen Zahlen der bevorstehenden Massenentlassungen beim VW-Konzern informiert sei". Insgesamt sollen nach seinen Angaben 34 300 Arbeiter rausgeschmissen werden. 12 000 in den Audi-NSU-Produktionsstätten in Süddeutschland und über 22 000 aus den inländischen VW-Werken. Diese Zahlen sind definitiv. "Diese Zahlen stammen aus dem engsten Mitarbeiterkreis um Schmücker", bekräftigte er seine Angaben. Der Aufsichtsrat soll sie nächste Woche beschließen.

Am gleichen Tag dementierte Schmücker die Anzahl von über 34 300 und gab zugleich zu, daß die Entlassungen drastisch sein werden.

Dabei handelt es sich bei den bevorstehenden Entlassungen im VW-Konzern um nichts Neues. Die Pläne sind schon seit langem im Gespräch und die Entlassungen selbst sind schon geschrieben. (Nach Informationen von Angestellten des Personalbüros).

Unbekannt waren bisher die genauen Zahlen. Mag die Zahl 34 300 auch nicht genau stimmen – sicher ist, wie sich in den letzten Tagen herauskristallisierte, daß es auf jeden Fall zehn- bis zwanzigtausend Kollegen sein sollen, die mit ihren Familien in das Elend der Arbeitslosigkeit gestoßen werden sollen.

Für die Arbeiter sind die Chancen,



VW-Werk Wolfsburg. Mit ihrer Hände Arbeit haben die Arbeiter allein in Westdeutschland 6 Werke geschaffen.



VW-Werk Wolfsburg. Mit ihrer Hände Arbeit haben die Arbeiter allein in Westdeutschland 6 Werke geschaffen.

neue Arbeitsplätze zu finden, überall gleich Null. Ja, es wird sich sogar so auswirken, daß die Regionen um Neckarsulm, Wolfsburg oder Salzgitter veröden werden. Auf lange Sicht wird hier den Menschen jede Existenzgrundlage entzogen.

Jahrzehntelang für Milliardenprofite geschuftet

Vielen wird nichts anderes übrig bleiben, als die sich mühsam ersparten Häuschen zu verkaufen und in die Großstädte zu übersiedeln, wo es eher möglich sein wird, Arbeit zu finden. Während das Elend der Arbeiter und ihrer Familien ein unerträgliches Maß annehmen wird, schrumpft sich der Konzern darauf "gesund". Das ist nun das Los, welches den Arbeitern zufällt, nachdem jahrzehntelang aus ihrer Arbeitskraft die Milliardenprofite herausgepreßt worden sind. Jahrzehntelang geschuftet, um sich ein Haus zu ersparen, wofür es für die meisten noch nicht einmal ausgereicht hat, und dann auf die Straße geworfen. Und sehr kraß tritt den Arbeitern vor Augen, daß sie nichts haben als ihre Arbeitskraft, von deren Verkauf sie existieren müssen. Nichts hat es den VW-Arbeitern gebracht, die mit ihrer Hände Arbeit allein in Westdeutschland 6 Werke und im Ausland 21 erschaffen haben. Gebracht hat es nur dem Finanzkapital was. Und zwar Milliarden. Während die Arbeiter jetzt um ihre Existenz kämpfen müssen. "Wir können hier nicht weg", sagte ein Kollegen aus Neckarsulm und begründete für alle Kollegen, warum die Beschäftigten des Werkes den Kampf gegen Entlassungen und Betriebsschließung aufgenommen haben.

Das Mittel des Streiks ist der einzig richtige Weg

Daß sie zum Mittel des Streiks gegriffen haben, ist der einzig richtige Weg, nur er kann noch Erfolg versprechen. In Salzgitter findet am Samstag eine Proteskundgebung der IG Metall statt und in Wolfsburg wird die Betriebsversammlung in der nächsten Woche zeigen, welchen Weg die Arbeiter beschreiten müssen, um der Vernichtung ihrer Existenz entgegenzutreten.

"Lastenverteilung auf alle"

Nichts zu halten ist von Argumenten, wie sie der Sozialdemokrat Loderer ins Feld führt, der sich für eine Verteilung der Lasten auf alle Werke ausspricht. Mit anderen Worten, das Elend gerecht zu verteilen. Was da gerecht klingt, ist nichts anderes als das Elend, das der Kapitalismus für die Arbeiter mit sich bringt, aufrechtzuerhalten und zu stützen. In das gleiche Horn stößt der Vorsitzende der SPD-Betriebsgruppe Salzgitter, der erklärte *"die Belegschaft sei bereit, einen angemessenen Anteil ... zu tragen"*. Klar ist, daß die Belegschaft nicht gefragt wurde und er lediglich einen sozialdemokratischen Vorschlag unterbreitete, den er als Meinung der Belegschaft ausgibt. Für Loderer wie die SPD-Betriebsgruppe in Salzgitter ist der Kampf gegen Entlassungen bereits gestorben. Ihnen geht's um eine günstigere Lösung, wobei sie die hemmungslose Profitproduktion, des Konzerns als "heilige Kuh" betrachten und nicht antasten wollen, sondern lediglich das daraus entstehende Elend auf alle Arbeiter zu verteilen. Und von daher ist es auch nur zu verstehen, wenn der Vorsitzende vom Wolfsburger Betriebsrat Ehlers, aufruft: *"dieses Hin und Her nützt dem Unternehmen nichts. Bis zur entscheidenden Aufsichtsratssitzung am 14.1. sollen Nüchernheit und Ruhe Vorrang haben"*.

Nüchtern betrachtet wird die Politik dieser Herren den Arbeitern nicht helfen, ihre Existenz zu sichern. Den Kapitalisten geht's um den Profit und nicht um die Produktion nach den Bedürfnissen des Volkes. Die nutzen die Krise, um in Betrieben die Arbeitshetze zu steigern, die Belegschaft zu verkleinern und die Löhne zu drücken. Je mehr es die Arbeiter hinnehmen, je mehr wird der VW-Konzern die Schrauben weiter anziehen.

Und weiter werden die Arbeiter rausgeschmissen werden, in Hinblick auf die wirtschaftlice Lage, für die sie Verständnis haben sollen.

Die kapitalistische Profitwirtschaft abschaffen

Der VW-Konzern beschreitet den Weg, daß er mit möglichst wenig Arbeitern möglichst hohe Profite machen will. Für die Arbeiter verschlechtert sich die Lage insgesamt. Es ist bezeichnend, wenn Loderer meint *"es werden Opfer erforderlich sein"*.

Wir Arbeiter aber meinen, daß es tausende von Opfern zuviel sind, die verlangt werden. Die Arbeiter sollen sich aufopfern um den Konzern zu retten, die Milliarden der Kapitalisten und dabei ihre eigene Existenzgrundlage aufgeben.

Schon treten die ersten auf und verlangen Subventionen aus Steuergeldern, um neue Kapitalisten in diese Regionen zu locken. Wenn man aber bedenkt, daß das Werk Salzgitter selbst durch solche Subventionen gebaut wurde und heute nutzlos von dem Kapitalisten und dem Staat, der Hauptaktionär ist, abgestoßen werden soll, dann merkt man, daß die kapitalistische Profitwirtschaft selbst die Ursache allen Übels ist. Nur wenn sie beseitigt wird und die Arbeiter selbst die Produktion übernehmen, um nach den Bedürfnissen des Volkes und nicht des Profits zu produzieren, wird das Elend von Arbeitslosigkeit in der ganzen Gesellschaft und die mörderische Arbeitshetze beseitigt werden.

Den Kampf aufnehmen

Wer aber jetzt auftritt und erklärt, daß ist nun mal so im Kapitalismus und da kann man nichts machen, der will das Elend für die Werktätigen auf ewig manifestieren. Auch das tut der Sozialdemokrat Loderer, ob die IG Metall Druck ausüben wird um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, erwiderte er: *"Man kann doch eine Vollbeschäftigung nicht erstreiken."*

Dagegen meinen wir Arbeiter, daß 10 oder 20 000 Arbeiter zusammen mit ihren Angehörigen etwa 60 000 Menschen nicht für die Gesichtspunkte des kapitalistischen Pro-

Sozialdemokrat Loderer, ob die IG Metall Druck ausüben wird um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, erwiderte er: "Man kann doch eine Vollbeschäftigung nicht erstreiken."

Dagegen meinen wir Arbeiter, daß 10 oder 20 000 Arbeiter zusammen mit ihren Angehörigen etwa 60 000 Menschen nicht für die Gesichtspunkte des kapitalistischen Pro-

fits, das Elend der Arbeitslosigkeit hinnehmen sollen. Und wer hervortritt um diesen Kampf zu verhindern, steht auf der anderen Seite, auf der der Kapitalisten. Die Krise der größten Automobilproduzenten Europas hat einen Kampf entfacht bei dem es für zigtausende von Menschen um die nackte Existenz geht. Dieser Kampf richtet sich gegen Betriebsschließungen, Entlassungen, Produktionsverlagerungen in das Ausland und gegen die Akkordhetze in den Betrieben. Dieser Kampf muß geführt werden mit allen Mitteln, die die VW-Arbeiter zur Verfügung haben. Und in dem Kampf wird die Arbeiterklasse erkennen, daß sie die Profitwirtschaft stürzen muß, und den Sozialismus aufbauen muß.

–W., Betriebszelle VW Wolfsburg–

Audi: Streik und Protestmarsch

Heilbronn. Dienstag, 8.4.75: Nach der Frühstückspause legte die Belegschaft der Audi-Union-Werke Neckarsulm, Heilbronn und Neuenstein von 9.15 bis 11 Uhr die Arbeit nieder.

Es folgte ein Protestmarsch durch Neckarsulm und eine Kundgebung, wo Zwickel, erster Bevollmächtigter der IG Metall Unterland, Oberbürgermeister Dr.Klotz und der Vertrauensleutevorsitzende redeten. Circa 9 000 Leute waren da. Zwei Schichten der NSU-Arbeiter und Teile der Neckarsulmer Bevölkerung. Nach Berichten von NSU-Kollegen war der Schwerpunkt aller Reden, die Krise im VW-Konzern dürfe nicht auf ein Werk abgewälzt werden, sondern die Rationalisierung müsse verteilt werden.

Die NSU-Werker zogen das Ende der Mittagspause lange hinaus. Die ausländischen Kollegen, auf die Frage, wie die Belegschaft jetzt weiter vorgehen kann, zuckten meist resigniert die Schulter und meinten, es wäre für sie egal, ob 5 000 oder die ganze Belegschaft rausgeschmissen werden. Sie wären sowieso drunter.

Etliche Lehrlinge, die ich ansprach, 2.Lehrjahr, meinten, sie könnten gar nicht rausfliegen, sie hätten ja einen Lehrvertrag, oder ein Lehrling im 3.Lehrjahr: Ich kann meine Ausbildung noch abschließen. Ein Lehrling im 3.Lehrjahr meinte: Ich bin der Meinung, der VW-Konzern hat vor etlichen Jahren die Konkurrenz NSU aufgekauft, ausgesaugt, um sie jetzt wegschmeißen zu können, z. B. sind sechs neue Modelle in Neckarsulm entwickelt worden, die dann in Wolfsburg umgesetzt worden sind und jetzt das neue VW-Werk in Brasilien, das ist ja ne Schweinerei. Hier schmeißen sie die Kollegen raus.

Etliche Arbeiter meinten, daß man wirklich um die Arbeitsplätze kämpfen muß. Es sind etliche Pläne im Gespräch vom ganztägigen Streik in Neckarsulm bis zur Besetzung von Autobahnkreuzen, Demonstration nach Heilbronn, Solidaritätsstreik in Heilbronner Betrieben, Demonstrationen in Wolfsburg. Im Fall einer beschlossenen Schließung des Werkes in Neckarsulm die Besetzung des Werks und Verhinderung des Maschinenabtransportes. Bei der Mehrheit deren, die ich angesprochen hatte, war der Wille zum Kampf um den Arbeitsplatz da.

Viele meinten auch, die ausländischen Kollegen werden dann mitgezogen werden.

Nächster Punkt wird eine Demonstration durch Heilbronn sein, die Solidarität der Kollegen anderer Betriebe und der Heilbronner und Neckarsulmer Bevölkerung ist da.

Am 4.April organisierten die Vertrauensleute von Audi/NSU einen Warnstreik in den drei Werken Neckarsulm, Heilbronn und Neuenstein.

Der Streik wurde offiziell von der Gewerkschaft nicht unterstützt.

Die Audi/NSU-Kollegen halten die Kampfmaßnahmen, die bis jetzt getroffen wurden, noch nicht für ausreichend. Ein NSU-Kollege, mit dem ich sprach, meinte, wenn wir jetzt nicht konsequentere Kampfmaßnahmen ergreifen, haben wir keinen Erfolg, unseren Arbeitsplatz weiterhin zu erhalten. Sehr wichtig, sagte er, ist es, Streikunterstützung von Seiten zu erhalten, die noch ein großes Auflagenpolster haben, wie z. B. Kolbenschmidt/Neckarsulm.

Der Audi/NSU-Kollege meinte weiter, wenn alles nichts mehr hilft, dann müssen wir halt nach Wolfsburg vor das Verwaltungsgebäude vom VW-Konzern fahren, und dort Druck machen.

Werk Salzgitter:

Gegen Teilstillegung

Salzgitter. Am letzten Freitag verteilte der Vertrauensleute-

gitter ist also ein fester Plan der VW-Leitung. Das heißt aber, daß das ganze Werk über kurz oder lang für

Werk Salzgitter:

Gegen Teilstillegung

Salzgitter. Am letzten Freitag verteilte der Vertrauensleutekörper der IG Metall einen Aufkleber: "Auch in Zukunft Fahrzeugbau im VW-Werk Salzgitter".

Die SPD-Betriebsgruppe plant am Sonnabend eine öffentliche Protestkundgebung gegen die geplante Stillegung des Fahrzeugbaus. Das wird von der IG Metall unterstützt. In der Salzgitterer Zeitung vom 5.4. wird berichtet: Durch die geplante Stillegung des Fahrzeugbaus würden rund 3 500 der jetzt noch 8 800 Beschäftigten des Werks Salzgitter auf die Straße gesetzt. (Und seit Mitte letzten Jahres ist die Belegschaft um rund 1 200 von 9 500 auf 8 800 verringert worden.)

Die Teilstillegung des Werkes Salzgitter ist also ein fester Plan der VW-Leitung. Das heißt aber, daß das ganze Werk über kurz oder lang für den Konzern nutzlos wird.

In den letzten Wochen sind Lohnrückstufungen vorgenommen und die Stückzahlen gesteigert worden. Durch neue Produktionsanlagen werden im Motorenbau die Stückzahlen gesteigert. So wurden z. B. in der Endmontage den Kollegen dort der Lohn um 1 bis 2 Lohnstufen gekürzt.

Und im Motorenbau, wo die Kapitalisten noch für neue Produktionsanlagen investieren, werden Arbeiter übrig gemacht.

Um den gesamten Rationalisierungsmaßnahmen der VW-Kapitalisten geschlossen entgegentreten zu können, ist es notwendig, nicht nur die Forderung zu erheben: Keine Stillegung und Schließung von Betriebsteilen oder Werken, sondern auch zu fordern: Keine Erhöhung von Stückzahlen, keine Erweiterung der Arbeitsgänge an Maschinen und Bändern. Keine Rückstufung in untere Lohngruppen.

Die Sozialdemokraten und die Christdemokraten in der IGM und im Betriebsrat haben den Vorschlag gemacht, den Fahrzeugbau in Salzgitter auf eine Schicht zurückzunehmen, "weil dies mehr Ersparnis brächte, als eine Verlagerung der Fertigung" (Salzgitterer Zeitung vom 7.4.75). Einem Abbau der Arbeitshetze wollen sie nur dann nicht zustimmen, wenn das "über ein vertretbares Maß hinaus wäre" (Salzgitterer Zeitung vom 5.4.75).

Darauf werden sich die VW-Arbeiter nicht einlassen können, weil solche Vorschläge darauf hinauslaufen, daß die Arbeiter die Folgen der Krise, für die die Kapitalisten allein verantwortlich sind, ausbaden sollen.

Die Protestkundgebung am kommenden Samstag muß benutzt werden, die Geschlossenheit und Kampfbereitschaft aller Arbeiter zu demonstrieren.

–KBW-Sympathisantengruppe Salzgitter–

Schädliche Gruppe

Der Kampf der VW-Arbeiter und die Schädlichkeit der Gruppe Rote Fahne (KPD)

Berichtet die bürgerliche Presse darüber, daß in einem bestimmten Betrieb oder Konzern die Auseinandersetzung zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten sich zuspitzt, hat die Gruppe Rote Fahne (KPD) nichts besseres zu tun, als vor diesen Betrieb zu ziehen, um dort ihr Glück zu versuchen. So tauchten am Montag vor den VW-Werken in Wolfsburg und Salzgitter, in denen sie nicht einen Mann hat, Verteiler auf und verteilten Flugblätter, in denen zum sofortigen Streik und zur Bildung einer selbständigen Streikleitung aufgerufen wurde.

Man stelle sich vor, die Gruppe Rote Fahne (KPD) wäre tatsächlich die Partei, deren Namen sie gestohlen hat, die KPD, die Partei des Proletariats, die die Aufgabe hat, die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen zu führen. Und diese KPD verteile einen Aufruf an mehreren Werken eines der größten Konzerne der BRD und gar niemand folgt ihrem Aufruf. Diese Partei würde nicht mehr den Namen einer kommunistischen Partei verdienen.

Aber die Gruppe Rote Fahne (KPD) ist eben nicht die Partei der Arbeiterklasse, sondern ein Haufen, der von Land zu Land zieht, um sein Glück zu machen. Wenn er es an den meisten Stellen nicht geschafft hat, zieht der Haufen weiter. Ihn kümmert es nicht, was er zurückläßt, seine Haltung ist: es hat nicht sollen sein, vielleicht haben wir an einer anderen Stelle mehr Glück.

–db–

Große Teile der Chemiearbeiter kritisieren den Abschluß

Ludwigshafen. Am 1.April erfahren die Kollegen bei BASF vom 6,8 %-Abschluß. Sie sind empört. Anstatt über eine Forderung, die erst aufgestellt werden sollte, wurde der Vertrauensleute-Vollversammlung aller Verwaltungsstellen in Rheinland-Pfalz am 2.April die 6,8 Prozent vorgelegt.

Die Vertrauensleute werden von vielen Kollegen beauftragt, das Vorgehen des IG Chemie-Hauptvorstandes abzulehnen. Eine Versammlung im Werk Nord beschließt, die Kapitalisten sollen die 6,8 % so auszahlen, daß jeder gleichviel bekommt, zwischen 150 und 170 DM.

Die Jugendvertrauenste-Versammlung am 1.April lehnt den Abschluß ab. Die Jugendvertretung soll die Ablehnung auf der Versammlung am nächsten Tag vortragen.

Um durchzukommen, wendet die Bezirksleitung Tricks an. Sie spaltet die eine Versammlung in zwei auf. Am 3.April wird eine neue Vertrauensleute-Vollversammlung nur für die BASF in der Arbeitszeit angesetzt. Nur ein Teil der BASF-Vertrauensleute ist am 2.April da.

Scharfe Kritik am Vorgehen und am Abschluß wird vorgetragen. Die Abwahl des Bezirksleiters Schweitzer wird unter starkem Beifall gefordert. Dagegen wird vorgetragen, daß der Abschluß für Kleinbetriebe gut sei und die Arbeitsplätze sichern helfe. Bei BASF könne ja durch Betriebsvereinbarungen Zulagen herausgeholt werden.

Die Abstimmung wird getrennt: zuerst über die 6,8 %. Die Mehrheit stimmt dafür, 50 Kollegen sind noch da, knapp ein Drittel stimmt dagegen.

Das Verfahren des Hauptvorstandes wird einstimmig verurteilt. Eine einheitliche Front gegen die Kapitalisten ist nicht zustandegekommen. Die größte Belegschaft BASF ist gespalten. Ein Teil der Kollegen berät jetzt, wie er für sich mehr herausholen kann.

So läuft dann auch die Vollversammlung in der BASF, laufen die Werksversammlungen am 7.April. Schweitzer wird ausgepfiffen, das Verfahren der Gewerkschaftsführung wird verurteilt. Aber vom Betriebsrat werden die Kollegen beruhigt: Für euch holen wir noch mehr raus. Von mehr Urlaub ist die Rede und mehr Urlaubsgeld, einem Erholungsheim und dem Abkommen, daß die vermögenswirksamen Leistungen für die Aniliner bereits ab 1975 verbessert werden sollen.

Die Vertrauensleute stimmen dem Abschluß von 6,8 % zu. Nicht für sich – für die anderen Chemiekollegen. Für sich wollen sie ja mehr rausholen. In der Sitzung der Großen Tarifkommission am 4.April kommt es, wie erwartet. 21 Vertreter stimmen für den Abschluß, 5 dagegen. Die BASF-Vertreter betonen noch extra, sie würden nur zustimmen, weil ja ihr Betriebsrat mit der Unternehmensleitung "in den nächsten Tagen über innerbetriebliche Verbesserungen" Verhandlungen führt.

Diesmal ist es der Gewerkschaftsführung noch gelungen, die Chemiearbeiter zu spalten. Es ist aber nicht gelungen, die erwünschte Stille herzustellen. In scharfer Kritik hat ein großer Teil der Chemiearbeiter die Gewerkschaftsführung kritisiert. Die Chemiearbeiter werden die Spaltungsmanöver entschieden bekämpfen müssen. Ohne ihre Einheit werden sie den Schlägen der Chemiekapitalisten nicht entgegentreten können.

Hoechst AG

Vertrauensleutesitzung

Vertrauensleutesitzung der IG Chemie stimmt dem Abschluß zu, Betriebsjugendgruppe dagegen.

Frankfurt. Nachdem ein Nacht-und-Nebel-Abschluß von der IG-Chemie-Führung klammheimlich durchgezogen worden war, fand am Dienstag, dem 1.4, die erste Vertrauensleutesitzung des Werks Hoechst zur Tarifrunde statt.

Hier sollten die Forderungen aufgestellt werden. Sie war nur zustande gekommen, weil die Jugend-Vertauensleutesitzung dem Betriebsratsvorsitzenden Brand ein Ultimatum gestellt hatte. Die Jugendlichen hatten feste Forderungen beschlossen: 190,– DM mehr für das erste Lehrjahr, 150,– DM für das zweite Lehrjahr, 100,– DM für das dritte Lehrjahr, 50,– DM für das vierte.

Brand begründete die "Verspätung" mit "Terminschwierigkeiten", dann berichtete Schäfer (Vorsitzender der IG Chemie Hessen) den staunenden Anwesenden, daß die Tarifrunde bereits gelaufen sei und wie der Abschluß, 6,8 %, aussieht.

In der folgenden, sehr heftigen Diskussion sprachen sich alle Sprecher bis auf zwei gegen diesen Abschluß aus, vor allen Dingen auch gegen das Vorgehen der Gewerkschaftsführung in dieser Tarifrunde. Keiner, auch nicht Schäfer, versuchte, den Abschluß offensiv zu verteidigen – es sei halt nicht mehr drin gewesen, einen Streik könne man nicht riskieren, denn die Arbeiter seien nicht streikbereit und die Unternehmer hätten sowieso gesagt, daß sie nicht mal diesen Abschluß aufrechterhalten würden, wenn dieser Abschluß nicht angenommen würde. Des Landesvorstand und die Mitglieder der Tarifkommission aus dem Werk (Brand u. a.) haben von vornherein gegen Lohnforderungen ein Arbeitsplatzsicherungsabkommen ausgespielt, bei dem nicht viel im Sieb geblieben ist. Der Lohnabschluß ist völlig unzureichend.

Wenn die Forderungen nicht vorher diskutiert werden und rechtzeitig abgesetzt werden, ist es kein Wunder, daß im Betrieb keine Kampffront steht, um eine Forderung wie etwa 200 DM für alle durchzusetzen.

Bei der Abstimmung stimmte eine knappe Mehrheit der Vertrauensleute für den Abschluß.

Die Anwesenden auf der Versammlung der Betriebsjugendgruppe am Mittwoch, dem 2.4., sprachen sich einhellig gegen den Abschluß aus, der für die Lehrlinge zwischen 25 und 40 DM mehr bedeutet und wiederum die Schere zwischen den niedrigen und den hohen Lehrjahren auseinandergehen läßt.

–J., Betriebsaufbauzelle Hoechst AG/Red.–

Hessen-Tarifkommission

Die Hessische Tarifkommission hat mit 10 Gegenstimmen dem Tarifabschluß zugestimmt.

Die Gegenstimmen kamen aus Wiesbaden, Darmstadt und Caltese Raunheim.

Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel. Die Vertrauensleute von Gewerkschaft Victor (Chemische Werke) haben den Beschluß der Verhandlungskommission von 6,8 % Erhöhung der Löhne und Gehälter abgelehnt.

Die Vertrauensleutesitzung fand am Mittwoch, dem 2. April, statt. Sie wiesen ihren Mann in der Tarifkommission an, gegen den Beschluß zu stimmen. Auch wurde über die prozentuale Forderung diskutiert. Dabei waren die meisten anwesenden Vertrauensleute für eine Festgeldforderung und gegen eine Prozentforderung.

Betriebszelle Gewerkschaft Victor

Drucktarifabschluss: 6,4 %

Am Dienstag, den 8.4., haben der Bundesverband Druck und die Verhandlungskommission der IG Druck und Papier beschlossen, 6,4 % sind das Ergebnis.

Die Große Tarifkommission soll es bereits gebilligt haben. Dieser Abschluß liegt noch um 3,6 % unter der 10 %-Forderung der Großen Tarifkommission. Er steht vor allem direkt in Widerspruch zu den zahlreichen Forderungen, die auf örtlicher Ebene durch die Mitglieder beschlossen worden waren und die für eine einheitliche Lohnerhöhung in Mark und Pfennig eintraten.

Diese Forderungen haben sich an den Interessen der Druckarbeiter orientiert. Dieser Abschluß orientiert sich an den Interessen der Kapitalisten. Dieser Abschluß kann nicht unwidersprochen bleiben.

Seit langem ist in der IG Druck und Papier dafür eingetreten worden, daß vor jedem Abschluß eine Urabstimmung der Gewerkschaftsmitglieder stattfindet. Diese Forderung nach Urabstimmung vor jedem Abschluß hat deshalb weite Verbreitung gefunden, weil die Mitglieder wissen, daß die sozialdemokratische Führung der Gewerkschaft immer für solche Abschlüsse gut ist. Und genau aus diesem Grund wehrt sich diese Führung dagegen, daß die Abschlüsse durch Urabstimmung gebilligt werden sollen. Daß diese Forderung weiter vertreten und durchgesetzt werden muß, zeigt gerade dieser Abschluß.

–HJH–

Druckrationalisierung

Im Süddeutschen Verlag 1/3 Personaleinsparung in der Technik

München. Wie in anderen großen Bereichen der Wirtschaft ist auch die Lage der Druckindustrie gekennzeichnet durch Betriebsschließungen, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, Einstellungsstopp und steigende Arbeitshetze.

Im Süddeutschen Verlag schaut es so aus: die 50 %-Tochter Süddruck wurde vor 4 Monaten stillgelegt und 600 Kollegen auf die Straße geworfen. Eine Kolonne Packerinnen wurde durch die Neuanschaffung einer Maschine hinausgeworfen. Die Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten im Anzeigensatz und im Zeitungskorrektorat wurde um 25 % verkürzt. Zum 2.Januar wurde die gesamte Akzidenz-Setzerei mit 60 Kollegen an die Tochterfirma Wenschow verschachert, ohne Garantie für einen Arbeitsplatz dort. Der seit über einem Jahr praktizierte Einstellungsstopp hat die Belegschaft um 180 Kollegen und Kolleginnen verringert und hat mit den 60 verkauften Kollegen die Gesamtzahl unter 2 000 gedrückt.

Durch Umschichtung z. B. im Zeitungssatz wurde die Arbeitszeit investiert, Verschnaufzeiten sind dadurch weggefallen. Die Einhaltung der Pausenzeiten wird strenger kontrolliert. Von den Putzfrauen über die Techniker bis zur Verwaltung ist durch Erweiterung des Arbeitsbereiches bei gleichzeitiger Personalsenkung die Arbeitshetze gestiegen.

Auf der Abteilungsversammlung vom 1.2.1975, wo es um die Einführung des Photosatzes ging, mußte die Geschäftsleitung unter dem Druck der Kollegen einige Zahlen rausrücken. Man kann davon ausgehen, daß die Personalzahlen aus taktischen Gründen zu niedrig gegriffen sind, die Zeitspannen jedoch zu hoch. Demnach sollen von 282 Kollegen im Zeitungssatz nach drei Jahren mindestens 60 überflüssig sein, 30 davon würden aus Altersgründen ausscheiden. Aus anderen Abteilungen sind noch keine Zahlen bekannt, aber die Personaleinsparung in der Technik soll ca. 1/3 betragen.

„Opel stellt wieder ein"

Bericht über den Versuch, einen Platz bei Opel zu ergattern

Bochum. Regierungsverlautbarungen, Presseartikel usw. erwecken zur Zeit immer stärker den Eindruck, daß es gar nicht mehr so schlimm stünde. Gerade nach dem Gerede um die Wiedereinstellungen bei Opel hört man in Bochum oft, daß jeder, der sich bemüht, hier allemal eine Arbeit bekommen würde. Mein Fall zeigt aber, wie brutal in Wirklichkeit die Opel-Bosse die Not der Arbeitslosen für ihre Profitinteressen ausnutzen.

Schon 1971 habe ich mich das erste Mal bei Opel vorgestellt. Wie bei der Musterung beim Bund mußte man damals wie heute erst einen langen Personalbogen (darin muß man lückenlos sämtliche Arbeitsverhältnisse, Zeugnisse, persönliche Daten und selbst Verwandte bei Opel eintragen). Nachdem der Bogen überprüft und die erste Überprüfung damit positiv verlaufen war, kriegte man einen Laufzettel (mit dem man wirklich laufen muß – an einem Tag bis zur endgültigen Einstellung bin ich fünf bis sechs Kilometer im Werk hin- und hergeschickt worden). Erste Station war der Werksarzt.

Der musterte härter als bei der Bundeswehr, ob man "Opel-tauglich" ist. Frauen (die für die gleiche Arbeit auch bei Opel weniger Lohn kriegen) werden sogar nach ihrer letzten Regel gefragt, denn Schwangere kosten Opel mehr

Ich war damals tauglich und durfte dann noch zu den verschiedensten Stellen, unter anderem zum Werksfotografen, der Fotos für den Werksausweis und die Personalakte machte. Auch das erinnert an die Zeit beim Bund: Wehrpaß ... Die Aufgaben von MAD und Offizieren füllen bei Opel Werksschutz und Meister aus. So fotografierten sie beim Streik überall und konnten dann anhand der Photos in den Personalakten "Übeltäter" identifizieren.

Im April 1972 ging ich für 15 Monate zum Bund und fand den Unterschied gar nicht so groß, nur die Uniform ist bei Opel blau (die der Offiziere grün), und man ist bei Opel nicht so lange in der Kaserne. Als ich mit dem Bund fertig war, gab's nach der gründlichen Bund-Abmusterung wieder die gleiche Musterungsprozedur, nur das Foto konnten sie sich sparen, da Opel Personalakten erst bei Todesfällen wegschmeißt. Ich war wieder für meine alte Arbeit tauglich.

Als voriges Jahr in der Kurzarbeit das Gerücht aufkam, Opel wird seine Maschinen nach Spanien verlagern und danach Perschke und andere Betriebsräte auf Opel-Kosten in die USA flogen, dachte ich, daß es das beste wäre, mit 5 500 DM Abfindung mir schnell eine neue Arbeit zu suchen, ehe es noch düsterer wird.

Bis heute hat das aber noch nicht geklappt, und so war ich froh, überall von freien Stellen bei Opel zu hören. Ich holte mir am Arbeitsamt eine Karte und bin hin. Bei Opel mußte ich zum dritten Mal den Personalerfassungsbogen ausfüllen. Doch dieses Mal war die Musterungskommission noch wählerischer; für jede Stelle gibt es ja viele Bewerber. Nachdem sie meine Personalakte überprüft hatten (ich bekam sie allerdings nie zu Gesicht), erklärten sie mir kühl: "Bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage können wir auf Sie gerne verzichten." Die meisten Kollegen, die auf Anstellung hofften, bekamen das gleiche zu hören. Ob ich wegen meiner Beteiligung am 73-er Streik oder wegen drei Monaten Krankheit – vor allem durch einen Arbeitsunfall bedingt – nicht ankam, blieb mir geheim.

Eine Sache ist mir bei der Vorstellung besonders übel aufgefallen: die Schikanierung der ausländischen Kollegen. Sie mußten stundenlang zu fünfzig bis achtzig Kollegen in der Vorhalle stehend warten, während man uns Deutsche bevorzugt reinholte. Außerdem bekam trotz größten Andrangs fast kein Ausländer eine Stelle.

G.

Berichtigung

In KVZ Nr.13 ist auf Seite 7 eine Ortsangabe verwechselt worden. Der interviewte Lehrling kam aus Heidelberg, nicht wie angegeben, aus Konstanz.

Holzarbeiter-Versammlung

Beschluß gegen § 218/Keine Unterstützung der Junta in Chile

Hamburg. Am 25. März 1975 fand die jährliche Delegiertenversammlung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), Geschäftsstelle Hamburg, statt. Rund 80 Delegierte kamen aus den Betrieben. Auf der Versammlung wurden einige wichtige Anträge mit großer Mehrheit angenommen.

1. Die Delegiertenversammlung verurteilt den Beschluß des Bundesverfassungsgerichts, den § 218 weiterhin als Straftatbestand aufrechtzuerhalten. Die Delegierten sind zugleich der Auffassung, daß die Forderung des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Holz und Kunststoff vom September 1973 nach wie vor Gültigkeit hat:

"Der Gewerkschaftstag fordert Bundestag und Bundesregierung auf, den § 218 des Strafgesetzbuches umgehend zu beseitigen."

In der Begründung heißt es u.a., die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist ein Schlag gegen demokratische Forderungen aus der Bevölkerung.

2. Die Delegiertenversammlung fordert den Hauptvorstand auf, eine Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes mit dem Ziel zu erwirken, daß jugendliche Schulabgänger, die keinen Arbeitsplatz finden, Anspruch auf Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung haben.

Auf Empfehlung der Antragskommission wurde folgender Satz hinzugefügt: "Gleichzeitig fordern wir verstärkte Beschaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche.

3. In einer Entschließung fordern die Delegierten die Bundesregierung auf, jegliche Art von Unterstützung an die Junta in Chile zukünftig zu verweigern.

Grundlage dieses Beschlusses waren die laufenden Umschuldungsverhandlungen mit der chilenischen Militärjunta in Paris und der im Januar von der Bundesregierung gewährte Kredit von 21 Millionen Mark.

"Jeder Zahlungsaufschub und weitere Kredite", so heißt es in der Entschließung, "würde mit bundesdeutschen Steuergeldern die Terrorherrschaft der Junta nur unterstützen und verlängern.".

Für die streikenden Kollegen des Zementwerkes Seibel in Erwitte wurden runde 200 DM gesammelt.

Die Delegiertenversammlung endete mit der Aufforderung, am 1. Mai an der gewerkschaftlichen Demonstration und Kundgebung teilzunehmen.

R.

Urlaub gesichert

Heidelberg. In der KVZ Nr. 10 berichteten wir darüber, wie die Belegschaft des Max-Planck-Instituts f. Kernphysik den Kampf um ihre Rechte führte.

Die Belegschaft setzte sich dafür ein, daß der übertarifliche Urlaub nicht gestrichen wurde.

Es handelte sich hier um 3 Tage nach Ostern, die zusätzlich zum Jahresurlaub als bezahlter Urlaub galten

Schon Mitte des Jahres 1974 merkten die Kollegen, daß die Direktoren mit List an die Streichung des Urlaubs herangingen und die Belegschaft beschloß, den Betriebsrat aufzufordern, jetzt den Kampf aufzunehmen und mit allen Mitteln den Urlaub zu verteidigen. Mit solchen Beschlüssen der Belegschaft konnte der Betriebsrat leicht der Taktik der Direktoren entgegentreten.

3 Betriebsräte klagten vor Gericht.

Am 20.3.1975 kommt es zu der mündlichen Verhandlung. Die Direktion bzw. deren Vertreter **müssen** einer Einigung zustimmen, die vorsieht, **daß die ganze Belegschaft** wie bisher nach Ostern 3 Tage frei hat. In einem Verfahren soll jetzt endgültig entschieden werden, was Jahre dauern kann.



Kassel. Rund 1 000 ausländische Kollegen demonstrierten am Samstag, den 5.4., in Kassel gegen die Einschränkung der Freizügigkeit für ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik und für gleiche Rechte für alle ausländischen Arbeiter. Zu der Demonstration war von mehreren ausländischen Gruppen in Kassel aufgerufen worden. Auch die Arbeiterwohlfahrt unterstützte die Protestaktion. In ihren Sprechchören und Transparenten setzten sich die ausländischen Kollegen dagegen zur Wehr, in der BRD als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden, die man abschiebt, wenn man sie nicht mehr braucht.

Arbeitsamtchef hetzt gegen türkische Kollegen

Köln. Immer wieder kommt es vor, daß die Kapitalisten und ihre Schreiberlinge gegen unsere ausländischen Kollegen hetzen. Besonders stark ist das in Köln seit dem Ford-Streik 1973 gegenüber türkischen Kollegen.

Kürzlich stellte sich heraus, daß nicht nur die Kapitalisten solche Schauermärchen auftischen, sondern auch der Direktor des Kölner Arbeitsamtes, Fetten. Er versuchte, die türkischen Kollegen als nutzloses, betrügerisches Gesindel abzuqualifizieren: *"90 bis 95 Prozent dieser Leute kassieren jetzt Arbeitslosengeld. Sie denken nicht daran, zurück an den Bosporus zu gehen."* (Express, 14.3.75)

Und 'Express'-Redakteur Ulrich Gross haute in die gleiche Kerbe: die Türken hätten den Ford-Konzern an der Nase herumgeführt. Erst hätten sie dicke Prämien kassiert und dann gekündigt. Dann seien sie gegen ihr Versprechen nicht in die Türkei zurückgegangen.

Wie aber sehen die Tatsachen aus?

1. Die Abfindungen für Arbeiter waren bei Ford lächerlich gering! Die, die länger als 5 Jahre geschuftet haben, bekamen nur 7 500 DM dafür, daß sie arbeitslos wurden.

2. Viele ausländische Kollegen haben das nur akzeptiert, weil Ford ihnen gedroht hatte, ihre Arbeitsverträge im Laufe des Jahres 1975 nicht zu verlängern. Anderen wurde versprochen, daß sie auf jeden Fall in Köln neue Arbeit kriegen würden.

3. Betroffen davon waren viele Kollegen, die schon über 10 Jahre bei Ford und in Deutschland gearbeitet haben.

4. Eine wahre Unverschämtheit ist es, von unseren türkischen Kollegen zu erwarten, kein Arbeitslosengeld zu nehmen. Sie haben nämlich genau wie jeder andere Kollege ihre Beiträge da reingezahlt. Wenn Fetten jetzt sagt, die sollten lieber "zurück an den Bosporus", dann will er offensichtlich unsere türkischen Kollegen um ihr eingezahltes Geld betrügen.

5. Fetten scheint sowieso unsere ausländischen Kollegen eher als Viehherden denn als Teil von uns Arbeitern zu betrachten. Wenn sie in "Zeiten rückläufiger Konjunktur" nicht mehr auszubeuten sind, werden sie einfach zu Tausenden in Züge verfrachtet und an den Bosporus zurückgebracht. Dort unten herrscht allerdings – und das weiß Fetten ganz genau – eine Arbeitslosigkeit von über einer Million.

Ich meine, jeder deutsche Kollege sollte sich schärfstens gegen eine solche Diskriminierung unserer ausländischen Kollegen wehren: Er sollte Leserbriefe an den 'Express', die Gewerkschaftszeitungen usw. schreiben, um zu zeigen, daß wir eine Klasse sind und uns nicht gegeneinander aufhetzen lassen.

Gerade auch in Hinblick auf den 1.Mai sollten wir in den Gewerkschaften dafür eintreten, daß die Forderung nach gleichen Rechten für alle ausländischen Kollegen aufgestellt wird.

–O.H., Ford-Aufbauzelle–

Betriebsratswahlen am Max-Planck-Institut für Medizinische Forschung Heidelberg

Kampfansage gegen Sparmassnahmen auf dem Rücken der Belegschaft

Rationalisierung und Steigerung der Arbeitslast auch in der Max-Planck-Gesellschaft

Gegenwärtig prüfen die Institutsdirektoren der Max-Planck-Gesellschaft, wie in drei Jahren 15 % der Belegschaften abgebaut werden können, ohne daß dabei ihre Forschungsprojekte eingeschränkt werden müssen. Schon die kapitalistische Krise von 1966/67 wirkte sich im Etat der Max-Planck-Gesellschaft so aus, daß er von 312 Millionen (1967) auf 247 Millionen DM 1968 zusammengestrichen wurde.

Programm zur Betriebsratswahl: Gegen Sparmaßnahmen auf Kosten der Belegschaft

Am Max-Planck-Institut für medizinische Forschung haben sich Gewerkschaftsmitglieder zusammengetan und beraten, welche Forderungen in dieser Lage für die anstehenden Betriebsratswahlen aufzustellen sind. Sie wurden in einem Programm zusammengefaßt und auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung verabschiedet:

"Die Mehrheit der Versammelten geht davon aus, daß sich die Lage der Beschäftigten am Institut weiter verschlechtern wird, als Folge der krisenhaften Entwicklung des bestehenden Wirtschaftssystems in der Bundesrepublik. Die Mittel für die Forschung werden zusammengestrichen, und die Institutsdirektoren werden Sparmaßnahmen ergreifen, um die Forschungsarbeit in gleichem Umfang aufrechtzuerhalten.

Dabei werden sie in erster Linie an den Personalkosten sparen wollen, z.B. durch Höhergruppierungsstopps, Einstellungsstopps, Zeitverträge, Streichung des traditionellen Urlaubs und verschärfte Kontrolle am Arbeitsplatz.

Die Kandidaten dieser Programmliste werden in ihrer Betriebsratsarbeit alle Sparmaßnahmen der Institutsleitung abzuwehren versuchen, die auf Kosten der Belegschaft gehen sollen. Weitere Einsparungen werden auf Kosten der Arbeitsbedingungen gemacht werden, wahrscheinlich für Sicherheits- und Gesundheitsschutz und bei den sozialen Einrichtungen.

Die Kandidaten dieser Programmliste werden solchen Maßnahmen der Institutsleitung im Betriebsrat nicht zustimmen. Sie werden Betriebsvereinbarungen anstreben, die bestehende Vorteile absichern und Verbesserungen verbindlich festlegen."

Nach genauerer Festlegung der einzelnen genannten Forderungen geht das Programm auf die Zusammenarbeit mit der Belegschaft ein: "Die Kandidaten dieser Programmliste werden die Belegschaft voll informieren über alle Maßnahmen der Institutsleitung und über die Arbeit des Betriebsrats. Sie werden auch gegen jede kleinliche Schikane, der die Beschäftigten ausgesetzt sind, einschreiten.

Die Kandidaten dieser Programmliste werden auf der Betriebsversammlung der Belegschaft darüber Rechenschaft ablegen, wie sie zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen tätig geworden sind. Sie fühlen sich an die Aufträge der Betriebsversammlung gebunden und verpflichten sich, zurückzutreten, wenn die Betriebsversammlung feststellt, daß sie ihre Aufträge nicht durchführen."

Wie ist der Wahlkampf geführt worden?

Nach Verabschiedung des Programms wurde dieses in der Belegschaft verteilt und Kollegen, die dieses Programm unterstützen, aufgefordert, auf ihm zur Betriebsratswahl zu kandidieren. Dabei stellte sich jedoch heraus, daß sehr wenig Kollegen sich bereit fanden, die Betriebsratsarbeit zu übernehmen. **Wie kommt es zu einer solchen Lage?** Einerseits gibt es viele Kollegen, die das von der Mehrheit der Gewerkschaftsgruppe ausgearbeitete Programm unterstützen. Trotzdem haben sie die Kandidatur abgelehnt, weil sie meinten, sie könnten nicht vor der Belegschaft reden, sie würden mit den komplizierten gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen nicht zurechtkommen, sie hätten Nachteile am Arbeitsplatz durch die Auseinandersetzung mit der Institutsleitung zu erwarten oder die anderen Kollegen müßten ihre Arbeit mitmachen, die während der Betriebsratsarbeit liegen bleibt.

Andererseits hat keines der alten Betriebsratsmitglieder wieder kandidiert.

Persönlich können diese Leute vielerlei Gründe dafür anbringen. Warum sie jedoch nicht wieder kandidieren, ergibt sich hauptsächlich aus der sich verschärfenden Auseinandersetzung mit der Institutsleitung aufgrund der sich verschlechternden Lage der Beschäftigten am Institut und wie der alte Betriebsrat in dieser Situation gearbeitet hat.

Der alte Betriebsrat arbeitet zunächst im Interesse der Belegschaft

Eine Zeitlang wurde an unserem Institut die Betriebsratsarbeit so durchgeführt, daß die Belegschaft vom Betriebsrat ausführlich über seine Arbeit und die Maßnahmen der Institutsleitung informiert wurde. Zum Vorgehen des Betriebsrates wurden in allen wichtigen Fragen Beschlüsse auf Betriebsversammlungen gefaßt und der Belegschaft Rechenschaft über ihre Durchführung gelegt. Gab es Schwierigkeiten in der Durchsetzung der Forderungen der Belegschaft, wurden diese sofort öffentlich gemacht.

Durch dieses Vorgehen konnte der Betriebsrat erfolgreich im Interesse der Belegschaft und gestützt auf sie arbeiten: Als die Institutsleitung z.B. die tarifgerechte Einstufung einer Gruppe von Arbeiterinnen verweigerte, hat der Betriebsrat in Zusammenarbeit mit den Kolleginnen selbst und Bekanntmachung dieses jahrelangen Betruges an diesen Frauen auf der Betriebsversammlung Druck hinter die Forderung der Kolleginnen machen können und ihre rückwirkende tarifgerechte Eingruppierung durchgesetzt.

Diesen Weg der Durchsetzung der Interessen der Belegschaft, für den vor allem die ÖTV-Betriebsratsmitglieder und die Gewerkschaftsgruppe am Institut eintraten, haben die alten Betriebsratsmitglieder schon seit einiger Zeit aufgegeben. Nämlich seitdem sie sich durch Abwahl auf einer Betriebsversammlung zweier kommunistischer Betriebsratsmitglieder entledigt hatten. Dies konnte nur geschehen, weil ihnen und der Mehrheit der Gewerkschaftsgruppe, die die Abwahl empfohlen hatte, im Verlauf der sich verschärfenden Auseinandersetzung mit der Institutsleitung selber der Boden unter den Füßen zu heiß wurde. 31 stimmten gegen die Abwahl der kommunistischen Betriebsratsmitglieder.

Kommunistische Betriebsräte abgewählt

Wie sich das für die Vertretung der Interessen der Belegschaft auswirkt, zeigt die derzeit laufende Auseinandersetzung in der Max-Planck-Gesellschaft um die Streichung der freien Tage; dabei handelt es sich um traditionellen übertariflichen Urlaub.

Statt der Belegschaft im Kampf um die Erhaltung der freien Tage voranzugehen, hat unser Betriebsrat sich mit der Streichung abgefunden und der Belegschaft lediglich mitgeteilt, jeder einzelne könne vor's Arbeitsgericht gehen und versuchen, seinen Anspruch selber einzuklagen. Sie selber haben nicht gesagt, daß sie das tun werden.

Am Max-Planck-Institut für Kernphysik, auch in Heidelberg, haben drei Betriebsratsmitglieder den Osterurlaub in einem Verfahren vor dem Arbeitsgericht für die gesamte Belegschaft in scharfer Auseinandersetzung mit der Institutsleitung durchgesetzt.

Nur so kann ein Erfolg erreicht werden, und das sehen unsere alten Betriebsratsmitglieder natürlich auch: Setzt sich ein Betriebsrat konsequent für die Erhaltung der freien Tage ein, so setzt er sich damit gleichzeitig dem Zorn der Direktion aus. Hier muß sich ein Betriebsrat entscheiden. Um solchen Entscheidungen aus dem Weg zu gehen, die die Belegschaft braucht, um handeln zu können, zogen es die alten Betriebsratsmitglieder vor, nicht wieder zu kandidieren.

Während also ein Teil der Kollegen, die die Notwendigkeit einer konsequenten Betriebsratsarbeit sehen, noch nicht bereit ist, auch die Arbeit zu übernehmen, kann ein anderer Teil nicht mehr kandidieren, weil sie gar nicht begründen können, in welcher Weise sie der Belegschaft von Nutzen sein werden.

Kommentar

Für die Kollegen am MPI für Med. Forschung

Herausgeber: Kommunistischer Bund Westdeutschland Ortsgruppe Heidelberg
Verantw. : D. Reichert, 68 Mannheim 1, B 5, 12 **18.1.74**
Druck : Caro Druck HD
Redaktion : Zelle Max-Planck-Institute und Deutsches Krebsforschungszentrum

Auflage: 200

Gemeinsam gegen die Massnahmen des Arbeitgebers

Lehrling muss weiterbeschäftigt werden!

In der Mechanik-Werkstatt der Abt. Mol. Physik gibt es genug Arbeit, ein weiterer Lehrling soll demnächst eingestellt werden

Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Belegschaft

Forschungseinrichtungen kosten viel

Betriebszeitung der Zelle des KBW am Max-Planck-Institut

Betriebszeitung der Zelle des KBW am Max-Planck-Institut

Betriebsversammlung zur Vorstellung der Kandidaten

Für die Kandidatur gab es schließlich sechs Kandidaten, alles Mitglieder der Gewerkschaft, die auch an der Erstellung des Programms beteiligt waren. Obwohl nach dem Betriebsverfassungsgesetz ein Betriebsrat aus sieben Mitgliedern gebildet werden kann, gab es jetzt nur die Möglichkeit: kein Betriebsrat oder einen kleineren Betriebsrat aus fünf Mitgliedern und einem Ersatzmitglied zu wählen.

Auf einer Betriebsversammlung vor der Wahl stellten sich die sechs Kandidaten der Belegschaft vor. In einem schriftlich vorbereiteten Beitrag, der auf gemeinsamen Besprechungen erarbeitet worden war, nahmen die einzelnen Kandidaten Stellung zu den verschiedenen Punkten im Programm, wobei hervorgehoben wurde, daß ohne die Unterstützung der Belegschaft ein noch so guter Betriebsrat gegenüber der Institutsleitung wenig durchsetzen kann.

Ergebnis der Wahlen

Trotz der schwierigen Lage haben 76 % der Belegschaft (244 Wahlberechtigte) sich an der Betriebsratswahl beteiligt und damit für die frisch gewählten Betriebsräte eine gute Grundlage geschaffen, die Arbeit – gestützt auf das Programm – anzugehen.

Es kommt jetzt darauf an, diese Grundlage in der Weise zu nutzen, daß mehr Kollegen für die tatkräftige Unterstützung des Betriebsrats gewonnen werden können, vor allem über die Verbreiterung der gewerkschaftlichen Arbeit am Institut.

Alle Betriebsratsmitglieder sind in der ÖTV und wollen über eine Intensivierung und Neuwerbung von Mitgliedern für die gewerkschaftliche Arbeit die Voraussetzung schaffen, die eine konsequente Interessenvertretung im Betrieb erfolgreich voranbringt.

Mitglied des KBW kandidiert zu der Betriebsratswahl

Auf der Programmliste kandidierte auch ein Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Helga Rosenbaum, Stadtratskandidatin des KBW bei den Gemeinderatswahlen am 20. April und Mitglied der Ortsleitung der Ortsgruppe des KBW in Heidelberg.

H. Rosenbaum war vor einem Jahr auf einer Betriebsversammlung mit nur 31 Gegenstimmen abgewählt worden. Trotz schwieriger Bedingungen: Abwahl aus dem Betriebsrat bei gleichzeitiger Trennung von dem Großteil der Belegschaft (durch Auslagerung des Betriebsteils wegen Umbau) erhielt sie bei der jetzigen Wahl 74 von 167 gültigen Stimmen. Sie ist damit Ersatzmitglied im Betriebsrat. Der Teil der Belegschaft, der erkannt hat, daß die Interessen der Belegschaft nur gegen die Interessen der Institutsleitung und nicht in trauter Zusammenarbeit mit ihr durchgesetzt werden können, hat sich vergrößert. Die Belegschaft wird in der Abwehr gegen schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen ihre Einheit schmieden müssen und ihren Betriebsrat als Hebel für ihre Forderungen einsetzen.

–Zelle Max-Planck-Institut–

Den Folgen der Jugendarbeitslosigkeit entgegentreten!

Auch nach der Demonstration am 19.4. in Frankfurt müssen die Aktivitäten weitergehen/Aktionswoche in Darmstadt

Zum Auftakt und zur Vorbereitung auf die Aktionswoche gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Darmstadt (siehe KVZ Nr. 12/75) fand am 5.4.1974 im Darmstädter Gewerkschaftshaus eine Funktionärskonferenz des DGB statt.

Eingeladen waren Jugendvertreter und Jugendvertrauensleute. Ungefähr 60 Kollegen aus Darmstädter Betrieben waren anwesend. Darunter auch viel Kollegen, die nicht Jugendvertreter oder Vertrauensmann sind.

In drei Arbeitsgruppen wurde diskutiert, welche Ursachen die Jugendarbeitslosigkeit hat, wie die Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule aussieht. Weiterhin, welche Aktionen nach der zentralen südhessischen Demonstration gegen die schlechte Lage in der Berufsbildung am 19.4. in Frankfurt noch durchgeführt werden können.

Es stellte sich in den drei Arbeitsgruppen als wichtiger Punkt die Frage nach den Forderungen, die erhoben werden müssen, um die Lage der Arbeiterjugend und der arbeitslosen Jugendlichen tatsächlich zu verändern und um den Folgen der Jugendarbeitslosigkeit entgegentreten zu können.

Die Kollegen in den einzelen Arbeitsgruppen stellten dann auch fest, daß die Forderungen des DGB zum Teil recht unkonkret und nicht in der Lage sind, die arbeitslosen Jugendlichen und die Kollegen, die noch Arbeit haben bzw. in der Ausbildung sind, zusammenzuschließen.

So wurde dann im abschließenden Plenum ein Flugblatt eingebracht, das konkret auf die Lage der arbeitslosen Jugendlichen eingeht und daraus Forderungen entwickelt. In dem Flugblatt heißt es:

"Nach der Hauptschule stehen die arbeitslosen Jugendlichen vor dem Nichts. Einigen wenigen Jugendlichen werden Förderlehrgänge angeboten. Bei diesen Förderlehrgängen werden sie in der Produktion verschiedener Firmen eingesetzt. Nachweisbar werden sie da zu Hilfsarbeiten herangezogen. Dafür bekommen die Firmen eine Prämie und die Jugendlichen durchschnittlich 300 DM vom Arbeitsamt.

Die meisten Jugendlichen finden weder Ausbildungsplatz noch Arbeitsstelle, noch bekommen sie einen solchen Lehrgang angeboten. Alles, was an Ausbildungsmaßnahmen ergriffen wird, ist ein Tag Berufsschulunterricht. In der Berufsschule sind sie entweder in Arbeitslosenklass en oder in Jungarbeiterklasse zusammengewürfelt. . . .

Der Bankrott der Ausbildung in Unternehmerhand hat gezeigt, daß die Ausbildung der Jugendlichen nicht länger Privatsache der Kapitalisten sein darf."

Die folgenden Forderungen wurden in dem Flugblattvorschlag erhoben'

"Der arbeitslose Jugendliche muß das Recht haben, an einer Facharbeiterklasse seiner Wahl teilzunehmen und eine solche theoretische und praktische Ausbildung zu erhalten, die es ermöglicht, eine Facharbeiterprüfung abzulegen!

Die Jugendlichen, die keine Arbeit finden, müssen als Arbeitslose anerkannt werden und ein Arbeitslosengeld erhalten, womit sie den Lebensunterhalt finanzieren können.

Gegen die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Berufsausbildung.

Für ausreichenden Berufsschulunterricht für alle.

12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen! Einstellung aller Lehramtsanwärter!"

Das Flugblatt wurde von den Teilnehmern der Konferenz begrüßt.

Gegen die Stimmen von anwesenden Mitgliedern des Kreisjugendausschusses des DGB beschlossen die 60 anwesenden Kollegen, daß der Kreisjugendausschuß aufgefordert wird, dieses Flugblatt mit den Forderungen noch vor dem 19.4., also vor der Demonstration, zu veröffentlichen.

In den Arbeitsgruppen wurde weiter festgelegt, welche Schritte der Kreisjugendausschuß nach der Demonstration unternehmen soll: So wurde festgelegt, daß der Kreisjugendausschuß die Schülervertretungen der Darmstädter Schulen einlädt um gemeinsam mit den Schülerverwaltungen die Aktionen, insbesondere mit den Berufsschulen, zu koordinieren.

An den Arbeitsämtern sollen Stände durchgeführt werden, um die arbeitslosen Jugendlichen anzusprechen und in die Arbeitslosenklassen in den Berufsschulen sollen Kollegen hingehen. An den Jugendhäusern und sonstigen Freizeiteinrichtungen soll der Kreisjugendausschuß die arbeitslosen Jugendlichen mobilisieren.

Auch die Mobilisierung zur Demonstration wurde in einzelnen Arbeitsgruppen diskutiert und in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit, die schlechte Lage der Berufsbildung zum Gegenstand des 1. Mai zu machen.

Festgelegt wurde, daß von allen anwesenden Kollegen mit den Plakaten und Flugblättern zur Demonstration mobilisiert wird. Die meisten Kollegen haben dann auch die Flugblätter des DGB angefordert, um sie in ihrem Betrieb zu verteilen. M. Darmstadt



Lehrlingsausbildung bei Siemens in Westberlin

Resolutionen

Heidelberg. Mit großer Mehrheit verabschiedete die Vollversammlung des Jugendzentrums Zigelhausen am 16.3. eine Resolution, in der sie die Demonstration des DGB gegen die Berufsbildungsmisere und gegen das Elend der Jugendarbeitslosigkeit begrüßte. In der Resolution wird die Anerkennung jugendlicher Arbeitsloser als Arbeitslose, das Recht auf Teilnahme der arbeitslosen Jugendlichen an Facharbeiterklassen ihrer Wahl und das Recht arbeitsloser Jugendlicher sich in der Gewerkschaft zu organisieren, gefordert.

Ebingen. Die Vollversammlung des Jugendzentrums in Ebingen verabschiedete am 21.3. eine Resolution zur Unterstützung der DGB-Demonstration am 12.4. in Stuttgart. Sie fordert den DGB auf, breit für die Demonstration zu mobilisieren.

Weinheim. Auch das Jugendzentrum Weinheim erklärte in einer Resolution, daß es die Demonstration in Stuttgart für ein geeignetes Mittel halte "um Staat und Unternehmern zu zeigen, daß die Arbeiterjugend nicht länger gewillt ist, die ständige Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und die Angriffe auf ihr Recht auf Arbeit und Ausbildung widerstandslos hinzunehmen."

Heidelberg. Die DGB-Gewerkschaftsjugend Heidelberg rief alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich an der Demonstration in Stuttgart am 12.4. zu beteiligen. Die Gewerkschaftsjugend fordert. "daß die arbeitslosen Jugendlichen am Fachklassenunterricht nach ihrer Wahl teilnehmen können und dies auf die spätere Ausbildung angerechnet wird, daß die Schulabgänger ohne Arbeit als Arbeitslose anerkannt werden, daß für die arbeitslosen Jugendliche die Unterstützung vom Arbeitsamt so erhöht wird, daß ihre Existenz unabhängig ist".

Mannheim. Die Mitgliederversammlung des GEW Kreisverbandes Mannheim verabschiedete einen Antrag des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher zur Jugendarbeitslosigkeit. Es wird in dieser Resolution wird der Vorstand aufgefordert, die Mitglieder zur Beteiligung an der Demonstration in Stuttgart aufzurufen.

Geld und Erpressungen führen nicht zum Ziel

Auseinandersetzung um Gründung des einheitlichen Studentenverbandes

Mit allen Mitteln versuchen die DKP-Studenten des MSB-Spartakus gemeinsam mit dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB), die Gründung eines einheitlichen Dachverbandes der Studentenschaften zu hintertreiben, nachdem es ihnen nicht gelang, ihre falschen Vorstellungen über einen solchen Verband bei der Mehrheit der Studenten durchzusetzen. Inzwischen, da sie zunehmend weniger Allgemeine Studentenausschüsse auf ihrer Politik der Spaltung der Studentenschaften verpflichten können, versuchen sie, wie die Korrespondenz aus Wuppertal zeigt, mit den Mitteln großbürgerlicher Finanziers ihren Einfluß zu stärken. Daß eine solche Politik scheitern muß, zeigt die Korrespondenz aus Hohenheim.

Wuppertal. Am 2.4. sollte in Wuppertal eine Mitgliederversammlung der Fachhochschulen von Nordrhein-Westfalen, die im Verband Intergrierter Studentenschaften (VIS) organisiert sind, stattfinden. Eröffnet werden konnte sie aber nicht.

Als wichtigste Tagesordnungspunkte standen an die Entlastung des Vorstandes und die Liquidation des Verbandes, da er im Zuge der Vereinheitlichung der Studentenschaft in einem einheitlichen Dachverband überflüssig ist.

Stimmrecht hatten auf der Mitgliederversammlung laut Satzung nur die ASten, die auch ihre Mitgliedsbeiträge für die Arbeit des Verbandes gezahlt haben. Seit einiger Zeit hatten aber so große MSB/SHB-ASten wie Bielefeld, Düsseldorf, Duisburg und Essen keine Beiträge mehr bezahlt, weil ihnen die Politik des Verbandes nicht mehr paßte.

Plötzlich war alles anders. Die bisher den VIS finanzierenden ASten kamen am Mittwoch aus dem Staunen nicht mehr heraus, als zur Stimmabgabe plötzlich ein Scheck nach dem anderen von MSB/SHB-Funktionären auf den Tisch geblättert wurde. Da lag denn plötzlich die stattliche Summe von 66.000 DM auf dem Tisch. Heftig schoben sich hierbei die einzelnen MSB/SHB-ASten Gelder zu, damit nur jeder von ihnen das notwendige Geld auf den Tisch blättern konnte, um sein Stimmrecht zu erhalten. Zu diesem Zwecke gaben einzelne AStA-Chefs an andere Darlehen und Schenkungen, als ob sie plötzlich der Weihnachtsmann wären.

Gewitzt durch die Erfahrungen, denn eben im Jahr zuvor hatten dieselben Weihnachtsmänner einen Scheck platzen lassen, eröffnete der VIS-Vorstand die Sitzung nicht, um festzustellen, ob denn die Schecks auch gedeckt seien. Das aber wollten nun die MSB/SHB-Funktionäre nicht, und – wie ertappte Räuber – forderten sie ihre Schecks zurück. Der Vorstand, obwohl nicht dazu verpflichtet, gab ihnen die Schecks zurück, und dies ist auch richtig so, denn hierbei handelt es sich um Gelder der Studenten, die von diesen MSB/SHB-Politikern verteilt wurden.

Es gelang also diesen Stimmenkäufern nicht, mit den Geldern der Studenten sich die Mehrheit in dem Landesverband von Nordrhein-Westfalen einzukaufen, um mit diesem bei der Gründung eines einheitlichen Dachverbandes mehr Einfluß zu haben.

Die einzelnen Studentenschaften von Nordrhein-Westfalen werden das ebenso generöse wie üble Finanzverhalten ihrer ASten kontrollieren müssen, wollen sie mit ihren Geldern nicht die Spaltung des einheitlichen Dachverbandes finanzieren. Sie müssen jetzt auf Vollversammlungen und in Parlamentssitzungen Beschlüsse für einen einheitlichen Dachverband und für die Fortsetzung der Gründungsversammlung am 8. Mai fassen, an die ihre AStA-Vertreter auch gebunden sind, damit diese nicht wieder als Geldbriefträger durch die Gegend reisen.

–N.L., KHG Kiel/Red.–

Hohenheim. Auf der Sitzung des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Hohenheim am Dienstag, dem 8.4., wurde über das weitere Vorgehen in bezug auf die Gründung des neuen Dachverbandes beraten. Insbesondere mußte festgelegt werden, ob die Delegation der Studentenschaft an der von den Fraktionen der DKP-Studenten (MSB Spartakus/SHB) anberaumten Sonderversammlung vom 10. bis 13.April sich beteiligen würde oder an der vom Präsidium der Gründungsversammlung beschlossenen Fortsetzung der Versammlung am 8.Mai.

Der AStA-Vorsitzende Ostheimer, ein DKP-Student, legte dazu einen Antrag vor, in dem der mit Mehrheit gefaßte Beschluß des Präsidiums auf Vertagung der Gründungsversammlung auf den 8.Mai als eine Provokation bezeichnet wurde. Die Studentenschaft der Uni Hohenheim sollte mit diesem Antrag verpflichtet werden, die sonderbündlerische und auf Spaltung der Gründung des einheitlichen Verbandes angelegte Politik der DKP-Studenten zu unterstützen.

Zusammen mit AStA-Mitgliedern habe ich mich als Mitglied der Delegation des Studentenparlaments gegen diesen Antrag gewandt, die Teilnahme an der Fortsetzung der Gründungskonferenz entsprechend dem Präsidiumsbeschluß am 8.Mai gefordert sowie Diskussion und Beschlußfassung über die strittigen Fragen durch die Studentenschaft.

Der AStA-Vorsitzende beharrte jedoch auf seinem Antrag. In dieser Situation bekam er einen Anruf, aufgrund dessen er seine Meinung plötzlich änderte. "Der SHB", so teilte er mit, "ist umgefallen". Scheinbar werde dieser Verband "von den Jusos erpreßt". Deshalb könne die Versammlung am Wochenende nicht stattfinden. Anstelle der von den DKP-Studenten im Namen der Gründungsversammlung beschlossenen Versammlung am Wochenende soll nun nach Mitteilung des AStA-Vorsitzenden am 11.4.75 in Bonn eine Pressekonferenz der ASten stattfinden, die entgegen dem Präsidiumsbeschluß und nach seiner Veröffentlichung eine Vertagung der Gründungskonferenz auf dieses Wochenende als "Erklärung der Gründungsversammlung" gezeichnet, beschlossen hatten. Am 19.4. solle dann eine Art öffentlicher Fraktionssitzung dieser ASten in Dortmund stattfinden.

Obwohl damit das Scheitern der spalterischen Politik der DKP-Studenten offenbar geworden ist, stellte der AStA-Vorsitzende den Antrag auf Beteiligung des AStA an diesen Veranstaltungen, mit deren Hilfe die DKP-Studenten Verwirrung stiften und ihr Vorgehen rechtfertigen wollen. Trotz Widerspruch wurde dieser Antrag angenommen. Der AStA wird sich für diese Entscheidung auf einer Sitzung des Studentenparlaments zu Beginn des Semesters verantworten müssen. Die Teilnahme an den Spaltungsversuchen muß vom Studentenparlament zurückgewiesen und die Beteiligung an der Gründung des einheitlichen Dachverbandes am 8.Mai muß eindeutig vom Studentenparlament festgelegt werden.

B.Meyer, Mitglied der Delegation des Studentenparlaments der Uni Hohenheim zum Gründungskongreß.

Sofortige Rücknahme der Anzeigen!

Freiburg. Am 15./16.April sollen 10 Studenten der Pädagogischen Hochschule Freiburg vor Gericht, weil sie sich letztes Jahr für die Rechte der Studenten eingesetzt haben. Der damalige Rektor Bauer setzte den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) ab, ein wohl bislang einmaliger Vorgang in der BRD. Dies passierte in den Semesterferien, worauf der damalige AStA im Amt und in seinen Diensträumen blieb mit dem Ziel, die Studenten über das weitere Vorgehen entscheiden zu lassen.

DGB-Führung behindert Teilnahme an der Stuttgarter Demonstration zur Jugendarbeitslosigkeit.

Heidelberg. Der Aufruf des DGB zu einer Demonstration gegen die Misere in der Berufsausbildung am 12. April in Stuttgart hat ein breites Echo gefunden.

Die Jugendzentren in Ziegelhausen und Handschuhsheim haben Resolutionen verabschiedet , in denen der Ausbau des Berufsschulwesens und die Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit haben, als Arbeitslose gefordert wird. An der Universität gab es Unterschriftensammlungen, die die Initiative des DGB unterstützen und die Bereitstellung von Busraum fordern.

In zahlreichen Betrieben wird die Demonstration von den Lehrlingen, Jugendvertretern und Vertrauensleuten vorbereitet, zahlreiche Gruppen von jungen Arbeitern fertigen eigene Transparente mit ihren Forderungen an.

Diese Aktivitäten stoßen aber nicht auf Gegenliebe bei der Führung des DGB. Wie man hört, soll in Heidelberg Busraum für 200 Teilnehmer zur Verfügung gestellt werden und wer mitfahren will, muß sich unter Vorlage der Mitgliedskarte den Fahrschein im DGB-Haus abholen. Daß ältere Kollegen mitfahren und so die Forderungen der Arbeiterjugend unterstützen, wird nicht gerne gesehen.

Diese Einschränkungen bedeuten, daß arbeitslose Jugendliche, Lehrlinge aus kleinen Betrieben, alle die, die über die Jugendzentren erreicht werden, und die Oberschüler und Studenten von der Teilnahme an der Demonstration ausgeschlossen werden sollen, wodurch die Demonstration geschwächt wird. Die DGB-Führung will die Forderungen der Demonstration auf bloße Appelle an Regierung und Kapitalisten nach mehr Ausbildungsplätzen einschränken. Sie will verhindern, daß die Arbeiterjugend sich im Kampf um Rechte und die Forderungen nach Einheitsschule zusammenschließt. Das wird ihr nicht gelingen.

–J.N., Heidelberg–

20. April: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Bericht über den Wahlkampf in Heidelberg

Die bürgerlichen Parteien können ihre volksfeindliche Politik immer schlechter verbergen / Nervöse Reaktion auf die Kandidatur des KBW

Die baden-württembergischen Kommunalwahlen finden in Heidelberg im Zeichen scharfer sozialer und politischer Spannungen statt. Eine Arbeitslosenquote von 4,2 % im Februar, über 11.000 Kurzarbeiter im Arbeitsamtsbezirk Heidelberg, Arbeitshetze und Rationalisierungen auch im öffentlichen Dienst kennzeichnen die Lage der Arbeiter und Angestellten.

Eine rücksichtslose Sanierungspolitik, die aus der Innenstadt ein Eldorado für Kaufhauskapitalisten, große Kneipiers und Grundstücksspekulanten machen will, belastet die ganze werktätige Bevölkerung, die in teure und weit außerhalb liegende Schlafstädte vertrieben wird.

Die Ortsgruppe Heidelberg des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) kandidiert mit 18 Kandidaten, die in ihrer Mehrheit Arbeiter und Angestellte sind. Die Ortsgruppe befindet sich in einer scharfen ideologischen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien. Sie benutzt die Kritik ihrer Taten und Programme um den Zusammenschluß des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse und den Kampf für den Sozialismus zu propagieren.

Versprechen, die bestehenden Verhältnisse zu verbessern, aber über die bestehenden Verhältnisse nicht reden. So kann man die Wahlprogramme aller bürgerlichen Parteien für die Gemeinderatswahlen in Heidelberg am 20. April charakterisieren. Seit Jahren herrscht in Heidelberg eine Art Allparteienregierung unter der Führung des SPD-Oberbürgermeisters Zundel, die alle wesentlichen Entscheidungen zur Entwicklung der Stadt gemeinsam getroffen hat. Jetzt sehen sich diese Parteien wachsenden Schwierigkeiten bei der Realisierung ihrer Projekte zur Stadtentwicklung, wachsender Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen in der Stadt und einer sich allgemein verschlechternden Lage der Arbeiterklasse und des Volkes gegenüber, und sie müssen versuchen, auf diese Lage zu antworten, ohne zu erklären, wo deren Ursache liegt.

Die CDU verzichtet weitgehend auf soziale Demagogie

Am einfachsten macht es sich noch die CDU. Ihre Kandidatenliste repräsentiert den bürgerlichen Mittelstand (20 höhere Beamte und leitende Angestellte, 15 Kapitalisten und kleine und mittlere Selbständige, die vor allem die vorderen Listenplätze besetzen, 5 Studenten). Ihr Programm spiegelt vor allem die Forderungen dieser Schichten wider: Garantie und Förderung des privaten Eigentums an Grund und Boden und an Wohnungen, Ausbau des Stadtinnern zu einem Zentrum der Befriedigung "gehobener" Lebensansprüche ("lebenswerte Stadt" für gehobene Einkommen), gegen "Experimente" in der Schul- und Jugendpolitik, "unbürokratischer und schneller Ausbau der Polizei", damit "jeder Bürger sich sicher in unserer Stadt bewegen kann und seine Gesundheit und sein Eigentum wirksam geschützt werden".

In ihrem Programm gibt sich die CDU als Biedermann. In ihrer mündlichen Agitation hetzt sie umso heftiger auf die Gewerkschaften, denen sie die Schuld an der Arbeitslosigkeit zuschiebt, und gegen die Kommunisten, mit denen sie aufräumen möchte. Je weiter der Wahlkampf fortschreitet, desto stärker versucht sie sich als Partei der Ordnung zu profilieren. Wenig Forderungen stellt sie dagegen auf zur Veränderung und Verbesserung der sozialen Verhältnisse in der Stadt. In einer Stadt wie Heidelberg mit relativ schwacher Industrialisierung und einem hohen Anteil an hochbezahltem wissenschaftlichem Personal glaubt sie es sich leisten zu können, auf soziale Demagogie weitgehend zu verzichten. Die Geschäfte in dieser Stadt sind bisher nach den Interessen und den Bedürfnissen der hohen Einkommen geführt worden. Für die CDU kann das so bleiben.

Die SPD hat es da schon schwieriger, will sie sich nicht weiter von ihrer bisherigen Wählerbasis isolieren. Der Oberbürgermeister Zundel gehört der SPD an, sie hat alle Entscheidungen des Rathauses mitgetragen. Jetzt muß sie so tun, als wäre sie schon immer dagegen gewesen.

"Ich habe mit Zundel nicht mehr gemein als das Z in meinem Namen" erklärt die "linke" SPD-Stadträtin Zutt auf dieser SPD-Veranstaltung. Und gleich im nächsten Satz muß sie einem KBW-Stadtratskandidaten das Wort verbieten, der ihr nachweist, daß ihr ganzes reformistisches Gerede keinen anderen Inhalt hat als die Politik Zundels. Denn was verspricht die SPD in ihrem Wahlprogramm und in den Reden, die sich ihre Stadtratskandidaten auf den meist völlig leeren Wahlveranstaltungen der SPD immer wieder gegenseitig vorlesen?

Die SPD: Tausend Rezepte für die alte Politik

Sie will die Arbeitslosigkeit durch "kommunale Wirtschaftsförderung" bekämpfen. Zum Beispiel soll der gemeindeeigene Boden "gezielt vergeben werden, um die Ansiedlung von Industrie- und Handelsunternehmen zu steuern". Das unterscheidet sich in nichts von der bisherigen Politik der Stadtverwaltung: den Kapitalisten die Bedingungen erleichtern,. Arbeiter auszubeuten und Profit zu machen.

Als Kern des Wahlprogramms der SPD schält sich heraus: Die Weiterführung der bisherigen Politik bei gleichzeitiger Verstärkung der Rolle der Verwaltung und des Staates. Tausend kleine Rezepte werden angeboten, die geeignet sein sollen, diesen oder jenen Übelstand zu beheben. Die bürokratische Willkür soll vergessen gemacht werden, mit der die städtischen und staatlichen Behörden ihre Politik im Interesse der Kapitalisten durchsetzen und so lange durchsetzen werden, wie die Arbeiterklasse und das Volk nicht in jeder einzelnen Frage den Kampf um ihre Rechte und für die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und an Grund und Boden aufgenommen haben.

Der Schein der schönen Reform zerstiebt sehr schnell, wenn die SPD-Kandidaten nach ihrer Haltung zu den polizeilichen Abrißmaßnahmen befragt werden, mit denen die Sanierungspolitik begleitet wird, oder wenn sie zu der Zustimmung ihrer Fraktion zu den für Sommer geplanten Fahrpreiserhöhungen bei den Straßenbahnen Stellung nehmen sollen. Oft werden sie gefragt nach der Politik ihrer Regierung z. B. in der Steuerreform oder der Rolle ihrer Partei bei den Tarifabschlüssen zwischen 6 und 6,8 %.

Dann herrscht meistens peinliches Schweigen oder ein wüstes Geschimpfe geht los auf die "Utopisten vom KBW". Utopisten sind aber allein die, die glauben, ohne die grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse eine wirkliche Besserung der Lebensverhältnisse erreichen zu können. Womöglich sind einige der SPD-Stadtratskandidaten und vielleicht auch aus der Mehrheit von 26 Akademikern unter ihnen solche gutwilligen Utopisten. Die meisten sind aber bewußte Geschäftemacher und Karrieristen, die hoffen, sich mit ihren schönen Worten einen Posten im System der Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes zu sichern.

Die bürgerlichen Parteien reagieren mit zunehmender Schärfe und Nervosität auf die Kandidatur des KBW. Die biedermännische Maske und den Schein friedlicher Harmonie, den sie mit ihren Programmen verbreiten wollen, mußten sie schnell fallen lassen, als der KBW auf ihren Veranstaltungen ihnen die Verhältnisse und ihre Taten vorhielt, als auf immer mehr Veranstaltungen auch aus ihren eigenen Reihen Rechenschaft gefordert wurde. Die CDU fordert jetzt ganz unverblümt das Verbot des KBW, greift Informationsstände des KBW an, wenn sie sich zahlenmäßig überlegen glaubt, und läßt sich ansonsten dabei von der Polizei unterstützen. Bei der SPD wirkt sich die Nervosität vor allem in Geschrei auf Veranstaltungen aus, im Abbruch von Diskussionen und, in einem Fall, in einer hysterischen Prügelei gegen den KBW-Stadtratskandidaten Peter Sander. Die SPD hat das Verbot des KBW offiziell noch nicht gefordert. Sie setzt vielmehr den von ihr kommandierten Verwaltungs- und Polizeiapparat ein, um den Wahlkampf des KBW zu sabotieren und zu behindern. Regelmäßige Razzien gegen Informationsstände des KBW mit Festnahmen und erkennungsdienstlichen Behandlungen von KVZ-Verkäufern und Flugblattverteilern, Abreißaktionen von Polizisten und Städtischen Bediensteten gegen KBW-Plakate, Verweigerung von Räumen für Veranstaltungen durch die Stadtverwaltung – mit solchen Methoden versucht sie die Propaganda für die Kämpfe der Arbeiterklasse und für den Sozialismus zu behindern, nachdem sie auf ihren Veranstaltungen und in den Diskussionen auf der Straße eine Schlappe nach der anderen einstecken mußte.

Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Kandidatur des KBW dazu beiträgt, den Charakter der bürgerlichen Parteien und des Staates, den sie verteidigen und erhalten, aufzudecken und die Front des Widerstandes gegen ihre volksfeindliche Politik und für den Sieg des Sozialismus zu stärken. Es wird sehr gut sein, wenn Kommunisten im Gemeinderat, in den Beratungsgremien der Bourgeoisie selbst, den bürgerlichen Politiker ständig den Spiegel vorhalten und die Kämpfe des Volkes an dieser Stelle unterstützen.

Jede Stimme für den KBW ist eine Stimme für die Ziele der Arbeiterklasse und für den Sozialismus!

–Jochen Noth
Stadtratskandidat des KBW
in Heidelberg–





Mannheim: Genossen überkleben die Plakate der bürgerlichen Parteien auf den großen Stelltafeln. Das Recht, diese Stelltafeln wie alle anderen Parteien zu benutzen, war dem KBW zuerst praktisch und dann sogar durch Gerichtsbeschluß streitig gemacht worden.

Eine bürgerlich-parlamentarische Organisation am Werk

Wie die Gruppe Rote Fahne (KPD) den Kampf der Völker Indochinas zum Anlaß für ein parlamenta risches Wahlmanöver macht

Am 20. April finden in Baden-Württemberg Kommunalwahlen statt. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) nimmt in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim an den Kommunalwahlen teil. In keiner dieser Städte ist die Gruppe Rote Fahne verankert. Das aber hat sie noch nie daran hindern können, während der Wahlkämpfe aufzutauchen und nach den Wahlkämpfen wieder zu verschwinden.

Für sie ist der Wahlkampf eine Gelegenheit, ihren geklauten Namen auszunutzen wie ein Markenzeichen und damit hat sichs. So hat sie es in Hessen gemacht, wo außer Stimmen nichts im Sieb blieb, so hat sie es in Rheinland-Pfalz gemacht, so macht sie es auch in Schleswig-Holstein und bei den baden-württembergischen Kommunalwahlen.

In Mannheim sind von den 8 Kandidaten der Gruppe Rote Fahne wenigstens drei umgemeldete Heidelberger Studenten und insgesamt wenigstens 5 Neubürger. Kein Wunder, daß sich die Gruppe Rote Fahne da etwas für den Wahlkampf einfallen lassen mußte und sie hat sich das Gleiche einfallen lassen, was sie bereits bei den Westberliner Wahlen und bei den Wahlen in Rheinland-Pfalz sich einfallen ließ. Am 2.April kam die 'Rote Fahne' mit der Kopfleiste heraus: *"Nationale Vietnam-Demonstration von KPD und Liga am 19.April 1975 in Mannheim: Für den Sieg der Völker Indochinas!"*

Für den Sieg der Gruppe Rote Fahne in den Mannheimer Kommunalwahlen kann man ja auch kaum bundesweit zu einer Demonstration aufrufen. Was also liegt für diese Wanderzirkler näher als den Volkskrieg der Völker Indochinas, eine Sache, die breite Unterstützung findet, auszunutzen für ihre parlamentarischen Bestrebungen.

Was für ein Verein ist diese Gruppe Rote Fahne, für die der bewaffnete Kampf der Völker Indochinas nichts ist als Anlaß für ein parlamentarisches Wahlmanöver: eine Möglichkeit, um eine "nationale" Vietnamdemonstration zur Deckung einer ungedeckten Wahlbeteiligung zu nutzen? Was heißt hier "national"? "National" heißt hier, daß die Gruppe Rote Fahne versucht, ihre in der Bundesrepublik herumschweifenden Kräfte zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort zusammenzuziehen.

Nicht umsonst benützt die Gruppe Rote Fahne, wie jetzt wieder in Köln und Nürnberg, gerade die Bahnhöfe immer häufiger als Kundgebungsplätze. Das ist der Versuch der Übertragung von Methoden der Kissinger-Diplomatie auf die Arbeitsweise einer politischen Organisation. Das kann nur eine Weile gut gehen: bei einer vergleichsweise kleinen und durch und durch kleinbürgerlichen Organisation.

Die Gruppe Rote Fahne hat inzwischen mitgekriegt, daß eine Politik der Aktionseinheit notwendig ist. Aber eine Politik der Aktionseinheit verträgt sich nicht mit den Geschäftsmethoden von Impressarios einer wandernden Artistengruppe. Es genügt hier nicht, einen Reiseplan aufzustellen, um dann mit den örtlichen Veranstaltern zu einem Vertragsabschluß zu kommen.

Am 2.April, also am Tag der Veröffentlichung in der 'Roten Fahne' des Mannheimer Durchreisetermins zwischen dem Wahltermin in Schleswig-Holstein und dem Wahltermin in Nordrhein-Westfalen, erreichte uns oben abgedruckter Brief

Kommunistische Partei Deutschlands — Köln,den 2.4.75

An den
Ständigen Ausschuß des Zentralen Komitees des KBW
Mannheim

Werte Genossen,
wir schlagen euch vor, gemeinsam mit anderen antiimperialistischen Organisationen und Gruppen für den Sieg der Völker Indochinas zu demonstrieren. Wir gehen davon aus, daß es im Interesse der kämpfenden Völker Indochinas liegt, wenn eine nationale Demonstration möglichst bald noch im April stattfindet.
Angesichts eurer Absicht, am 12.4. Solidaritätsaktionen für das chilenische Volk durchzuführen, schlagen wir als Termin den 19.4. vor. Als Ort schlagen wir Mannheim vor.
Wir bitten euch umgehend um Mitteilung, ob ihr grundsätzlich mit solch einer Aktionseinheit einverstanden seid, welchen Termin und Ort ihr vorschlagt, um die politischen und organisatorischen Voraussetzungen zu klären.

Mit freundlichen Grüßen

Ständiger Ausschuß des ZK der KPD
gez. Werner Heuler

Das ist eine Fotografie des Briefes der GRF (KPD)

In diesem Brief, der offensichtlich telefonisch an die Mannheimer Kolonie der Gruppe Rote Fahne durchgegeben und dort zu Papier gebracht worden ist, um uns dann per Boten überbracht zu werden, taucht als Vorschlag auf, was im Kursbuch der Gruppe Rote Fahne, der 'Roten Fahne' bereits festgeschrieben ist: der 19.April und Mannheim. Es taucht als Vorschlag zur Aktionseinheit auf, was in der 'Roten Fahne' schon als Umzug der Gruppe Rote Fahne und der Liga deklariert ist.

Es wird so getan, als würden Termin und Ort von den Interessen der kämpfenden Völker Indochinas diktiert, und als wäre die "nationale" Demonstration in Mannheim abgeleitet aus der Kampflage in Indochina. Das aber kann niemand täuschen. Termin und Ort dieser "nationalen" Demonstration (die Gruppe Rote Fahne scheint die Auffassung der Revisionisten über die zwei deutschen Nationen zu teilen), sind weder von den Interessen der kämpfenden Völker Indochinas diktiert, noch von den Aufgaben der Solidarität der Arbeiterklasse und des Volkes in Westdeutschland und Westberlin, sondern von den Kirchturmsinteressen der Gruppe Rote Fahne, einen Tag vor den Gemeinderatswahlen in der Gemeinde Mannheim noch etwas auf die Beine zu stellen.

Danach wird es in Mannheim wieder sein wie im benachbarten Ludwigshafen: nach der ersten "revolutionären" Demonstration seit Jahrzehnten und nach Beendigung der Landtagswahlen, hat die Gruppe Rote Fahne dort ihre Zelte abgebrochen. Weder von Vietnam ist von ihr aus dort noch die Rede, noch ist von der Gruppe Rote Fahne die Rede. Sie ist weg, als wäre sie niemals dagewesen.

Bei Wanderzirkussen bleiben wenigstens gebrochene Mädchenherzen zurück. Bei der Gruppe Rote Fahne nichts, aber auch gar nichts.

–G.S.–

15 000 demonstrieren in Kaiseraugst

Kaiseraugst (Schweiz). Trotz Kälte und Regen strömten am Sonntag 15 000 Menschen aus Basel, aus Baden und aus dem Elsaß zu einer Kundgebung gegen den Bau eines Kernkraftwerkes in Kaiseraugst zusammen.

Schon am Ostermontag war dort der vorgesehene Bauplatz besetzt worden. Wenn zur Kundgebung 5 000 kommen, bleibt der Platz besetzt, hatten die Besetzer angekündigt. Die mächtige Kundgebung hat ihnen den Rücken gestärkt.

Die Kundgebungsteilnehmer begrüßten in einer Resolution ausdrücklich die Besetzung und forderten einen Baustopp und einen Volksentscheid in der ganzen betroffenen Region. Diese Resolution wird an den eidgenössischen Bundesrat weitergeleitet.

Von deutscher Seite waren viele gekommen. Vor allem aus der Gegend gegenüber von Kaiseraugst, aus Schwörstadt, 15 km rheinaufwärts, wo die Landesregierung Baden-Württembergs ebenfalls ein Kernkraftwerk gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen will, und aus dem Kaiserstuhl, wo die Bevölkerung bisher so erfolgreich gegen das Kernkraftwerk gekümpft hat. Balthasar Ehret aus Weisweil überbrachte die Solidaritätsgrüße vom Bauplatz in Wyhl und versicherte, daß die Kaiserstühler den Kampf in Kaiseraugst nach Kräften unterstützen.

Der Kampf gegen die Pläne der Kapitalisten, den Oberrhein mit Kernkraftwerken zuzupflastern, wird immer breiter und heftiger. In der Umgebung aller vorgesehenen Standorte ist der Widerstand in den letzten Wochen mächtig angewachsen. Die Bauern sind nicht bereit, sich für den Profit der Kapitalisten ihre Existenz ruinieren zu lassen und die Bevölkerung insgesamt wehrt sich dagegen, daß die Kapitalisten und ihr Staat die Bedrohung von Gesundheit und Leben bei ihren ehrgeizigen Plänen rücksichtslos in Kauf nehmen wollen. Nach der Besetzung und dem erfolgreichen Zurückschlagen des Polizeieinsatzes in Wyhl wird in dieser Bewegung immer deutlicher, daß nur im Kampf gegen den bürgerlichen Staat die Interessen und der Wille des Volkes durchgesetzt werden kann.



Die machtvolle Kundgebung gibt den Platzbesetzern Rückhalt

Pfingstmontag wird in Fessenheim gegenüber vom badischen Mülheim eine Großkundgebung stattfinden. In Fessenheim war es schon vor 4 Jahren zu massiven Protesten gekommen. Der Höhepunkt war eine Demonstration von 10 000 Menschen. Damals konnten sich die Kapitalisten noch durchsetzen. Dieses Jahr um Herbst soll die erste Stufe in Betrieb genommen werden. Die betroffene Bevölkerung fordert sofortigen Baustopp. Pfingstmontag werden dann geeignete Maßnahmen in Angriff genommen.

Für die Herrschenden gibt es vom Oberrhein nichts erfreuliches mehr zu berichten. Nicht nur, daß sie mit ihrem Energiekonzept in Schwierigkeiten geraten sind, überall sind die politischen Verhältnisse mächtig in Bewegung gekommen. Es heißt nicht mehr: "Die da oben machen sowieso was sie wollen!", sondern "Wir müssen es so machen, wie die in Wyhl!"

–p.gw.–

Polizei überfiel erneut Arbeiterjugendkollektiv

Westberlin. Erneut hat die Westberliner Polizei ein selbstverwaltetes Arbeiterjugendkollektiv überfallen, um ihre Stärke zur Schau zu stellen und die jungen Arbeiter dort in den Ruf von Kriminellen zu bringen.

In der Nacht zum 2. April rückte sie mit einer MP-bewaffneten Hunderschaft im Georg-von-Rauch-Haus an. Sie hatten keinen richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl, brachen zwei Türen auf und durchsuchten alle Zimmer, Zwei Kollektivmitglieder haben sie zur Personalüberprüfung mitgenommen und den Genossen P. haben sie samt seinem Motorrad und anderen Sachen gleich zum Personalgerichtsgefängnis gebracht. Am nächsten Tag stand in der Zeitung, mit P. hätten sie eine heiße Spur zur Bewegung 2. Juni gefunden. Aber das war natürlich ein Kartenhaus und P. mußte wieder freigelassen werden.



Die Karte zeigt die geplanten Kernkraftwerksstandorte

Am 4. April nach Feierabend rückten mehr als 150 Polizisten im Thomas-Weissbecker-Haus an. Es sollte sich mal wieder ein Mitglied der Bewegung 2. Juni im Haus befinden. Natürlich haben sie das Haus wieder mal umsonst durchwühlt. Die Polizei begann mit ihren Provokationen schon während der Razzia, sie hatte z. B. das Haus abgeriegelt und ließ weder Hausbewohner, die von der Arbeit kamen noch Passanten über den Bürgersteig. Als der Einsatzleiter zum Abmarsch rief, ließ ein Polizist seinen Hund auf einen Genossen los und der hat dem dann die Jacke zerrissen und in den Arm gebissen. Wir konnten den Polizisten zwingen, die Dienstnummer herauszugeben. Jetzt wurden die Polizisten verstärkt zur Rede gestellt und viele waren jetzt noch wütender und trommelten gegen die schon abfahrenden Wagen. Blitzschnell sprangen die Polizisten wieder heraus und knüppelten wahllos auf die herumstehenden Jugendlichen und Passanten ein. . Mehrere wurden verletzt und mußten zur Behandlung ins Krankenhaus. Mehrere liefen zum nächsten U-Bahnhof und berichteten, was passiert ist. Wir diskutierten noch ca. 2 Stunden mit den Nachbarn des Thomas-Weisbecker-Hauses, die alle sehr sauer waren, daß von den Steuergeldern der Arbeiter und Angestellten solche Übungsmanöver gemacht werden und diese sich gegen ein Haus richten, wo ihre eigenen Kinder nachmittags drin spielen.

–E.R./J.D., Stadtteilzelle Kreuzberg 36–

Selbstbezichtigungsaktion nutzlos

Der Vorschlag der Jusos lenkt nur vom politischen Kampf ab

Anläßlich des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 25. Februar, welches die Abtreibung weiter unter Strafe stellt, werden auch diejenigen Kräfte tätig, die bisher wenig zum Kampf gegen den § 218 beigetragen haben.

Die Jusos in der SPD unternehmen in Hinblick auf den § 218 Tätigkeiten, was zu begrüßen ist. Zu fragen ist nur, wie die Jusos den Kampf gegen diesen Paragrafen führen wollen, ob die Mittel, die sie angeben, geeignet sind, diesen Knebelparagrafen, der die Arbeiterklasse und das Volk trifft, zu Fall bringen. Die Jusos sind am lautstärksten für das Fristenmodell aufgetreten.

Mit dem Fristenmodell ist es gelungen, die grundlegende Frage zu verwischen, nämlich: sollen diejenigen, die durch die herrschenden Verhältnisse gezwungen werden, abzutreiben, auch noch vom bürgerlichen Staat verfolgt werden. Mit der Propagierung der Fristenlösung wurde die Bewegung gegen den § 218 geschwächt und gespalten, somit ist die Fristenlösung auch kein Schritt zur Verwirklichung der ersatzlosen Streichung, wie es viele Jusos meinen.

Nun steht in einem Juso-Flugblatt **klar und deutlich**: "Dieser Angst- und Unterdrückungsparagraf muß weg."

Aber was kann das anderes bedeuten als die **ersatzlose Streichung** des Paragrafen 218? Darüber müssen sich die Jusos klar werden.

Welche Mittel geben die Jusos an, um den § 218 zu Fall zu bringen und um das Recht auf Abtreibung zu gewährleisten?

Sie haben eine Kampagne beschlossen, deren Schwerpunkt eine **Selbstbezichtigungsaktion** sein soll. Ziel ist, die Justiz lahmzulegen, um dadurch die Anwendung des § 218 zu verhindern. Dieser Vorschlag führt aus dreierlei Gründen in die Irre:

Erstens: Auch durch Lahmlegung der Justiz und die Nichtanwendung des Paragrafen ändern sich noch lange nicht die sozialen Verhältnisse, die die proletarischen Frauen tagtäglich zur Abtreibung zwingen.

Zweitens: Ebenso zwingt die Nichtanwendung des Paragrafen die Ärzte nicht dazu, eine Abtreibung auch vorzunehmen.

Drittens: Zielt die Kampagne darauf ab, sich dem bürgerlichen Staatsapparat zu unterwerfen und verurteilt das Volk zur Passivität.

Dagegen hat der Kommunistische Bund Westdeutschland den Vorschlag unterbreitet, den Kampf gegen den § 218 unter folgender Losung mit der Stoßrichtung zu führen:

Weg mit dem § 218!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den § 218!

E.S., H.W. Stadtteilaufbauzelle
Heddenheim/Frankfurt/Main

Arbeitslos, 7 Kinder ---

Ich ging auf der Straße entlang. Da kam ein Mann auf mich zu und fragte: "Warst Du nicht das Mädchen, das auf der Demonstration gegen den § 218 war?" "Ja", sagte ich, "warum?" – Der Mann sagte, "ja ich bin auch gegen den § 218, ich kenne da eine Familie, die haben solche Probleme.

Wir waren mal 3 Leute in einer großen Firma hier im Stadtteil. Die Firma machte vor einem Jahr pleite, und alle Leute wurden rausgeworfen. Die Familie hat 7 Kinder, die Frau bekommt jetzt ihr 8. Kind. Sie ist im 2. Monat. Sie hat kein Geld zum Abtreiben und Verhütungsmittel kann sie auch nicht kaufen.

Die Familie wohnt in einem alten Haus, das bald abgerissen werden soll. Dort haben sie sich ein Zimmer eingerichtet. Der Vater macht Gelegenheitsarbeiten. Heimarbeit und Aushilfsarbeiten machte er bis vor kurzem. Die gesamte Familie mit 9 Mitgliedern bekommt für alle Gelegenheitsarbeiten 20 bis 35 DM in der Woche. Die Familie traut sich nicht, aufs Sozialamt zu gehen, weil das Jugendamt ihnen drohte, unter solchen Umständen müßten die Kinder ins Heim oder Internat."

Die Mutter und der Vater essen selbst kaum etwas, um von so wenig Geld die Kinder zu ernähren. Der Mann brachte in dieses Gespräch rein, daß der Vater der Familie, die kurz vor dem Obdachlosenasyl steht, zum Alkohol und zur Kriminalität übergehen wollte. Der Mann, der heutzutage noch sein Freund ist und mir dies erzählte, hinderte ihn, auf die schiefe Bahn zu rutschen. Die Frau wollte selbst abtreiben. Ihr Mann erzählte ihr aber, daß ihr Leben dabei in die Brüche gehen kann. – Was sollen dann die Kinder machen. Die Frau entschied sich, es nicht zu tun, obwohl sie wahrscheinlich mit ansehen muß, wie ihre anderen Kinder ins Heim kommen, bis sie eine normale Wohnung und eine gute Arbeitsstelle haben.

Der Mann, der mir dies erzählte, organisierte bei seinen Freunden, die dieses Unglück verhindern wollen, eine Spendenkasse.

Dies müßte alles nicht sein, wenn es nicht so viele Arbeitslose gäbe und der § 218 weg wäre. Sowas muß doch mal an die Öffentlichkeit gebracht werden.

J.FFM, 12 Jahre

Resolutionen

Für die ersatzlose Streichung des § 218

Lüneburg. 55 Menschen kamen zu einer Veranstaltung am 20. März, zu der die Initiative "Weg mit dem § 218" Lüneburg eingeladen hatte. Es war die erste Veranstaltung der Initiative. Nach der Vorführung des Films "Kinder für dieses System" entwickelte sich gleich eine ausführliche Diskussion, die fast einstimmig zu dem Ergebnis führte, daß die Forderungen "Weg mit dem § 218! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid!" richtig sind und daß die Tätigkeit der Initiative auf dieser Linie fortgesetzt werden muß. Neue Kräfte schlossen sich der Initiative an.

In der Resolution, die mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung verabschiedet wurde, heißt es unter anderem: "Ersatzlose Streichung des § 218! Das Bundesverfassungsgericht hat diese Forderung nicht erledigt, sondern ihre Bedeutung unterstrichen. Über das Schicksal des Volkes soll nicht eine Handvoll Richter und Bürokraten entscheiden. Wir unterstützen den Vorschlag, einen Volksentscheid gegen den § 218 zu fordern. . . ."

Beschlossen wurde, die Resolution in die gewerkschaftlichen Gremien einzubringen und die Forderungen am 1. Mai auf die Straße zu tragen.

V.H., Kommunistische Gruppe
Lüneburg

Kaiserslautern. 45 Menschen kamen zu einer Veranstaltung gegen den § 218, zu der die Kommunistische Gruppe Kaiserslautern mit Wandzeitungen und Flugblättern aufgerufen hatte. Nach einer lebhaften Diskussion über den Vorschlag des Ständigen Ausschusses des KBW, wie der Kampf gegen den § 218 fortgeführt werden kann, stimmten fast alle Teilnehmer der Veranstaltung für eine Resolution, die diesen Vorschlag unterstützt. 12 Menschen erklärten sich spontan bereit, an einem Komitee sich zu beteiligen, das den Kampf auf dieser Linie in Kaiserslautern vorantreiben soll. Ein paar Vertreter der Gruppe Rote Fahne (KPD) redeten zwar über alles Mögliche, zu dem Vorschlag selber wußten sie aber nichts zu sagen.

–a.r., Kommunistische
Gruppe Kaiserslautern–

Kassel. Eine Resolution für die ersatzlose Streichung des Paragrafen 218 hat das Studentenparlament der Gesamthochschule Kassel verabschiedet und den Allgemeinen Studentenausschuß beauftragt, diese öffentlich zu vertreten und sie verschiedenen Zeitungen, darunter auch der KVZ, zuzusenden. In der Resolution heißt es unter anderem: "Der § 218 bedeutet eine unerträgliche Bevormundung gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk. Werktätige Frauen und Familien von Werktätigen sind häufig nicht in der Lage, ein Kind oder ein weiteres Kind zu versorgen ... Die Lebensumstände zwingen sie, zum Mittel der Abtreibung zu greifen. Deshalb muß der § 218 ersatzlos gestrichen werden."

Worms. Zu einem ersten Treffen zur Gründung eines Komitees gegen den § 218 am 25. März kamen auf Einladung der Kommunistischen Gruppe Worms 17 Menschen. Mehrere Menschen konnten für die Mitarbeit im Komitee unter der vorgeschlagenen Linie gewonnen werden.







Schwerpunktmäßig sind die neuen Brigaden mit sogenannten panzerbrechenden Waffen ausgerüstet: Oben links nach rechts: Schützenpanzer Marder mit Grenadieren, Turm und Kanone des Leopard, Panzerhaubitze M 109 – Unten: Grenadier mit Bazooka im Anschlag.



3 neue Brigaden des Heeres:
Umwandlung in ein Berufsheer

Vom 1. April an stellt das Heer 3 neue Panzerbrigaden auf: Die Panzerbrigade 20 bei Iserlohn, die Panzerbrigade 28 in Dornstadt/Ulm und die Panzerbrigade 34 in Kassel.

Die Zahl der Brigaden des Heeres erhöht sich damit auf 36. 36 Brigaden hat sich die Bundeswehr gegenüber der NATO verpflichtet aufzustellen.

Zur Aufstellung dieser neuen Brigaden werden bestehende Truppenteile verwendet: die Panzerregimenter 100 und 200 sowie Truppenteile der 2. Jägerdivision, besonders das Panzerbataillon 44. Die Aufstellung der 3 Brigaden ist also die Folge einer Umgruppierung. Diese Umgruppierung soll das Modell für die künftige Struktur des Heeres sein: Neben Brigadeeinheiten wird danach in Zukunft z. B. jede Panzerbrigade über fünf Kampfbataillone verfügen: 3 Panzerbataillone, 1 Panzergrenadierbataillon und 1 Panzerartilleriebataillon. Gegenüber derzeit 54 Kampfpanzern vom Typ Leopard wird ein Panzerbataillon in der neuen Brigade nur noch über 33 Panzer verfügen. Jedoch wird die Brigade insgesamt 1 Panzerbataillon mehr haben. Die Panzergrenadierkompanie wird statt über bisher 16 in Zukunft nur noch über 10 Schützenpanzer vom Typ Marder verfügen. Allerdings wird pro Bataillon eine Kompanie mehr aufgestellt. Das Panzerartilleriebataillon wird statt bisher 3 Kampfbatterien noch über 2 verfügen. Allerdings hat jede Batterie 9 Panzerhaubitzen vom Typ M 109 (155 mm). Vorher hatte jede Batterie 6 Geschütze.

Außerdem wird eine größere Arbeitsteilung in den Bataillonen durchgeführt: Die Verwaltung, Materialbeschaffung, Wartung, Verpflegung aller Kompanien bzw. Batterien wird bei jeweils der 1. Kompanie/Batterie zentralisiert. Ebenso wird die Grundausbildung nicht mehr im Rahmen dieser Einheiten durchgeführt. Das Entscheidende aber ist: alle kampfentscheidenden Waffensysteme sollen stets mit aktiven Soldaten besetzt werden. "Das heißt, diese Brigaden werden unabhängig sein von der Mobilmachung und die Kampfeinheiten unabhängig von der Verfügungsbereitschaft" (Bundesministerium der Verteidigung, Material für die Presse Nr. III/9 vom 2.4.1975)

Aber das heißt noch mehr: Das ist ein Schritt hin auf die Bildung einer Berufsarmee. Die Bundeswehr wird künftig zweigeteilt: ein Kern von Berufssoldaten, der über die Waffen verfügt, und Wehrpflichtige, die nicht mehr an den Waffen ausgebildet werden sondern als Kanonenfutter dienen und bestenfalls den Dreck wegmachen müssen. Diese Zweiteilung, die auch vornehm "Verkaderung" genannt wird, schränkt weiter das Recht der wehrpflichtigen Männer ein, in der Bundeswehr an den Waffen ausgebildet zu werden, das Waffenhandwerk zu erlernen. Es schafft darüberhinaus eine scharfe Spaltung zwischen Berufs- und Zeitsoldaten, die die Bourgeoisie mit allerlei Annehmlichkeiten verstärkt an sich zu binden versucht und den Wehrpflichtigen, die die Bourgeoisie immer weniger für sich gewinnen kann, wie die Entwicklung in der Bundeswehr zeigt.

Die westdeutsche Bourgeoisie, die diese Maßnahme der SPD/FDP-Regierung allseitig begrüßt hat, bezweckt also neben der Effektivierung ihres Militärapparates eine verstärkte Sicherung ihrer Verfügungsgewalt über die Waffen mittels Söldner, die ihr auf Gedeih und Verderb verbunden sein sollen.

–g.j.–

"Kaum einer wird freiwillig Soldat" (Illustration in KVZ Nr. 11/75)

Die zur Illustration verwendeten Bilder entstammen der *"Gebrauchsanweisung für die Bundeswehr"*, die vom *"Bundesministerium der Verteidigung"* herausgegeben und bei der Musterung an alle Wehrpflichtigen seit 1972 verteilt wird. Weil jeder Soldat also diese Broschüre hat und die Bilder kennt, hat unser Korrespondent a.b. aus Holzminden die Quelle der Bilder nicht extra zitiert. Daß trotzdem der Artikel wegen dieser fehlenden Angabe in 2 Lesekritiken als "Fälschung" bezeichnet wird, ist umso bedauerlicher, da bereits der erste Satz des Artikels so formuliert war, daß klar wurde, daß die beschriebenen Personen nicht identisch waren mit denen, die auf den Bildern dargestellt sind. Der Satz lautete:

"Unteroffizier K. – Nach zwei Jahren hofft er auf Umschulung – Er trägt zwar keine Uzzi (Maschinenpistole) wie der Oberfeldwebel auf unserem Foto, er trägt auf Übung wie wir eine G 3 (Gewehr mit dem die Bundeswehr ausgerüstet ist) ..." Im folgenden noch einmal das Bild.



„Im Grunde haben wir da auch die Mittel, die die Wehrmacht hatte"

Bild rechts: Panzergrenadiere vor den Fahrzeugen angetreten. Aus: "Gebrauchsanweisung für die Bundeswehr."



„Im Grunde haben wir da auch die Mittel, die die Wehrmacht hatte"

Bild rechts: Panzergrenadiere vor den Fahrzeugen angetreten. Aus: "Gebrauchsanweisung für die Bundeswehr."

Walldürn/Odenwald. Am 19.3.1975 führte die "Soldaten- und Reservistenkameradschaft Walldürn (südlicher Odenwald) eine Veranstaltung durch unter dem Thema: "Kann der Aufbau der Bundeswehr durch linksradikale Elemente gefährdet werden?"

Schon Wochen vorher war die Veranstaltung breit publik gemacht worden. Die meisten Kameraden meinten aber, daß hier nur wieder über "die Roten" hergezogen werden sollte, sich die Militaristen wahrscheinlich wieder einmal entlarven würden, daß die Sache aber doch nicht so interessant sein würde, als daß man hingehen sollte. So kam dann auch tatsächlich nur ein einziger Soldat. Zur Veranstaltung waren 15 Vorgesetzte, die aus zwei Kompanien hinbefohlen worden waren, im Ausgehanzug, 5 Leute des Reservistenclübchens, zum Großteil Offiziere der Nazi-Armee, 2 Pfarrer, 1 Pfarrhelfer, 2 Leute von der Presse und als Hauptreferent Oberstleutnant Wuthenow vom Wehrbereichskommando IV aus Stuttgart.

Eine "politische Veranstaltung"

Nachdem Wuthenow festgestellt hatte, daß kaum jemand gekommen war, meinte er, daß liege wohl an der Witterung! Zunächst wies der Herr in der Ausgehuniform darauf hin, daß es sich bei der Veranstaltung um eine politische Veranstaltung handele (nebenbei: es ist verboten, in Ausgehuniform an politischen Veranstaltungen teilzunehmen und ein Soldat, der in Ausgehuniform an der Chile-Demonstration in Frankfurt teilgenommen hatte, soll 14 Tage Bau dafür bekommen!).

Wuthenow zeigte nun ein Schaubild an der Wand, auf dem sämtliche, sich kommunistisch nennende Gruppen aufgeführt waren, unterteilt in Revisionisten und Antirevisionisten. KBW, KABD, KPD, KPD/ML und DKP waren mit ihren Jugend- und Studentenorganisationen genannt. Wuthenow reduzierte die Sache zunächst nur auf die DKP: *"Tja, meine Herren, die DKP baut seit Anfang der 70er Jahre Soldatengruppen an einzelnen Standorten auf. Diese Gruppen nennen sich ADS, 'Aktionsgruppe Demokratischer Soldaten'. Diese Leute gehen da ganz geschickt vor. Auf der einen Seite beschimpfen sie die Bundeswehr als militaristisch, kriegshetzerisch usw.. Zum Beispiel sagen sie, die Bundeswehr hätte atomare Waffen und wolle sie gegen den Osten einsetzen."* Und nun ließ Wuthenow den ersten Hammer los: *"Das ist natürlich Unsinn! Die atomaren Waffen, die die Bundeswehr hat, dienen einzig und allein. der Abschreckung! Was die Leute uns dann noch vorwerfen, ist, daß wir B- und C-Waffen hätten. Das ist natürlich völlig unsinnig. Die Bundeswehr darf keine solche Waffen haben und hat sie auch nicht!"*

Entweder lügt dieser Herr hier bewußt oder er weiß z. B. nicht, daß bei Hanau ein riesiges Arsenal solcher Waffen von der Bundeswehr ist.

Verbot der Soldatengruppen und der Kriegsdienstverweigerer gefordert

Wuthenow sagte weiter: *"Tja, meine Herren, diese Leute, die in den Kasernen Zersetzung betreiben, werden von außen unterstützt, und zwar vom Verband der Kriegsdienstverweigerer, die die Ziele dieser Gruppen unterstützen und bisweilen Flugblätter vor den Kasernen verteilen und in den Schulen Propaganda gegen uns machen."*

Das war gewissermaßen das Stichwort für die Leute vom Reservistenclübchen, die nun unter Zustimmung von Wuthenow dafür eintraten, daß so etwas verboten gehöre und ein solcher Verband aufgelöst werden müßte. Überhaupt seien die meisten ja nicht Leute, die aus moralischen Gründen verweigern würden, sondern seien Leute, die die Bundeswehr in Mißkredit in der Öffentlichkeit bringen wollten.

Nun ging Wuthenow noch einmal auf den ADS ein: *"Diese Leute machen auf der einen Seite Propaganda gegen uns. Auf der anderen Seite haben sie jetzt ein Programm, Soldat '74, vorgelegt, in dem sie demokratische Reformen in der Bundeswehr vorschlagen. Dieses Programm wurde vom Verteidigungsminister Leber abgelehnt. 50 Soldaten haben das Ding unterschrieben und etwa 12 haben eine Pressekonferenz in Uniform abgehalten. Selbstverständlich haben alle Disziplinarstrafen bekommen."*

War er bisher nur auf die DKP eingegangen, so ließ er jetzt alle zu Anfang erwähnten Gruppen beiseite und widmete sich einem anscheinend ganz besonders "schlimmen" Fall: *"Tja, meine Herren, und da gibt es eine Gruppe, die uns im Moment besonders Sorgen macht. Die nennen sich Kommunistischer Bund Westdeutschland. Also das ist eine Gruppe, die ist ganz, ganz links, noch linker als die anderen; und die bauen Soldatengruppen auf unter dem Namen "Soldaten- und Reservistenkomitee". Naja, da meint man zunächst vom Namen her: eine gute Sache! Aber, wenn man sich dann durchliest, was die wollen ...!! Die wollen die allgemeine Volksbewaffnung und die Zerschlagung der Bundeswehr und aller anderen 'bewaffneten Einheiten' des Staates, wie die sagen! Bisher haben sie erst einige Gruppen gegründet: in Freiburg und jetzt in Heidelberg, wo auch amerikanische Soldaten mitmachen. Gegen die geistigen Urheber dieser Sache haben wir jetzt eine Anklage beim Landgericht Karlsruhe gestellt und wir werden gegen diese Sache mit aller Schärfe zuschlagen! Aber Sie können froh sein, bei ihnen im nordbadischen Raum gibt es noch keine solche Gruppe* (hier irrt sich wer, d.Verf.)*!"*

Nun meldeten sich die Herren vom Reservistenclübchen zu Wort: *"Ja, bei uns war das damals ganz einfach: wenn da einer versucht hat, in der Wehrmacht Zersetzung zu machen, dann wurde mit dem kurzer Prozeß gemacht. Ich verstehe da überhaupt nicht, daß die Bundeswehr so lasch ist!"*

Wuthenow: *"Sie dürfen nicht glauben, daß wir da nichts machen würden. Wenn wir einen in der Bundeswehr haben, der so was macht, gehen wir natürlich mit aller Schärfe vor. Im Grunde haben wir da auch die Mittel, die die alte Wehrmacht hatte."*

–We, Soldat aus Walldürn–

Ein neues Gewehr
Die westdeutsche Rüstungsindustrie erwartet ein Milliardengeschäft

Das Bundesverteidigungsministerium hat die Neuentwicklung eines Gewehres in Auftrag gegeben. Das neue Gewehr, dessen Entwicklungskosten mit 20 Millionen DM veranschlagt werden, soll das G-3 Gewehr ablösen, mit dem jetzt die Bundeswehr und fast alle NATO-Einheiten ausgerüstet sind. Den Zuschlag für die Entwicklung hat die Gewehrfirma Heckler und Koch in Oberndorf erhalten ohne öffentlich Ausscheibung. 1976 soll der Proto-Typ vorliegen. Vorteile sollen sein: Größere Treffsicherheit, Verwendung von hülsenloser Munition, leichtere Bedienung.

Erreicht werden sollen diese Vorteile u. a. durch ein Visier, das sich von selbst auf die richtige Entfernung einstellt, leichtere Munition, höhere Geschwindigkeit der Kugel. Die Hersteller hoffen darauf, daß dieses Gewehr von allen NATO-Truppen übernommen und ein Milliardengeschäft wird.

Zum Dschungelkampf zu den Amis

Letztes Jahr flog ich mit einem Jagdkampfzug des AMF-Fallschirmjägerbataillons 262 Merzig/Saar nach Vicenza, Italien, um bei dem amerikanischen AMF-Airbornbataillon 509 die US-Springerlizenz zu erwerben (AMF: Allied-Mobil-Force = NATO-Feuerwehr). Beide Einheiten sind Elitetruppen; die GI's fast alles erprobte Vietnamkämpfer – Berufssoldaten.

Die Sprungausbildung begann mit theoretischer Einweisung an drei US-Flugzeugen und zwei Hubschraubern, obwohl wir später nur aus einem Helikopter, Typ UH-1-D, abspringen sollten. Zum Einsatz dieses Hubschraubermodells erklärte der amerikanische Kompaniechef, daß es vornehmlich zum Absetzen von Fallschirmjägern über dem Dschungel Indochinas verwendet wurde und sich bestens bewährt hat. Dieser Helicopter ist relativ klein und sehr wendig, braucht kaum Landeplatz und da er nur acht Springer faßt, genau richtig, um besonders gut ausgebildete Kommandotrupps zum Morden in unwegsames Gelände abzusetzen.

Tags darauf sprangen wir allerdings doch nur über italienischem Häuserdschungel ab. Immerhin, wir hatten 6 Sprünge aus 500 m Höhe und waren somit schon halbe Amis. Um unsere Dschungelkämpferfähigkeiten zu vervollständigen, erhielten wir die nächsten beide Tage noch gründliche Ausbildung mit speziell für Indochina entwickelten Dschungelwaffen. Es war das berühmt-berüchtigte M-16–Gewehr, mit dem absolut immer tödliche Drillgeschosse abgefeuert werden – und der M-203 rifle grenate-launcher (Gewehrgranatenwerfer), die Dschungelspezialität mit verdammt tödlicher Streuwirkung; mancher verstümmelte Vietnamese wird davon mit Grauen zu berichten wissen.

Welchen Zweck hatte wohl der überaus teure Aufwand? Doch wohl kaum, um billig Whisky zu saufen. Weshalb lernte ich bei der Bundeswehr neben anderen Gemeinheiten auch noch das Morden im Dschungel? Wir haben doch hier gar keinen und sollen doch eine reine Verteidigungsarmee sein. Nein, die Bundeswehr stellt eine aggressive Armee dar, die notfalls ihren stärkeren großen Bruder überall in der Welt militärisch unterstützen würde, und dazu soll sie bestens trainiert werden. – Nur, am militärischen Ausgang der Kämpfe der Völker Indochinas würden auch beide Kampfverbände nichts ändern können.

Die Völker Indochinas erringen den Sieg!

–Obergefreiter der Reserve–

„Nichts ist so wichtig wie Unabhängigkeit und Freiheit”

(Ho Chi Minh)

Während der Zusammenbruch des Thieu-Regimes unter den Schlägen des vietnamesischen Volkes weiter voranschreitet, beginnt unter den imperialistischen Politikern und Publizisten der Streit um die Frage, wer die Schuld trägt an ihrer Niederlage in Vietnam.

Am meisten der Wahrheit nahe kommt der Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung in Saigon. Am 2. April 1975 schrieb er: *“Die Grundursache der Auflösung, aber auch der im Resultat erfolglosen Anstrengung zweier ausländischer Mächte, eine nichtkommunistische Alternative in Vietnam zu bilden und aufrechtzuerhalten, ist eben die Tatsache, daß* **vietnamesischer Nationalismus** *durch dreißig Jahre hindurch in den wesentlichen Teilen bloß mit* **einer** *der beiden kriegführenden Parteien identifiziert zu werden vermochte.“*

Der Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung sucht die Ursache für das Scheitern erst des französischen und dann des US-Imperialismus in Südvietnam vor allem in den Interessen und im Willen des vietnamesischen Volkes selbst. Und er gibt zu, daß die “wesentlichen Teile“ des vietnamesischen Volkes die nationalen Interessen Vietnams von der Befreiungsfront vertreten sehen und nicht von der Thieu-Clique. Und das nicht erst seit heute, sondern “durch dreißig Jahre hindurch“. Das schließt ein, daß imperialistische Mächte seit nunmehr 30 Jahren die nationalen Interessen des vietnamesischen Volkes verletzen und gegen dessen erklärten Willen immer wieder versuchen, “eine nichtkommunistische Alternative in Vietnam zu bilden und aufrechtzuerhalten“. Mit anderen Worten: Marionettenregierungen in den Sattel zu heben. Das ist die Auskunft einer stockkonservativen bürgerlichen Zeitung.

Der Kampf geht um nationale Unabhängigkeit . . .

Worin bestehen die nationalen Interessen des vietnamesischen Volkes? Seit der Eroberung des Landes durch die französischen Kolonialisten vor mehr als hundert Jahren bestehen sie
darin: “Den aggressiven Imperialismus verjagen, das Volk befreien, die
darin: **“Den aggressiven Imperialismus verjagen, das Volk befreien, die Unabhängigkeit und die Freiheit des Vaterlandes, Wohlergehen und Glück für das Volk sowie die kulturellen und moralischen Werte des vietnamesischen Menschen wiedergewinnen“.** (Le Duan, Die vietnamesische Revolution, Seite 18. Le Duan ist 1. Sekretär der Partei der Werktätigen Vietnams)

Die nationalen Interessen müssen durchgesetzt werden gegen die Imperialisten. Sie können nur durchgesetzt werden durch den Kampf des Volkes. Die Masse des Volkes aber sind in Vietnam Bauern. In Südvietnam machen die werktätigen Bauern 78 % der Bevölkerung aus (Vietnamese Studies Nr. 31, Seite 65). Sie wurden und in den nicht befreiten Gebieten werden sie noch ausgebeutet von der Feudalklasse, den Großgrundbesitzern. Für das Mekong-Delta gibt Robert F. Kennedy folgende Verhältnisse an: 6 300 Großgrundbesitzer, das sind 2 % aller Landeigentümer, besaßen 45 % des kultivierten Landes. Und 183 000 kleine Eigentümer, das sind 72 % der landbesitzenden Bauern, besaßen 15 % des Landes. Die Masse der Bauern aber, nämlich 4 000 000, war ohne Land. Und noch größer war die Zahl der Pächter. Die Pachtsätze lagen bei 50 Prozent der Ernte (Vietnamese Studies Nr. 31, Seite 65, Hanoi)

. . . und um Land für die Bauern

Der vordringende Imperialismus verschärfte diese Verhältnisse noch. Die Geldwirtschaft zog in die Dörfer ein. Viele Bauern verschuldeten und gerieten in die Lage von Leibeigenen. Die Steuern des Kolonialregimes mußten sie tragen. Währenddessen verließen die Großgrundbesitzer die Dörfer und zogen in die Städte. Aufrechterhalten wurde ihre Herrschaft von der Kolonialmacht: **“Daraus ergab sich, daß der Widerspruch zwischen unserer Nation und dem aggressiven Imperialismus verbunden war mit dem Widerspruch zwischen unserem Volk und dem Feudalregime, des Stützpfeilers der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung.“** (Le Duan, Seite 18)

Die Arbeiterklasse führt den Kampf im Bündnis mit den Bauern

Soweit die in Vietnam schwach entwickelte Bourgeoisie den Gedanken der nationalen Unabhängigkeit zeitweise aufgriff, hielt sie ihn getrennt vom Volk und von der Forderung der Bauern nach Land. Zu eng waren die Interessen der vorwiegend Handel betreibenden Bourgeoisie mit denen der Großgrundbesitzer verbunden, und



Dien Bien Phu am 7. Mai 1954. Der historische Sieg des vietnamesischen Volkes setzt der Aggression des französischen Kolonialismus ein Ende.
Kolonialismus ein Ende.

zu schwach war sie entwickelt, als daß sie sich selbständig gegen die Großgrundbesitzer gestellt hätte. Das konnte nur die Arbeiterklasse, **“die dem dreifachen Joch der imperialistischen und feudalen und der Ausbeutung durch die Bourgeoisie des Landes unterworfen war“** (Kurze Geschichte der Partei der Werktätigen Vietnams, Seite 16). Von vorneherein kam so die nationalrevolutionäre und die demokratische Bewegung Vietnams unter Führung der Arbeiterklasse.

“Dadurch, daß sie das nationale und demokratische Banner hoch hielt, und mit den beiden strategischen Losungen “nationale Unabhängigkeit“ und “das Land denen, die es bebauen“ hat unsere Partei die großen Massen der Bauernschaft auf die Seite der Arbeiter ziehen können, um sie zusammen mit den Arbeitern und Bauern an die Front der antiimperialistischen und antifeudalistischen Revolution führen zu können.“ (Le Duan, Seite 19)

Die antiimperialistische und antifeudalistische Revolution ist der erste Schritt, **“der eine sozialistische Revolution folgt, ohne daß die Etappe der kapitalistischen Entwicklung durchlaufen wird, wobei das Endziel der Partei (der Werktätigen) der Aufbau des Kommunismus ist“** (Le Duan, Seite 17). In einem Teil Vietnams, in der Demokratischen Republik Vietnam, wird dieser zweite Schritt gegenwärtig getan.

1946: 90 Prozent der Vietnamesen stimmen für das Programm der national-demokratischen Revolution

Im Kampf gegen den französischen Kolonialismus und ab 1940 auch gegen die japanischen Faschisten sammelten die Kommunisten die Massen und konnten im August 1945 als Führer der Liga für die Unabhängigkeit des Landes (Viet Minh) den allgemeinen Aufstand ausrufen, der nach 11 Tagen in allen Städten und Provinzen triumphierte. Bei den ersten allgemeinen Wahlen im Jahre 1946 in ganz Vietnam wurden mehr als 90 % aller Stimmen für die Kandidaten und das Programm des Viet Minh abgegeben, d.h. für nationale Unabhängigkeit und für ein Agrarprogramm, in dem zunächst nur die Herabsetzung des Pachtgeldes und der Zinsen verlangt wurde.

1. Widerstandskrieg und Weiterführung der Revolution

Die Franzosen besetzten wieder das Land, und mit ihnen kamen die Großgrundbesitzer erneut zum Zuge. Im ersten Widerstandskrieg von 1946–1954 gelang es dem Viet Minh, die französischen Imperialisten immer stärker in die Defensive zu drängen und schließlich bei Dien Bien Phu entscheidend zu schlagen. Ausschlaggebend dafür war, daß während des Krieges das Programm der nationaldemokratischen Revolution Schritt für Schritt durchgeführt wurde. **“Als im Jahre 1953 der Widerstandskrieg in seine erbittertste Phase trat, beschloß die Partei die Mobilisierung der Massen, um die Senkung der Bodenrente in umfassendem Maße durchzusetzen, nahm die Agrarreform in Angriff und verwirklichte so die Parole ‘das Land denen, die es bebauen‘. Dank dieser Maßnahme konnten die kämpferische Energie und die Kraft von Millionen von Bauern gestärkt, der Block von Arbeitern und Bauern zusammengeschweißt, die Volksmacht und die Vereinigte Nationale Front gefestigt werden.“** (Le Duan, Seite 19 f.)

Das Genfer Abkommen anerkennt das Recht des vietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung und freie Wahlen

Der Viet Minh erzielte einen großartigen Sieg: **“Zum ersten Mal in der Geschichte hat ein kleines und schwaches koloniales Land ein mächtiges kolonialistisches Land besiegt.“** (Ho Chi Minh)

Die französischen Imperialisten, die zuletzt nur noch mit Hilfe der USA kämpfen konnten, mußten in Genf einem Vertrag zustimmen, der die Wiederherstellung des Friedens in Indochina “auf der Grundlage der Achtung der Grundsätze der Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität“ vorsieht. Aber zum sofortigen vollständigen Sieg reichten die Kräfte noch nicht. Der Vertrag sah darum einen Kompromiß vor, eine *“politische Regelung in Vietnam“*. Die bewaffneten Streitkräfte der beiden Parteien sollten sich zu beiden Seiten einer *“militärischen Demarkationslinie“* umgruppieren, die *“eine provisorische Linie ist und keinesfalls als eine politische oder militärische Grenze interpretiert werden darf“*. Weiter legte die Genfer Konferenz fest, daß *“die allgemeinen Wahlen im Juli 1956 stattfinden, und zwar unter Kontrolle einer internationalen Kommission“* (alle Zitate aus der Abschlußerklärung der Genfer Konferenz).

Es wird torpediert von den USA

Der Viet Minh erfüllte den Vertrag und gruppierte seine regulären Truppen um. Nicht erfüllt wurde die Vertragsbestimmung über die Durchführung freier Wahlen von den USA und dem Regime in Saigon. Inzwischen waren die US-Imperialisten an die Stelle der Franzosen getreten und unterhielten sich in Saigon ein Marionetten-Regime unter Diem, einem Großgrundbesitzer. US-Außenminister Dulles erklärte, *“Diem stehe zu recht auf dem Standpunkt, daß er nicht verpflichtet sei, gesamtvietnamesische Wahlen abzuhalten, da seine Regierung das Genfer Abkommen nicht unterzeichnet habe“* (Die Welt vom 11.8.55). Das Ergebnis einer solchen Abstimmung wäre eindeutig ausgefallen: Bei einer Gesamtbevölkerung Vietnams von damals 27 Millionen zählte der Viet Minh allein 9 Millionen Mitglieder, also unter den Erwachsenen mehr als die Hälfte. US-Beobachter schätzen, daß der Viet Minh über 80 % der Stimmen bekommen hätte.

Das Diem-Regime scheitert

Kaum saß Diem mit Hilfe der USA im Sattel, erschienen in den Dörfern wieder die Großgrundbesitzer. Diem ließ eine “Landreform“ durchführen, welche die seit 10 Jahren schon enteigneten Feudalherren wieder in ihre Rechte einsetzte und den Bauern die Möglichkeit gab, das Land, das sie 10 Jahre nach dem Willen der Revolutionsregierung besessen hatten, nun auf Darlehen zu kaufen. Gleichzeitig wurde an vielen Stellen die ausstehende Pacht für diese 10 Jahre von den Bauern gefordert. Damit war das Diem-Regime bei den Bauern, der Masse des Volkes in Südvietnam, erledigt. Es war nicht in der Lage, die beiden grundlegenden Widersprüche zu lösen, von deren Lösung die Entwicklung der vietnamesischen Gesellschaft abhängt: **“der Widerspruch zwischen der vietnamesischen Nation und dem (. . .) Imperialismus und der Widerspruch zwischen dem vietnamesischen Volk, hauptsächlich der Bauernschaft, und der Klasse der feudalen Großgrundbesitzer“** (Kurze Geschichte der Partei der Werktätigen Vietnams, Seite 16).

Der 2. Widerstandskrieg bricht aus

Es entwickelten sich erneut die Kräfte der Revolution, zunächst über politische Massenbewegungen, welche Durchführung der Wahlen, demokratische Rechte und Verbesserung der Lebensbedingungen forderten. Das Diem-Regime versuchte diese Bewegungen blutig zu unterdrücken. Anfang 1960 brachen die ersten lokalen Aufstände los. Im Dezember 1960 schlossen sich die verschiedenen Widerstandsgruppen zur Nationalen Befreiungsfront zusammen, deren Programm wiederum als zentrale Punkte enthielt: **“Sturz des getarnten Kolonialregimes der US-Imperialisten, Bildung einer Verwaltung der nationalen und demokratischen Koalition“** und **“Durchführung der Senkung des Pachtzinses und Herangehen an die Lösung der Agrarfrage, Bereitstellung des Landes für diejenigen, die es bebauen“.** Und dieses Programm wurde durchgeführt:

“Im Lauf von 5 Jahren, von 1960 bis 1965, hat die Nationale Befreiungsfront den landlosen Bauern 2 Millionen Hektar, immerhin zwei Drittel der bebauten Fläche Süd Viet Nams zugeteilt. Wenn man das schon von 1946 bis 1954 von der ersten vietnamesischen Widerstandsbewegung verteilte Land (600 000 ha) mit in Betracht zieht, kommt man auf 87 %. Das bedeutet, daß praktisch alle südvietnamesischen Landgebiete von den fortschrittlichen Reformen erfaßt worden sind, ausgenommen das in unmittelbarer Nähe der Städte liegende Land und die zu den Agrarkolonien des Regimes Ngo Dinh Diem gehörenden Gebiete.“ (Le Chau, Bauernrevolution in Südvietnam, Seite 71)

Ein kleines Volk besiegt den US-Imperialismus

Das erklärt, warum erst die Diem-Truppen, dann die Truppen der USA und schließlich die über eine Million Soldaten Thieus nicht imstande waren, die Truppen der Befreiungsfront zu besiegen, sondern warum sie im Gegenteil immer mehr die Initiative verloren und in die Niederlage gedrängt wurden: Sie haben die Masse der Bauern zum erbitterten Feind. Gemeinsam mit den Arbeitern in den Städten sind sie das Rückgrat des Widerstands gegen die US-Aggression
derstands gegen die US-Aggression
und die Marionettentruppen. Die US-Imperialisten haben alles versucht, um diesen Widerstand des Volkes zu brechen. Sie haben die Bauern aus ihren Dörfern vertrieben und sie in Wehrdörfer (sogenannte Agrovilles) zusammengepfercht, um sie besser kontrollieren zu können. Sie haben versucht, Tausende von Wehrdörfern anzulegen, d.h. die gesamte Landbevölkerung einem KZ-ähnlichen System zu unterwerfen. Sie haben mit ihrer Luftwaffe und Artillerie ganze Gebiete zu entvölkern versucht, so daß Millionenströme von Flüchtlingen sich an den Rand der großen Städte in Sicherheit bringen mußten. Etwa eine Million Vietnamesen ist dabei umgekommen, sechs Millionen wurden vertrieben (Der Spiegel Nr. 15/1975). Es hat den USA alles nichts genützt: Der Widerstand des Volkes blieb nicht nur ungebrochen, er nahm ständig weiter zu. Und heute steht das vietnamesische Volk vor dem Sieg.

Die Verbündeten der USA in Südvietnam: Großgrundbesitzer, Lumpenbourgeoisie, Verbrecher

Während die USA Krieg gegen das Volk führten, haben sie zugleich versucht, sich eine neue soziale Basis in Vietnam zu schaffen. Mit Milliardenbeträgen haben sie sich eine breite parasitäre Schicht geschaffen, die Träger ihrer neokolonialen Herrschaft werden sollte. Allein zwischen 1964 und 1966 haben die USA jährlich 10 Milliarden Dollar für den Vietnamkrieg ausgegeben. Diese Summe ist das sechsfache des Bruttosozialprodukts von Südvietnam ohne die Dienstleistungen (Le Chau, Seite 91). Insgesamt wurden nach Angaben der USA 140 Milliarden Dollar von ihnen für den Krieg in Vietnam ausgegeben (Der Spiegel Nr. 15/1975). Auch nach dem Abzug der US-Truppen betrug die Hilfe für das Saigoner Regime 1973 noch 2,2 Milliarden Dollar. Darüber finanzieren die USA 86 % der Saigoner Einkünfte. Unterhalten werden damit: über eine Million Mann reguläre Truppen, 400 000 Mitglieder paramilitärischer Organisatio-

(Fortsetzung von S.12)

nen, 120 000 Mann Polizei (Vietnam Courier Nr. 30, November 1974). Das sind fast 10 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Schützen sollen sie neben den alten Grundbesitzern eine neue Schicht von Lumpenbourgeoisie, die sich von den Washingtoner Hilfsgeldern nährt. Insbesondere die Generäle haben sich dieser Lumpenbourgeoisie angeschlossen. Sie arbeiten zusammen mit Leuten, die öffentliche Aufträge vergeben, vornehmlich zum Bau militärischer Anlagen, mit Nachtclubbesitzern, Händlern von US-Waren, mit Opium- und Drogenhändlern. Thieu und Ky kontrollieren Luft- und Seetransporte. Jeder Flug und jede Schiffsreise bringt ihnen Millionen von Piastern. Staatsämter werden an den Meistbietenden verschachert. Thieu, Sohn eines Fischhändlers, ist heute nach Auskunft der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. April 1975 einer der größten Grundbesitzer Vietnams. Als allgemeine Regel kann man davon ausgehen, daß alle Armee-Offiziere vom Hauptmann aufwärts im Geschäft sind (Vietnamese Studies Nr. 31, Seite 47 f.). Ein Schwarm von Verbrechern, Abenteurern, Polizeispitzeln, Huren umlagert die Truppen. Die soziale Basis des Thieu-Regimes – das sind Gutsbesitzer, Lumpenbourgeoisie, Generäle, Politiker und Verbrecher. Wie breit etwa diese Schicht ist, mag man aus Plänen des US-Außenministeriums ablesen, eine Million Südvietnamesen zu evakuieren, die mit den USA zusammengearbeitet haben (Süddeutsche Zeitung vom 5. April 1975).

Mit den arbeitenden Klassen Vietnams hat dieses Regime nichts zu tun. Ein Rikscha-Fahrer antwortete dem "Spiegel"-Redakteur: *"Angst vor Kommunisten? Nur wer Angst vor der Arbeit hat, muß die Kommunisten fürchten. Hoffentlich kommen sie bald."* *(Der Spiegel Nr. 15/1975, Seite 94)*

Das Pariser Abkommen muß durchgeführt werden

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam hat den Sturz dieses Regimes gefordert und die Bildung einer anderen Verwaltung in Saigon, um das Pariser Abkommen durchführen zu können. Dieses Abkommen anerkennt **"die Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Vietnams"**. Es ist keineswegs nur eine Waffenstillstandsregelung, sondern es legt Grundsätze fest über **"die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des südvietnamesischen Volkes"**. Die Regierung der USA verpflichtet sich, das Recht des südvietnamesischen Volkes auf Selbstbestimmung zu respektieren und auf Entscheidung **"über die politische Zukunft Südvietnams, und zwar mittels wirklich freier und demokratischer allgemeiner Wahlen unter internationaler Aufsicht"** (Artikel 9 des Pariser Abkommens). Die beiden südvietnamesischen Parteien verpflichten sich, die demokratischen Freiheiten des Volkes zu garantieren und gemeinsam mit Politikern der Dritten Kraft einen "Rat der nationalen Versöhnung" zu bilden, der die Wahlen durchführen soll. Wesentliche Programmpunkte der Befreiungsfront wurden damit von den USA und ihrer Marionettenregierung ausdrücklich anerkannt.

Jede einzelne Bestimmung dieses Abkommens ist von den USA und dem Thieu-Regime gebrochen worden. Nach wie vor sind 9 000 US-Soldaten als Zivilisten getarnt in Südvietnam. Thieu erklärte: *"Wahlen, gar mit Neutralisten und Kommunisten, wird es nicht geben."* (Der Spiegel Nr. 15/1975) Einen Rat der nationalen Versöhnung zu bilden, hat das Regime abgelehnt. Stattdessen versuchte Thieu die befreiten Gebiete zurückzuerobern: *"Ein Jahr nach dem Beginn dieser 'Befriedungs-Aktionen' hatten die Thieu-Truppen 15 Prozent mehr Gelände unter Kontrolle als zum Zeitpunkt des Pariser Friedens."* (Der Spiegel Nr. 15/1975)

Erst seit dem Dezember 1974, als alle anderen Mittel zur Durchsetzung des Pariser Abkommens nichts nützten, hat die Provisorische Revolutionsregierung militärisch zurückgeschlagen, um die Durchführung des Abkommens zu erzwingen. Gegen eine Armee von *"dreifacher Truppenstärke und siebenfacher Feuerkraft"* (Weltspiegel von 6. April) hat sie rasch durchschlagende Erfolge erzielt.

Es ist offenbar: Die USA können mit ihrer aufgekauften Lumpenbande nicht länger ein Volk unterdrücken. Das vietnamesische Volk wird sich befreien, und es wird im Süden wie im Norden den Weg zum Sozialismus einschlagen.

W.M.

Der Wert der freiheitlichen Lebensart

Der "Spiegel" berichtet in seiner Nr.15 vom 7.4.75, im Vietnam-Krieg seien bisher eine Million Vietnamesen umgekommen. Er berichtet weiter, daß die USA bisher 140 Milliarden Dollar für die Kriegsführung in Vietnam aufgewandt haben. Man kann leicht berechnen, daß ein toter Vietnamese die USA 140 000 Dollar gekostet hat, gleich ob er Kämpfer der Befreiungsfront oder Bauer, ob er Mann oder Frau, ob er erwachsen oder noch ein Kleinkind war. Nach Angaben des Fischer-"Weltalmanachs" wurde in Südvietnam 1969 unter Einschluß der Dienstleistungen ein Bruttosozialprodukt von 4.156 Millionen geschaffen, pro Kopf der Bevölkerung etwa 210 Dollar. Jeder Vietnamese, ob Mann oder Frau, müßte 700 Jahre lang arbeiten, bis er lebendig so viel wert wäre wie auf seinen Tod verwendet wurde. Das Thieu-Regime in Saigon und die Lumpenbourgeoisie, die es umgibt, sind deshalb dazu übergegangen, neben der Ausbeutung der lebenden Vietnamesen sich vor allem für die Abschlachtung ihrer Landsleute bezahlen zu lassen.

Thieu selbst, der Chef der Marionettenclique, hat dabei reichlich verdient. Die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' berichtet: "Bis zur Offensive der Roten galt er (der Sohn eines kleinen Fischhändlers) als einer der größten Grundbesitzer. Sein Geld soll auf Schweizer Banken verteilt sein. Das alles stimmt." (4.4.75) Der Bundesverteidigungsminister und Sozialdemokrat Leber bedauert, daß "das Wissen um den Wert der freiheitlichen Lebensart" nicht ausgereicht habe, um Thieu im Sattel zu halten.

–W.M.–



Die Delegationsleiter auf der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker im April 1970. – Von links nach rechts: Staatspräsident Samdech Norodom Sihanouk (Kambodscha), der Vorsitzende der Nationalen Befreiungsfront von Südvietnam Nguyen Huu Tho, Ministerpräsident Pham Van Dong (Demokratische Republik Vietnam) und Prinz Souphanouvong, Sekretär der Patriotischen Front von Laos.

Das Marionettenregime zerfällt, Neue Siege im Volkskrieg

Die bürgerliche Presse muß die Wahrheit über Südvietnam ans Licht lassen

Während die Truppen der Provisorischen Revolutionären Regierung in enger Koordination mit lokalen Aufständen die vom Thieu-Regime gehaltenen Stützpunkte im Mekong-Delta berennen und immer neue Ortschaften befreien, zerfällt in Saigon die Macht der Marionettenregierung.

Am 9.4. wurde gemeldet, daß ein Leutnant der Luftwaffe, der einen Angriff auf befreite Gebiete fliegen sollte, sich von seiner Staffel gelöst und den Präsidentenpalast Thieus mit schweren Bomben belegt hat. Die Luftwaffe und insbesondere ihr fliegendes Personal gehören zu dem am höchsten privilegierten Personal des Thieu-Regimes. Bis dorthin regt sich inzwischen der Widerstand.

Gleichzeitig haben Sprecher der verschiedenen religiösen Gruppen, der Katholiken, Buddhisten, der Cao Dai-Sekte den Rücktritt Thieus gefordert. Selbst in der Saigoner Generalität drängt man auf den Rücktritt. Die amerikanischen Militärs lassen durchblicken: "Nur ein Rücktritt Thieus kann die endgültige Schlacht um Saigon verhindern", die für die US-Marionetten nicht mehr zu gewinnt ist.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung hat inzwischen Informationen gegeben, welche die Bedeutung der errungenen Siege des vietnamesischen Volkes deutlich machen: 270 000 Mann der Thieu-Truppen sind außer Gefecht gesetzt. Außerdem sind seit Anfang März 16 Provinzen und 9,3 Millionen Vietnamesen befreit worden. Die Provisorische Revolutionäre Regierung erklärt, daß mit dieser Vernichtung der Militärmacht des Feindes neue Möglichkeiten für weitere glänzende Siege eröffnet seien.

Nach wie vor führen die imperialistischen Mächte einen heftigen Propagandakrieg gegen den Befreiungkampf des südvietnamesischen Volkes. Sie stellen ihn als kommunistische Aggression aus dem Norden hin, als Bruch des Pariser Abkommens. Sie berichten, die Menschen würden fliehen aus Angst vor den Kommunisten. Aber der Zusammenbruch war so schnell und vollständig, daß sie die Berichterstattung nicht ganz auf Kurs halten können. Es sickert immer mehr heraus über den tatsächlichen Gang der Ereignisse. Im folgenden eine Zusammenstellung von Informationen, die zum größten Teil aus der bürgerlichen Presse, aus der "Feindpresse" also und Äußerungen westlicher bürgerlicher Regierungen stammen.

Schwedische Regierung beschuldigt das Thieu-Regime

Die schwedische Regierung stellte *"in ihrer außenpolitischen Erklärung im Reichstag fest, daß die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung des (Vietnam) Konfliktes zunichte gemacht worden seien und wiederholte dann im bereits bekannten Wortlaut: 'Die Verantwortung für diese Entwicklung ruht schwer auf dem Regime in Saigon und denjenigen, die diese Politik unterstützen.' Und ähnlich zur Lage in Kambodscha: 'Eine fortgesetzte Unterstützung des Regimes in Phnom Penh wird den Konflikt nur verlängern.' "*

Der schwedische Außenminister Anderson hat erklärt: *"Saigoner Truppen hätten 1973 wichtige Gebiete unter ihre Kontrolle gebracht, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens von der Provisorischen Revolutionären Regierung beherrscht worden seien. Seitdem habe der Vietkong diese Landstriche zurückerobert."* (Neue Züricher Zeitung vom 4.4.75)

Saigoner Senat: Thieu–Regime hat den Pariser Vertrag gebrochen

"Der Senat in Saigon, der seit fast zwei Jahren von Gefolgsleuten von Staatspräsident Thieu kontrolliert wird, hat am Mittwoch offen mit dem Staatschef gebrochen. Mit 41 Stimmen nahm der Senat ohne Gegenstimme eine Resolution an, in der angesichts der militärischen und politischen Lage eine 'neue Führung' zur Beendigung des Krieges gefordert wird. Von den 60 Senatoren waren 19 nicht anwesend.

Thieu wird beschuldigt, 'ausschließlich nur eine militärische Lösung' angestrebt zu haben. Außerdem sei er des 'Machtmißbrauchs, der Korruption und der sozialen Ungerechtigkeit' schuldig." (Süddeutsche Zeitung vom 3.4.75)

Damit hat der Senat ausdrücklich anerkannt, daß das Saigoner Regime das Pariser Abkommen von vorneherein gebrochen hat, das gerade keine militärische, sondern eine friedliche politische Lösung vorsah.

Hollands Ministerpräsident: Thieu soll gehen

"Der holländische Ministerpräsident Joop den Uyl hat den südvietnamesischen Staatschef Thieu für die gegenwärtigen Ereignisse verantwortlich gemacht. Uyl äußerte auf einer Pressekonferenz die Hoffnung, daß Thieu bald aus dem politischen Leben Südvietnams ausscheiden werde. Der Staatschef habe das Pariser Abkommen, was die Abhaltung freier Wahlen vorsah, nicht eingehalten. Weiter erklärte Uyl, er halte Thieu und seine politischen Freunde nicht für repräsentativ für die südvietnamesische Bevölkerung." (Süddeutsche Zeitung vom 7.4.75)

Australischer Minister: Thieu ist ein Agent der USA

Der australische Vizeministerpräsident und Finanzminister Jim Cairns hat erklärt, *"der Sturz der Thieu-Regierung sei die beste Lösung, da das Regime in Saigon nie die Unterstützung der Bevölkerung gehabt hat, sondern ein Agent der USA ist"* (Süddeutsche Zeitung vom 3.4.75). Cairns muß es wissen: Bis zum Ende der sechziger Jahre war ein australisches Besatzerkorps in Südvietnam und hat auf Seiten der USA gegen das südvietnamesische Volk Krieg geführt. 494 australische Soldaten verloren dabei ihr Leben. 2 400 wurden verwundet.

Freude bei den Armen, Angst bei den Reichen

"Die Mittellosen, so etwa die Velorikschafahrer mit ihren verhärmten Gesichtern und dürren Beinen, setzen jetzt beim Anblick eines Fremden oft ein überaus freundliches Lächeln auf. Ihre Gedanken sind leicht zu erraten. Sie bewerten die Lage aus einem anderen Blickwinkel als Funktionäre Saigons, Offiziere und reiche Leute." (Neue Züricher Zeitung vom 2.4.75) Daß die Masse der armen Leute seine Feinde sind, weiß auch das Thieu-Regime: *"Der Verordnung nach werden alle Pedi-Cabs, die dreirädrigen Fahrradtaxis Indochinas, aus dem Verkehr gezogen, weil angeblich 'Tausende von Vietcong in den Hohlrahmen dieser Fahrzeuge ihre Sprengstoffladungen transportieren', behauptet der Chef der Agentur 'Vietnam Press'. Das Pedi-Cab-Verbot entzieht weit über 20 000 Menschen die Lebensgrundlage: 6 000 bis 8 000 Rikschas waren in Betrieb, drei bis vier Fahrer strampelten sich pro Fahrzeug und in Schichten für einen lumpigen Tagesverdienst von einem halben Dollar in der drückenden Schwüle Saigons ab."* (Spiegel vom 7.4.75)

Von Saigoner Truppen zur Flucht gezwungen

"Nicht wenige Flüchtlinge beginnen zu zweifeln, ob sie mit dem überstürzten Verlassen ihrer Heimat den richtigen Weg gewählt haben angesichts des Elends, das sie unterwegs erleben müssen. Flüchtlinge, die zu Beginn der kommunistischen Offensive nach Da Nang geströmt waren, berichteten, sie hätten ihre Städte und Ländereien auf Befehl der Regierungstruppen aufgegeben. Viele sind nun der Ansicht, daß das Herannahen der Kommunisten zumindest den Frieden bedeuten würde." (Süddeutsche Zeitung vom 3.4.75)

Vatikan auf der Seite der Völkermörder

"Der Sprecher des Vatikan, Alessandrini, erklärte am Freitag in der vatikanischen Wochenzeitung 'Osservatore della Domemica', daß die Menschen in Südvietnam den leidvollen Weg der Flucht keineswegs angetreten hätten, weil man sie dazu gezwungen habe. Sie hätten damit 'für das moralische Gewissen der zivilisierten Welt' ein Zeichen gesetzt, 'das mehr aussagt, als jede politische Wahl'." (Süddeutsche Zeitung vom 5.4.75)

Verbrannte Erde

Das Thieu-Regime versucht nach seinen schweren Niederlagen mit Erfolgen aufzutrumpfen. So heißt es, daß Regierungstruppen in der Nacht zum Sonntag die Stadt Nha Trang zurückeroberten. Gleichzeitig mußte jedoch der Sprecher des Oberkommandos in Saigon bekannt geben, *"Nha Trang sei kampflos übernommen worden, da sie nach der Räumung nicht von den Vietcong besetzt worden war. Vor der Rückkehr der Regierungstruppen sei Nha Trang jedoch als 'Vorsichtsmaßnahme' bombardiert worden."* (Süddeutsche Zeitung vom 7.4.75)

Der Militärkommentator der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung', A.Weinstein, schreibt dazu: *"So spektakulär dieser Erfolg wirkt, so sinnlos ist das Unternehmen"*, denn: *"Saigon ist militärisch in größter Gefahr"*. Und zu Nha Trang weiß er zu berichten: *"Die Stadt ist beim Verlassen der eigenen Truppen so schwer getroffen worden. Wichtige Objekte wurden gesprengt. Es gibt keine funktionierende Verwaltung mehr."* (8.4.75) Die drittgrößte Stadt Südvietnams ist also beim Rückzug der Marionetten-Truppen und durch das Bombardement der Luftwaffe zerstört worden. Die Erfolge bestehen darin, daß die Thieu-Truppen in die von ihnen selbst zerstörten Stellungen zurückmarschieren.

Die Bauern freuen sich über Thieus Niederlage

"Warte nur", so hatten die Bauern einem Ausländer in Da Nang zugeflüstert, *"bald werden wir Frieden haben. Die anderen kommen. Thieu ist erledigt."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.4.75)

„An die Arbeiter der Welt" Chilenische Arbeiter fordern vollständigen Boykott der Junta

Bei der Entladung eines aus Chile kommenden Schiffes fanden italienische Hafenarbeiter ein Flugblatt, verfaßt von Hafenarbeitern des Hafens San Antonio in Chile. In dem Flugblatt, das gerichtet ist an die "Arbeiter der Welt", heißt es:

"Wir sind tief dankbar für jeden Akt der Solidarität und der Unterstützung für das chilenische Volk, die durchgeführt werden, um uns zu helfen, die faschistische Diktatur, die in unserem Land herrscht, ein für alle Male zu stürzen. Mit eurer Hilfe und mit unseren eigenen Anstrengungen sind wir absolut sicher, daß wir siegen werden und diejenigen, die den Putsch inszenierten, schlagen werden.

Wir fordern:

1. Weigert euch, jegliche Ladung, ob aus Chile oder für Chile, zu entladen.

2. Be- oder entladet keine Unze Kupfer.

3. Bestreikt jedes chilenische Schiff. Verladet keine Waffen für Chile. Verweigert jede Art der wirtschaftlichen Hilfe oder Unterstützung für die chilenischen Faschisten."



Wie hier abgebildet, ist das chilenische Militär mit Mercedes-LKWs ausgerüstet. Um den Handel mit dem chilenischen Militär zu vereinfachen und noch größere Profite aus der Ausbeutung der Werktätigen in Chile zu ziehen, plant Mercedes nun, mit einer Investition von 250 Millionen DM ein LKW-Werk in Chile aufzubauen. Die Bundesregierung unterstützt solche Vorhaben, indem sie für die Investition westdeutschen Kapitals und für den Profit bis zu einer festgelegten Höhe die Bürgschaft übernimmt. Nach dem erfolgreichen Kampf gegen die Umschuldungsverhandlungen muß verstärkt den Investitionen der westdeutschen Konzerne in Chile Aufmerksamkeit geschenkt werden: Keine Unterstützung für die Junta!

Chile: „Mörderbande"- Die Imperialisten streiten sich um ihre Unterstützung

Forschungsminister Matthöfer hat in der vergangenen Woche die herrschende Militärjunta in Chile als "Mörderbande" bezeichnet. Diese radikale Äußerung eines Regierungsmitglieds gegenüber der faschistischen Junta in Chile, ohne daß diese mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen reagiert, ist der vorläufige Höhepunkt in einer Auseinandersetzung zwischen der CDU, der chilenischen Junta und der Bundesregierung um die weitere finanzielle Unterstützung.

Geld gegen Ausreise politischer Gefangener

Matthöfer reagierte auf Vorwürfe der CDU und der Junta, einen Kredit in Höhe von 45 Millionen DM durch die Bundesregierung zugesagt und nicht auszahlen zu wollen. Die CDU fordert den Rücktritt des Ministers.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Todenhöfer hat nach einem Aufenthalt in Chile, bei dem er mit Pinochet und anderen Vertretern der Junta Gespräche führte, öffentlich von der Bundesregierung gefordert, diesen noch an die Allende-Regierung zugesagten Kredit in Höhe von 45 Millionen DM nun endlich der Junta zur Verfügung zu stellen. Pinochet habe sich ihm, Todenhöfer, gegenüber bereit erklärt, im Austausch dafür fast alle politischen Gefangenen – das sind rund 4 500 – ins Ausland ausreisen zu lassen, vorausgesetzt, die fremden Regierungen seien einverstanden. Inzwischen hat Pinochet erklärt, es sei die Rede nur von der Ausreisemöglichkeit für einen Teil der politischen Gefangenen gewesen, nämlich 1 107. Die übrigen braucht er wohl noch für andere Geschäfte. Todenhöfer erklärte weiter, die Kreditzusage sei vom damaligen Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, dem jetzigen Forschungsminister Matthöfer, gemacht worden.

Die CDU versucht mit diesem Vorstoß, die Regierung weiterhin auf ihre alte Politik festzulegen: Geld gegen die Ausreise von politischen Gefangenen. Auf diese Weise war die faschistische Junta in Chile bereits einmal zu einem kleineren Kredit in Höhe von 21 Millionen DM gekommen. Inhalt dieser Politik der Bundesregierung war und ist, für die von der breiten Solidaritätsbewegung erhobene Forderung nach "Freilassung aller politischen Gefangenen" einzutreten und dennoch die Junta zu unterstützen.

Die Junta greift öffentlich in den Parteienstreit ein.

Von dieser Politik der Bundesregierung geht auch die chilenische Junta aus. So hat sie über ihre Botschaft in Bonn veröffentlicht, daß Matthöfer damals sogar mit der Botschaft bereits abgesprochen habe, wofür im einzelnen das Geld verwendet werden sollte. So hätten 24,7 Millionen DM für den Kauf von Waren bereitgestellt werden sollen und weitere 1,9 Millionen DM für den Ausbau des Hafens Puerto Montt. Über die Verwendung des restlichen Geldes sei man sich noch nicht einig gewesen. Der chilenische Botschafter teilte das mit, nachdem der Regierungssprecher Bölling offiziell erklärt hatte, Matthöfer erinnere sich nicht, eine solche Zusage gegeben zu haben. Der chilenische Botschafter wählte für die Form der Veröffentlichung die Formulierung: Er sehe sich genötigt, "Herrn Matthöfer beim Auffrischen seines Gedächtnisses behilflich zu sein".

Daraufhin stieß Todenhöfer nach: 'Es sei eindeutig geklärt, daß Matthöfer am 19.September 1973, also nach dem Sturz Allendes, im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit festgestellt habe, die Kreditzusage gelte weiter. Matthöfer habe dem Parlament und der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt, die internationale Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik belastet. Der Bundeskanzler müsse die Konsequenzen ziehen und den Minister entlassen.' (Süddeutsche Zeitung vom 5./6.4.)

Beide Parteien wollen die Junta unterstützen.

Die westdeutschen Interessen sind die Interessen des westdeutschen Kapitals an der Aufrechterhaltung der günstigen Profitbedingungen in Chile, gewährleistet durch die Junta. Deshalb tritt die CDU jetzt offen als Agent der Junta auf. Deshalb hat die SPD in der Regierung bisher die Junta unterstützt. Erinnert sei nur an die Auseinandersetzung um den 21 Millionen-Kredit. Jetzt, in der Woche vor Ostern, wollte die SPD erneut Gelder für die Herrschaft der chilenischen Junta bereitstellen.

Die Bundesregierung hatte bis zuletzt an den sogenannten Umschuldungsverhandlungen mit Chile festgehalten. Dabei solle die Verlängerung und Erneuerung bereits abgelaufener Kredite verhandelt werden. Man darf annehmen, daß in diesem Rahmen die Frage des noch offenen 45 Millionen-Kredits sicher hinter verschlossenen Türen geklärt worden wäre.

Nun sind aber auf den großen Druck der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des chilenischen Volkes gegen den Faschismus diese Verhandlungen geplatzt. Die sozialdemokratisch regierten Länder in Europa, Schweden, Großbritannien und die Benelux-Staaten, haben die Teilnahme an diesen Verhandlungen verweigert.

Um jetzt selber nicht weiter in die Isolierung zu geraten, sowohl international wie auch gegenüber der Solidaritätsbewegung, mußte daraufhin die Bundesregierung die Teilnahme absagen. Sie hatte gar keine andere Wahl: Seit der großen Demonstration in Frankfurt im vergangenen September ist die Solidaritätsbewegung noch breiter geworden. Es gibt eine Fülle von Beschlüssen auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Gremien im DGB und in den Einzelgewerkschaften. Nicht nur die Freilassung aller politischen Gefangenen wird gefordert, sondern auch die Einstellung jeglicher Unterstützung von der Bundesregierung. Ein gutes Beispiel für einen solchen Beschluß ist die Resolution der Vertrauensleuteschulung von VFW-Fokker Speyer, die in der letzten KVZ abgedruckt war:

Matthöfers Ausspruch zeigt die Beziehungen zwischen einem unterdrückenden und einem unterdrückten Land.

So ist es nicht verwunderlich, daß Matthöfer in dieser radikalen Weise auf den Angriff der CDU reagiert. Er hat schon vor dem Putsch erklärt, wenn das Experiment Allende scheitere, dann bleibe nur noch der bewaffnete Kampf übrig in Chile. Nun hat er die Regierung Chiles, zu der die Bundesregierung diplomatische Beziehungen unterhält, als "Mörderbande" bezeichnet.

Er wollte damit der Solidaritätsbewegung seine Reverenz erweisen, er tut das, indem er zugleich den Imperialisten heraushängen läßt! Als "Mörderbande" kann Matthöfer die chilenische Junta nur deshalb bezeichnen, ohne daß die chilenische Regierung die diplomatischen Beziehungen abbricht, weil die Junta tatsächlich über das chilenische Volk die faschistische Terrorherrschaft errichtet hat, weil die Junta international isoliert und von den imperialistischen Staaten, wie die Bundesrepublik einer ist, abhängig ist. Weil die Junta sich den Imperialisten bedingungslos ausgeliefert hat, können die Imperialisten sie wie einen Kettenhund behandeln.

Die Solidaritätsbewegung kann auf diese Sprüche Matthöfers und der Bundesregierung nicht setzen, wenn sie nicht in die Abhängigkeit der Bundesregierung und der SPD geraten will, wenn sie nicht zum Spielball der imperialistischen Politik gegenüber Chile werden will. Die Solidaritätsbewegung muß an ihren Zielen festhalten: Keine Unterstützung für die Junta! Sturz der Junta! Freilassung aller politischen Gefangenen in Chile! Aufbau der Volksmacht in Chile!

–g.j.–

Großbritannien: Die Arbeiter gegen den „Sozialvertrag"

Im folgenden drucken wir eine Korrespondenz aus Glasgow/Schottland ab, die uns erst jetzt erreichte, obwohl sie vor Ostern abgeschickt wurde. Es wird darin die augenblickliche Streiklage in Großbritannien beschrieben. Diese Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß einerseits die Wilson-Regierung mit der Gewerkschaftsführung des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften (TUC) einen sogenannten Sozialvertrag abgeschlossen hat, in dem sich die TUC-Führung verpflichtet, Lohnforderungen nur unterhalb einer bestimmten Höhe zu stellen. Die englische Arbeiterklasse ist mit dieser Vereinbarung nicht einverstanden, weil sie den Abbau des Reallohns angesichts einer Inflationsrate von 20 % bedeutet. Um diesen Vertrag mit der Gewerkschaftsführung zu retten, hat die Wilson-Regierung nun zu einem "erprobten" Mittel bürgerlicher Regierungen gegriffen: Sie setzt die Armee als Streikbrecher gegen die streikenden Arbeiter ein.

Die Labour-Regierung hat am Dienstag, dem 18. März, Truppen in Glasgow eingesetzt, um den jetzt elf Wochen alten Streik der Müllwagenfahrer zu brechen.

Die Müllfahrer streiken für höhere Löhne – zur Zeit bekommen sie 35 Pfund in der Woche (etwa 210 DM). Es ist ein "inoffizieller" Streik, wie die Mehrzahl aller Streiks in Großbritannien, d.h. er wird nicht von der Gewerkschaftsspitze (hier der Transport and General Workers' Union) unterstützt, sondern durch die Shop Stewards, den unmittelbaren Vertretern der Arbeiter (vergleichbar mit unseren Vertrauensleuten), geführt.

Die Verhandlungen kamen bisher zu keinem Ergebnis. Die von der Labour Party kontrollierte Gewerkschaftsführung will sich auf keinen besonderen Abschluß in Glasgow einlassen, weil sie befürchtet, weitere Teile des öffentlichen Dienstes würden dann dem Beispiel der Müllwagenfahrer folgen und Forderungen aufstellen. In Glasgow türmt sich also der Abfall: 80 000 Tonnen, vor allem in den Arbeiterwohngebieten.

Der Labour-Stadtrat von Glasgow zetert von Seuchen- und Gesundheitsgefahr. Statt jedoch die Lohnforderungen zu erfüllen, ruft er um Hilfe: 800 Soldaten, die zum Wochenende unter Umständen auf 1 300 erhöht werden sollen (England hat eine Berufsarmee).

Doch gegen diese üble Streikbrechertaktik entwickeln die Arbeiter ihren Widerstand: Streikposten werden eingesetzt.

Die Elektriker, die zur Zeit auch um höhere Löhne kämpfen, weigerten sich, die Müllverbrennungsanlagen zu betätigen, so daß der Müll vorerst nur verlagert werden konnte. Die lokale Feuerwehrgewerkschaft erklärt, daß sie mit den Truppen nicht kooperieren werde. Ungefähr 1 000 Shop Stewards, die 50 000 Arbeiter in Westschottland repräsentieren, machten einen Protestmarsch von 3 Meilen.

Zum gleichen Zeitpunkt erreichten jetzt die Müllfahrer von Liverpool einen Abschluß, nach acht Wochen Streik, wogegen zuletzt "private" Streikbrecher eingesetzt wurden. Sie bekommen 2.63 Pfund mehr pro Woche. Sie forderten 5 Pfund, um auf einen Grundlohn von 37.50 Pfund (etwa 225 DM) für eine 40-Stunden-Woche zu kommen. Jetzt haben sie etwas über 210 DM erreicht.

Dieser Truppeneinsatz jetzt gegen die schottischen Müllwagenfahrer zeigt, wie die Labour Party ihren "Sozialvertrag" um jeden Preis retten will. Sie war mit diesem "Sozialkontrakt" in die Wahl und auch in die Regierung gezogen, als dem Weg eines verständigen Zusammenarbeitens zwischen Regierung und Gewerkschaften, "gemeinsam" die Probleme der Krise zu lösen. Der Vertrag heißt: Festgesetzte obere Lohngrenzen sollen gegen Lohnverteilung und soziale Reformen "getauscht" werden. Der "Sozialvertrag" soll die englischen Arbeiter von ihren berechtigten Kämpfen abhalten – mit dem Appell an die Zusammenarbeit und das Gemeinwohl.

Ziel ist, die Folgen der Krise des englischen Kapitalismus (20 % Inflation!) auf den Rücken der Arbeiter abzuladen. Außerdem: Was von sozialen Reformen zu halten ist, kann man an den drastischen Kürzungen von Sozial- und Bildungsausgaben sehen! Die Arbeiter sollen den Gürtel enger schnallen und auf ihren Lohn verzichten.

Die ganzen letzten Monate ist Großbritannien durchzogen von Streiks für höhere Löhne, gegen Entlassungen und Fabrikschließungen. Um nur einige zu nennen: Der Streik und die Besetzung der Arbeiterinnen des Elektrokonzerns SEI für "gleichen Lohn", der Streik der schottischen Lastwagenfahrer, der nationale Streik der Backarbeiter, der gegenwärtige Streik von 10 000 Londoner Dockarbeitern, die Besetzung der Imperial Typewriter Fabrik in Hull durch die Arbeiter. Die Bergarbeiter durchbrachen als erste mit ihrem Lohnabschluß den Sozialvertrag, auch wenn er unter ihren Forderungen lag!

Immer mehr Arbeiter lassen sich durch den Sozialvertrag nicht von ihren wirtschaftlichen Kämpfen abhalten und handeln gegen die Gewerkschaftsführung. Politisch ist jedoch der Glaube an die Labour Party als eine Partei der Arbeiterklasse bei weitem nicht zerstört. Aber der "Sozialvertrag" als ein Weg der herrschenden Klasse, die Krise zu überwinden, kommt ins Wanken, je mehr sich die Kämpfe der Arbeiter und die wirtschaftliche Krise zuspitzen. Der Truppeneinsatz zeigt die Methode der Labour Party, diesen Weg zu retten.

G., zur Zeit in England

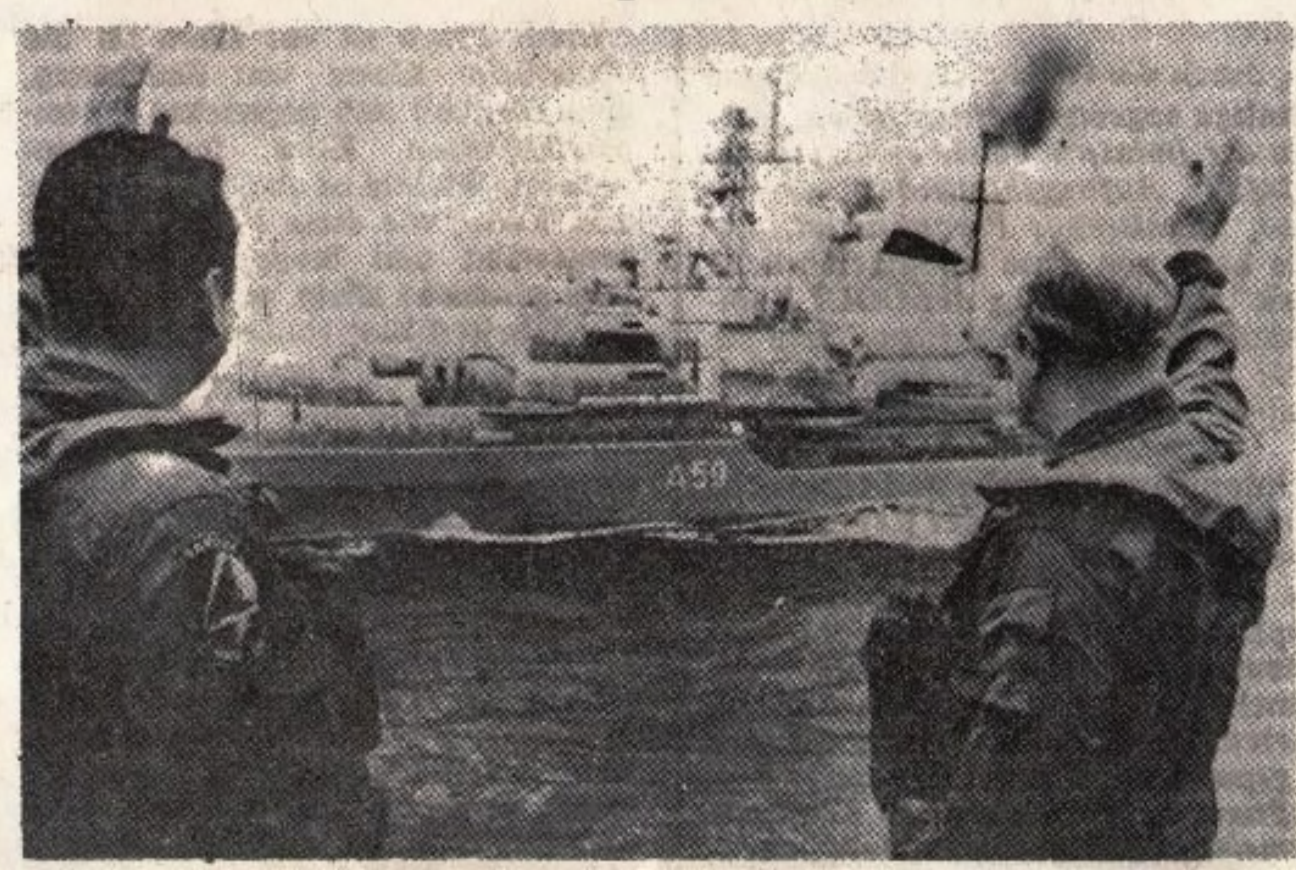
In der vergangenen Woche haben die britischen Küstenfischer 50 Häfen in allen Landesteilen mit ihren Kuttern blockiert. Das Bild zeigt die Blockade des Hafens von Aberdeen in Schottland. Die Fischer fordern die Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf 50 Seemeilen, eine Einfuhrsperre für Fisch aus Ländern, die nicht der EG angehören (Island, Norwegen, Polen), weitere Regierungsmaßnahmen zum Schutz der britischen Küstenfischerei. Mit ähnlichen Maßnahmen hatten vor einigen Wochen auch die französischen Fischer gegen die Verschlechterung ihrer Lage durch ausländische Importe, hohe Treibstoffkosten und vor allem die Verseuchung der Fanggründe durch Industrieabwässer protestiert.

Die BRD in den Fußstapfen des US-Imperialismus

Die Bundesregierung unternimmt derzeit große Anstrengungen, um die auseinanderfallende Südflanke der NATO wieder zu stabilisieren.

Die Sorgen des westdeutschen Imperialismus, daß die Völker im Süden Europas den militärischen Knüppel der imperialistischen Interessen, insbesondere des US-Imperialismus vom Hals sich schaffen, rufen hektische Betriebsamkeit hervor. Dabei ist der westdeutsche Imperialismus überall bestrebt, in die Fußstapfen des US-Imperialismus zu treten. Als der US-Kongreß weitere Waffenhilfe an die Türkei untersagte, bot die Bundesregierung ihrerseits Waffenlieferungen an. Zugleich versucht sie, Griechenland wieder an die NATO zu binden, nachdem die Karamanlis-Regierung unter dem Druck der Volksmassen gezwungen war, den Austritt aus dem militärischen Bündnis zu verkünden. In Portugal versucht die westdeutsche Bourgeoisie über die verschiedenen Parteien Einfluß zu nehmen, und alle Bestrebungen zu unterstützen, die der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Herrschaft in Portugal und einem Verbleib Portugals in der NATO dienen.

Hinter den besorgten Äußerungen westdeutscher Politiker, daß eine "kommunistische Diktatur drohe", wie sie in letzter Zeit vor allem zu Portugal ausgesprochen wurden, stecken zwei unterschiedliche Befürchtungen. Einerseits, daß die Völker den Weg der Unabhängigkeit beschreiten und zugleich unter Führung der Arbeiterklasse den Sozialismus erkämpfen, und damit der imperialistischen Abhängigkeit und Ausbeutung verloren gehen, andererseits die Befürchtung, daß sie in den Einfluß- und Machtbereich des russischen Sozialimperialismus fallen, also an die imperialistische Konkurrenz verloren gehen.



Rechts im Bild Verteidigungsminister Leber. Er besichtigte am 25.3. den Aufmarsch der 7.US-Flotte im Mittelmeer.

Fragen der "gemeinsamen und internationalen Sicherheitspolitik" diente auch der Besuch Außenminister Genschers beim Franco-Regime Spaniens in der letzten Woche. Fast unverhüllt zeigte er, daß die Bundesregierung auch über Spanien Einfluß auf die Entwicklung in Portugal nehmen möchte. Zugleich möchte sie erreichen, Spanien in das NATO-Bündnis aufzunehmen. Zu diesem Zweck möchte sie, daß das von den Volksmassen schon in die Enge getriebene Franco-Regime einen kontrollierten "Prozeß der Demokratisierung" einleite, also eine kosmetische Korrektur der alten Herrschaft, um eine Eingliederung in NATO und Europäische Gemeinschaft nach außen vertreten zu können. Zu gleicher Zeit, als Genscher in Spanien weilte, verstärkten die USA ihre Truppen in Südspanien um 7 000 Mann. Bundeswehrminister Leber beteiligte sich derweil an einem NATO-Flottenmanöver im Mittelmeer als Gast auf dem US-Flugzeugträger Forestal. Auf unserem Bild grüßt er das Kriegsschulschiff "Deutschland", das ebenfalls zu dieser Zeit im Mittelmeer kreuzt.

–bb–

Polen: Das Volk muß hungern

Die polnischen Revisionisten geraten zunehmend in wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten!

Obwohl Polen traditionell ein Agrarland ist, ist es nicht in der Lage, seine eigene Lebensmittelversorgung aufrechtzuerhalten. Frauen stehen vor den Geschäften Schlange, um die einfachsten Grundnahrungsmittel zu bekommen: Milch wird nur als Magermilch verkauft, Butter gibt es nur zweimal wöchentlich. Diese Einschränkungen gelten natürlich nur für die Arbeiter und das Volk, die Funktionäre und Bürokraten können weiter alles bekommen.

Gegen diese Zustände hat das polnische Volk angefangen zu kämpfen. So kam es in Warschau spontan dazu, daß Hausfrauen in einem Geschäft, das nur für die Bürokraten gedacht ist, die Regale voller teurem Cognac (!) und Whisky (!) zertrümmerten. Der 'Spiegel' schreibt dazu: "Der Mangel an Lebensmitteln in der VR Polen hat sich in den letzten Wochen dramatisch zugespitzt." (Nr.14/75)

Der Parteichef der revisionistischen Kommunistischen Partei, Gierek, sieht seinen Posten schon in Gefahr, denn 1970 wurde sein Vorgänger Gomulka wegen Arbeiterstreiks von der Parteispitze geopfert, um die Unruhen unter Kontrolle zu bekommen.

Geändert hat sich aber an der Versorgung seit 1970 nichts. Der 'Spiegel' berichtet von zahlreichen Streiks der Arbeiter, die teilweise brutal von der Polizei auseinandergetrieben wurden. Anti-Gierek-Plakate werden nachts geklebt, die darauf anspielen, wie er noch 1970 unter dem Motto "Helft uns, Genossen!" durch die Betriebe zog, um "Ruhe und Ordnung" wiederherzustellen. Nun rufen die Arbeiter Gierek auf diesen Plakaten zu: "Wir wollen Dir helfen, Genosse!", worauf dieser antwortet: "Nicht nötig, Genossen!" – dabei hält er einen großen Schinken in der Hand.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommen nicht von ungefähr, sie sind Resultat der Tatsache, daß Polen ein revisionistischer Staat geworden ist und den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat.

Polen hat sich zum einen in große Abhängigkeit vom Westen begeben, aus dem es Konsumgüter importiert, zum anderen bezieht es seine Rohstoffe – vor allem Erdöl – aus der Sowjetunion. Sowohl die westlichen Waren als auch die sowjetischen Rohstoffe sind in der letzten Zeit stark im Preis gestiegen, die Preise für landwirtschaftliche Produkte aber sind konstant geblieben. Durch diese Zustände ist Polen extrem devisenabhängig geworden. Es muß mehr Agrarprodukte exportieren, und das Volk muß hungern.

Diese Entwicklung zeigt, was von der von der Sowjetunion erzwungenen sogenannten "sozialistischen Arbeitsteilung" zu halten ist: Die Sozialimperialisten nutzen ihre Stärke, um die schwächeren RGW-Staaten auszubeuten, und zwingen diesen eine völlig einseitige wirtschaftliche Struktur auf, während sie noch gut an der Sache verdienen.

Wirtschaftliche Krisen existieren im Gegensatz zu den Lügen der DKP also genauso in den RGW-Staaten. Sie werden erst durch die Revolution und den Aufbau des Sozialismus beseitigt werden.

–A.S., Herne–

7000 GIs in Spanien gelandet?

Portugal verbietet US-Nachschub für Israel die Zwischenlandung auf den Azoren bei neuem Krieg.

Sollten amerikanische Truppen in Portugal intervenieren im Fall, daß Spinola mit seinem Putschversuch Erfolg gehabt hätte?

Die spanische Zeitung "Correo de Andalucia" berichtet, daß gerade am 11.März, dem Tag des Putschversuches von Spinola, 7 000 amerikanische Soldaten in der Nähe von Cadiz auf einem US-Marinestützpunkt an Land gegangen sind. Die Soldaten hätten ausgesehen wie Südamerikaner, heißt es weiter. Das Franco-Regime geht gegen die Journalisten dieser in Sevilla erscheinenden Zeitung vor. Außerdem sind 20 weitere spanische Journalisten verhaftet worden, die die Meldung ebenfalls verbreiteten.

Die Zeitung schreibt, daß sie nicht genau wisse, warum die Soldaten gelandet seien. Aber sie sagt, daß ihren Quellen zu entnehmen sei, daß die Truppenbewegung vorgenommen worden sei, weil das Pentagon, das US-Kriegsministerium, besorgt über die Entwicklung der Lage und der Zukunft Portugals sei. Besondere Sorge macht den US-Imperialisten die Ankündigung der portugiesischen Regierung, die Azoren für US-Flugzeuge im Fall eines neuen Nah-Ost-Krieges zu sperren. Die Azoren waren der Stützpunkt, auf dem alle US-Flugzeuge bei ihren Nachschubflügen für Israel im letzten Nah-Ost-Krieg zwischenlandeten.

Der US-Botschafter in Portugal – Spezialist des CIA.

Carlucci, der amerikanische Botschafter, der seit dem Militärcoup der Offiziere in Lissabon residiert, stellte sich auf einer Pressekonferenz den Journalisten. Er wollte seine Person reinwaschen von allen Gerüchten, daß er ein Mann des CIA sei, ein Spezialist für die Konterrevolution.

Von Operationen der US-Flotte vor der Küste Portugals am 11.März sei ihm ebensowenig bekannt wie von der Landung von 7 000 Soldaten in Spanien. Über die Azoren-Frage könne er nichts sagen, weil darüber zwischen den Regierungen direkt verhandelt werde.

Die Journalisten legten seinen "Lebensweg" offen: Begonnen hat er seine Karriere in der Südafrikanischen Republik, dann ging er nach Zaire und anschließend nach Brasilien. Zwischendurch war er noch in Sansibar. Er wurde über die amerikanische Intervention im Kongo 1960/61 und die Ermordung Lumumbas, des ehemaligen Präsidenten des Kongo, befragt. Er war damals Mitglied der US-Botschaft im Kongo.

Vom Kongo ging Carlucci nach Sanisbar. Dort wurde er bald zur "unerwünschten Person" erklärt, weil die Behörden ein Telefongespräch mitbekommen hatten, in dem es um die Einmischung in Sansibar ging. Carlucci wurde ausgewiesen. 1965 wurde er dann Botschafter in Brasilien. Der brasilianische Präsident Goulart sei vor seiner Ankunft bereits gestürzt worden. Mit dem Sturz dieses Präsidenten habe er also nichts zu tun, versuchte sich Carlucci herauszureden. Schließlich sei er dann noch in Washington Direktor der Organisation "Kampf dem Hunger" gewesen. Wer könnte ihn da verdächtigen, jemals Agent des amerikanischen Geheimdienstes gewesen zu sein!

–g.j.–

Südafrika: Terrorprozeß gegen 13 Afrikaner

In der Republik Südafrika sind dreizehn Mitglieder der SASO (Südafrikanische Studentenorganisation) und der BPC (Black People's Convention) angeklagt. Die SASO und die BPC sind Organisationen der schwarzen Afrikaner, die gegen die weiße Herrschaft in Südafrika kämpfen.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, sie wollten mit revolutionären, gewaltsamen Mitteln den Staat stürzen; sie hätten farbige Bevölkerungsgruppen auf die gewaltsame Revolution vorbereitet, den rassistischen Haß gegen die Weißen geschürt und diese als unmenschliche Unterdrücker der Schwarzen hingestellt. Die Mindeststrafe beträgt 5 Jahre Gefängnis, die Aussicht der Angeklagten ist aber die Todesstrafe.

Am ersten Verhandlungstag sangen die Angeklagten afrikanische Freiheitslieder und erhoben geballte Fäuste, als sie den Gerichtssaal betraten. Sie wurden von der anwesenden Öffentlichkeit stürmisch begrüßt. Auf Antrag der Verteidiger, denen lediglich ein Monat zur Vorbereitung des Prozesses zur Verfügung stand, im Gegensatz zu fünf Monaten für die Staatsanwaltschaft, wurde die Verhandlung um einen Monat auf Ende April verschoben. Die Angeklagten wurden von den Sicherheitsbeamten mit brutaler Gewalt aus dem Gerichtssaal wieder abgeführt.

Der Prozeß ist von großer Bedeutung in der Südafrikanischen Republik. Er richtet sich gegen die "Black Consciousness"-Bewegung, das bedeutet etwa "schwarzes Selbstbewußtsein", die sich in vieler Hinsicht an der "Black Power"-Bewegung in den USA orientiert und in den letzten Jahren eine breite Unterstützung unter der schwarzen Bevölkerung in der Südafrikanischen Republik gewonnen hat.

–H.B.–

Die Verfassung der Offiziere

Die "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) versucht die portugiesischen Parteien, die sich an den Wahlen am 25.April beteiligen, auf politische Unterordnung unter die Macht der Offiziere festzulegen.

Den Parteien wurde am vergangenen Wochenende ein Dokument vorgelegt, in dem die Politik für die kommenden 5 Jahre festgelegt ist. Die Parteien haben nur die Wahl, zu unterschreiben oder nicht.

Der Verankerung der Machtposition der Offiziere in der Verfassung dient dieses Dokument: Mindestens 3, höchstens 5 Jahre werden die Offiziere an allen Entscheidungen in Portugal beteiligt sein. Wie soll das geschehen? Die Offiziere bleiben in der Regierung. Es wird nach Verkündung der Verfassung und der Wahl eines Parlamentes Minister geben, die nicht dem Parlament, sondern der "Bewegung der Streitkräfte" (MFA) verantwortlich sind.

Neben dieser Sicherung des Einflusses der Offiziere über die Regierung ist aber ein weiterer entscheidender Punkt in dem Dokument enthalten: Entscheidungen der gesetzgebenden Körperschaft gegen Beschlüsse der MFA müssen, wenn sie ausgeführt werden sollen, mit 3/4-Mehrheit gefällt werden.

Weitere Richtlinien sind das Wirtschafts- und Sozialprogramm der MFA, dessen Durchführung gewährleistet werden muß durch zukünftige Regierungen. Der Hebel aber, um ihre Macht tatsächlich zur Geltung zu bringen, ist darin zu sehen, daß der gesamte militärische Bereich der Verantwortlichkeit einer zukünftigen Regierung entzogen wird und ausschließlich unter der Kontrolle der MFA steht. Zugleich ist die allgemeine Wehrpflicht Bestandteil des vorgelegten Dokuments.

In einem Interview mit der DKP-Zeitung "UZ", in dem der Revisionistenführer Cunhal dieses Dokument der Offiziere ausdrücklich begrüßt, sagt er zustimmend: "Portugal geht seinen Weg."

Am Anfang dieses Weges steht der Militärcoup der Offiziere der MFA gegen den Faschismus. Seitdem ist dieser Weg gekennzeichnet durch immer größere Einschränkungen der Demokratie in Portugal. Das nun vorgelegte Dokument bedeutet nicht die Entwicklung der Demokratie, sondern es ist die Einschränkung der Demokratie.

Cunhal erklärt: *"Eine der spezifischen Charakteristiken der portugiesischen Revolution ist die Unvereinbarkeit zwischen den demokratischen Freiheitsrechten und der ökonomischen Macht der Monopole."* Er sagt weiter, die Beseitigung der ökonomischen Macht der Monopole und des Grundbesitzes sei die Voraussetzung für die breitesten Freiheitsrechte.

An diesem Beispiel kann man gut sehen, wie wenig die portugiesische Kommunistische Partei tatsächlich etwas mit dem Kommunismus zu tun hat. Sie redet nicht einmal mehr von der Diktatur des Proletariats, dem Kern des Marxismus-Leninismus. Stattdessen dient sie sich einer Diktatur der Offiziere an. Die Diktatur des Proletariats aber ist die einzige Garantie dafür, daß sowohl die "Macht der Monopole" gebrochen wird – und nicht nur das –, sondern daß die Macht der ganzen bürgerlichen Klasse zerschlagen wird. Zugleich mit der Zerschlagung der Macht der bürgerlichen Klasse entwickelt die Arbeiterklasse die breiteste Demokratie für das Volk. Diesen Weg wird die Arbeiterklasse gehen und sie wird sich ihre revolutionäre Avantgarde-Organisation, die marxistisch-leninistische Partei, schaffen, die diesen Weg organisiert.

–g.j.–

Die Imperialisten erreichen ihr Ziel nicht

Umwandlung der Energiekonferenz in Rohstoffkonferenz

Am Montag, dem 7.April, hat in Paris eine Vorkonferenz über Energiefragen begonnen. Auf dieser Konferenz geht es um die Festlegung einer Tagesordnung und der Themen für die Hauptkonferenz, die im Juni stattfinden soll. An dieser Vorkonferenz nehmen die USA, die Europäische Gemeinschaft und Vertreter der sogenannten Energieagentur auf der einen Seite teil. Diese Agentur ist ein Kartell, das unter der Führung der imperialistischen Länder aus 18 ölverbrauchenden Ländern gebildet wurde. Es hat zum Ziel, durch mögliche gemeinsame Aktionen gegen die ölproduzierenden Länder vorzugehen.

Von Seiten der ölproduzierenden Länder nehmen Algerien, Venezuela, Saudi-Arabien und der Iran teil. Die ölproduzierenden Länder, die sich in der 'Organisation der ölexportierenden Länder' (OPEC) zusammengeschlossen haben, führten zur Festlegung ihrer Haltung kürzlich eine Gipfelkonferenz in Algier durch. Dort setzten sich die Vertreter jener Länder durch, die ein gemeinsames Vorgehen mit den Entwicklungsländern vorschlugen.

Die Entwicklungsländer werden von Indien, Zaire, Brasilien vertreten. Die Entwicklungsländer haben zwei Konferenzen zur Bestimmung ihrer Position durchgeführt: sie trafen sich in Dakar zuerst und wenig später in Algier. Sie legten fest, daß nicht nur über Öl auf dieser Konferenz verhandelt werden solle, sondern überhaupt über Rohstoffragen. Ihre Haltung steht im Einklang mit dem Beschluß der 6.Sonderkonferenz der UNO im April vergangenen Jahres. Dort wurde beschlossen, eine neue Ordnung der Weltwirtschaft zu suchen, die aufbaut auf Beziehungen der Gleichberechtigung.

Am Dienstag wurde gemeldet, daß die Entwicklungsländer sich bereits in einem wichtigen Punkt durchsetzen konnten: Im Juni wird die Hauptkonferenz mit der Teilnahme einer größeren Zahl von Entwicklungsländern stattfinden. Die Imperialisten hatten den Plan, nur eine sehr kleine Zahl von Entwicklungsländern zuzulassen. Außerdem wollten sie bestimmen, wer eingeladen wird. Dieser Erfolg der Länder der Dritten Welt ist für das Kräfteverhältnis bedeutend –g.j.–

Kapitalistennöte

Dem Manne kann geholfen werden!

"Investieren? Oder nicht investieren?" Das ist hier die Frage!

Mit der oben abgebildeten Werbung stellt die Firma 'COLT International' an alle Kapitalisten die Gretchenfrage des Profitsystems: "Wie hälst du's mit dem Investieren, sprich?". Das eherne Gesetz des Kapitalismus 'Je ein großer Kapitalist schlägt mehrere kleine tot', daß jeden Kapitalist bei Strafe seines eigenen Untergangs zwingt, seine Konkurrenten durch ständige Investitionen auf wachsender Stufenleiter aus der Bahn zu drängen, wird in dieser Anzeige durch einen Bourgeoisvertreter äußerst plastisch dargestellt. Einen gewissen Sinn für Realität kann man der Bourgeoisie also nicht absprechen.



Investieren? Oder nicht investieren?

Investitionspausen in der Industrie haben etwas Lebensgefährliches: rückläufige Auftragsbestände, verminderter Personalstand, stagnierende Produktivität, sinkender Gewinn.

Doch die deutsche Industrie hat es fast wieder geschafft: Fleiß gepaart mit Unternehmergeist und Verantwortungsbewußtsein haben die starken Konjunkturschwankungen gemeistert. Die Entwicklung der letzten Wochen stimmt optimistisch.

Unkenrufe und übertriebenes Krisengerede würden jetzt nur den Gegnern unserer Wirtschaftsordnung dienen.

Aufgabe des Augenblickes für die deutsche Wirtschaft ist es, zu investieren. Mit dem verminderten Personalstand die Produktivität zu steigern.

Die Investition in ein optimales Lüftungssystem schafft in Ihren Fertigungsstätten eine optimale Arbeitsumwelt – Voraussetzung für die Senkung der Ausschußraten, der personellen Ausfallquoten und für die Steigerung Ihrer Produktivität und Konkurrenzfähigkeit.

Fragen Sie COLT International nach seinen Erfahrungen mit unproduktivem Arbeitsklima. Und wie COLT dieses Problem in allen Branchen der Industrie gelöst hat. Oft mit dem zusätzlichen Nutzen des industriellen Brandschutzes.

Bei Neubauprojekten in bewährter Zusammenarbeit mit Ihrem Ingenieur- oder Architekturbüro.

COLT International GmbH, 4190 Kleve, Briener Straße 186. Tel. Nr. (02821) 7801-1

Das COLT-System beseitigt die Lüftungsprobleme der Industrie.

Gegnern unserer Wirtschaftsordnung dienen.

duktivem Arbeitsklima. Und wie COLT dieses Problem in allen Branchen der

So stellt die Anzeige, durch die andere Kapitalisten zum Kauf einer Lüftungsanlage angeregt werden sollen, fest: *"Investitionspausen in der Industrie haben etwas lebensgefährliches: Rückläufige Auftragsbestände; verminderter Personalbestand, stagnierende Produktivität, sinkende Gewinne."* Wie kann nun diese lebensgefährliche Lage für die "Industrie" nach Meinung der COLT-Kapitalisten behoben werden? *"Aufgabe des Augenblicks für die deutsche Industrie ist es, zu investieren. Mit dem verminderten Personalbestand die Produktivität zu steigern."*

Das ist eine klare 'Unternehmer'sprache und entspricht vollkommen dem derzeitigen Vorgehen der Kapitalisten: möglichst viele Arbeiter rausrationalisieren, mit dem Rest der Belegschaft mehr oder gleichviel produzieren und mit den 'Arbeitsplatzsicherungs'milliarden der Bundesregierung aus Steuergeldern neue Maschinen anschaffen, die 'noch mehr Arbeiter wegmachen und die Ausbeutung intensivieren. Das heißt dann in der offiziellen Sprache: *"Fleiß gepaart mit Unternehmergeist und Verantwortungsbewußtsein haben die starken Konjunkturschwankungen gemeistert."* Um den 'Fleiß' anzukurbeln, empfiehlt COLT International die Anschaffung ihres 'optimalen Lüftungssystems, denn dies sei: *"Voraussetzung für die Senkung der Ausschußraten, der personellen Ausfallquote und für die Steigerung ihrer Produktivität und Konkurrenzfähigkeit."*

Wir können also festhalten:

1. Die Bourgeoisie hat einen gewissen Sinn für Realität, wenn sie feststellt: "Sein (investieren) oder nicht sein (nicht investieren) ist hier die Frage", denn so steht für jeden einzelnen Kapitalisten die Frage.

2. Die Bourgeoisie hat absolut keinen Sinn für den Lauf der Dinge. Denn es gibt nicht nur das eherne Gesetz der Konkurrenz der Kapitalisten, sondern ebenso die unumstößliche Tatsache: "Sie (die Bourgeoisie) produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich" (Kommunistisches Manifest). Dies ist aus einer wissenschaftlichen Voraussage bereits zur Realität in einigen Ländern geworden.

Und so wird auch hier in Westdeutschland nicht der Kapitalist sich die Pistole an den eigenen Kopf setzen, sondern die Arbeiterklasse und die Volksmassen werden dem Kapitalisten die Sorgen nehmen, indem sie ihn enteignen.

Das ist die einzig notwendige Korrektur an dem Bild der COLT-Kapitalisten. –R.L., Freiburg–

der COLT-Kapitalisten. –R.L., Freiburg–

Worauf man sich nicht verlassen darf...

Diese Frage ist vor allem für die bürgerliche Klasse von Bedeutung, denn sie fühlt sich angesichts der imperialistischen Krise immer unsicherer. Wichtig ist aber auch die Art und Weise, wie diese Frage hin- und hergewälzt und breitgetreten wird. Dies geschieht allein zu dem Zweck, die Arbeiterklasse vom entschiedenen Kampf gegen die Folgen der Krise abzuhalten, indem man einen baldigen Aufschwung verspricht. Wer das glaubt, muß leider erleben, daß er immer wieder vertröstet wird. Dies sei an einigen Überschriften der bürgerlichen Presse demonstriert.

Am 31. Januar 1974 erklärte die Bundesregierung in ganzseitigen Anzeigen: **Der Aufschwung kommt. Im Frühsommer sind wir über dem Berg.** Weil offensichtlich diese Anzeige wenig überzeugte, folgte bald eine weitere mit dem Titel: **Darum kommt der Aufschwung** und die Anzeige schloß: **Nich beirren lassen. Der Aufschwung kommt.**

In der Zeit danach waren in der bürgerlichen Presse folgende Schlagzeilen zu lesen:

6. März: **Vom Aufschwung ist noch nichts zu spüren.** (Süddeutsche Zeitung)

10. März: **Wirtschaftsaufschwung im Sommer oder im Herbst?** (Weserkurier), was sich auf eine Äußerung von eben jenem Kanzler Schmidt bezog, der mit seinem Konterfei o.g. Anzeige zitierte.

20. März: **Über den Zeitpunkt des Aufschwungs noch uneins.** (Süddeutsche Zeitung)

4. April: **Aufschwung noch nicht gesichert.** (Weserkurier)

Noch kein Aufschwung bemerkbar. (Süddeutsche Zeitung)

Es spiegelt dies alles die Unfähigkeit der bürgerlichen Ökonomen wieder, der Anarchie der kapitalistischen Produktion mit ihren Thesen und Prognosen Herr zu werden. Es zeigt sich aber auch die Methode der bürgerlichen Politiker, die dem Volk ein X für ein U vormachen wollen.

Man darf sich von beiden nicht beirren lassen.

Die nebenstehende Anzeige der SPD ist aus dem Wahljahr 1972. Auf diese Anzeige hat die CDU/CSU aus verständlichen Gründen genüßlich in den letzten Monaten immer wieder hingewiesen. Aber diese Anzeige dokumentiert nur eines: nämlich daß es im Kapitalismus Krisen gibt und Arbeitslosigkeit, sowohl wenn die CDU/CSU regiert, als auch wenn die SPD/FDP-Koalition die Regierung stellt. Und der Gang der Geschichte beweist, daß keine bürgerliche Regierung Krisen vermeiden kann. Denn die Krisen entstehen aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst, die jede der bürgerlichen Regierungen verteidigt.

Die heutige Krise ist tiefer und wirkt weltweit. Die Subventionen, die die SPD an die Kapitalisten ausgeworfen hat, sind noch weit größer als nach 1967, der Abbau des Reallohns nun schon tiefer und langandauernder. In dieser Situation versucht nun

nun schon tiefer und langandauernder. In dieser Situation versucht nun

die CDU, ihrerseits als Retter aus der Krise die SPD wieder abzulösen und das Spiel zu wiederholen. Ändern kann sich die Lage der Arbeiterklasse nur, wenn sie selbst Herr über die Produktion wird und zu diesem Zweck die politische Macht der Kapitalistenklasse und ihres bürgerlichen Staates zerschlägt.

Leistungen zählen.

Deutschland hat sichere Arbeitsplätze. Darauf sind wir alle stolz.



Das muß so bleiben. Wir haben die sichersten Arbeitsplätze in Europa. Vollbeschäftigung, seit Sozialdemokraten regieren. Und sozialen Frieden. Das ist heute die Lage.

So sah 1966/67 die Rezession aus: 673.572 Arbeitslose. 343.718 Kurzarbeiter. Und Millionen von Familienvätern hatten Angst um ihre Existenz. Die CSU/CDU hatte die Rezession gewollt. Und heute will sie wieder Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer machen. Dazu CDU-Bundestagsabgeordneter Bremer, Pinneberg, am 4. 10. 1972: Die CDU ist bereit, eine Arbeitslosenquote von zwei Prozent in Kauf zu nehmen.

Jeder Deutsche soll wissen, was das bedeuten würde: Eine halbe Million Arbeitslose. Existenzangst. Radikalismus. Dazu darf es nicht kommen. Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiter regieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher.

Wählen Sie am 19. November SPD.

Willy Brandt muß Kanzler bleiben.

„Kirche und Unternehmer haben denselben Gegner"

Der Zentralvorstand des Deutschen Kolpingwerkes in Köln hat den Beschluß gefaßt, daß die Ziele der DKP, KPD, NPD und der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD mit den Zielen des Kolpingwerkes unvereinbar seien.

Das Kolpingwerk ist eine katholische Jugendorganisation, die im 19. Jahrhundert gegründet wurde, um junge Arbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Jetzt hat das Kolpingwerk seine 200 000 Mitglieder aufgefordert, eventuell bestehende Doppelmitgliedschaften in einer dieser Organisationen aufzugeben.

Der Sprecher des Kolpingwerkes erklärte, daß sich die christlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen nicht mit dem kommunistischen oder sozialistischen Weltbild vereinbaren ließen. So träten die Jungsozialisten für die Fristenlösung beim § 218 und für die Vergesellschaftung von Unternehmen ein. Von Seiten des Kolpingwerkes ist das ein Schritt, um die Reihen zu schließen und die Jugendlichen vor rebellischen Gedanken abzuschirmen.

Die Jungsozialisten reagierten auf diesen Beschluß mit scharfer Kritik, nannten ihn "ungesetzlich" und wollen ihn gerichtlich anfechten lassen. Der SPD-Vorstand ließ ihn für eine "Ungeheuerlichkeit und Provokation" erklären.

Vom sonst so fortschrittlichen Auftreten der Jungsozialisten ist keine Rede mehr. Statt ihrerseits alle Jungsozialisten aufzufordern, endlich aus der Kirche auszutreten, kämpfen sie jetzt für das Recht, auch als 'Sozialisten' unter Kutte oder Talar des Pfaffen Zuflucht suchen zu dürfen.

Das kommunistische und sozialistische Weltbild sind aber tatsächlich mit "christlichen gesellschaftspolitischen Vorstellungen" ganz und gar unvereinbar. Daß die arbeitenden Menschen zu Herren ihres Schicksals werden müssen und werden können, das ist die Grundvoraussetzung der Kommunisten. Daß sie ein von höheren Mächten auferlegtes Schicksal letztlich erleiden müssen, das ist die Lehre der Pfaffen. Es ist klar: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann über Kutte und Talar nicht vorankommen.

Deshalb ist es begrüßenswert, wenn Kardinal Döpfner, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, vor dem Bundesvorstand der Deutschen Industrie kürzlich festgehalten hat, daß Kirche und Unternehmer den gleichen Gegner haben. Der Kardinal sieht "nicht nur die Unternehmerschaft, sondern auch die Kirche und unsere gesamte freiheitliche Gesellschaft" bedroht.

Den Gegner selbst hat der Kardinal nicht genau benannt. Beklagt hat er nur "die Angriffe auf das private Eigentum" und die Forderung nach "Räten oder basisdemokratischen Lösungen". Der Sozialismus und die Demokratie, das sind immer schon die Gegner der Kirche gewesen. Das sind die Teufel, welche die Kirche bei den Ausgebeuteten und Unterdrückten austreiben will, um als "Trost der Armen" und zum Schutze der Reichen ihr Wesen treiben zu können. Wenn das arbeitende Volk sich zum Herrn der Produktion und der ganzen Gesellschaft macht, braucht es keine Religion mehr. Dann geht es mit der Kirche und der Pfaffenherrschaft über die Köpfe zu Ende.

–W.M.–

Dienst-entlassung

Gedicht gegen den § 218 verlesen

Wie die Gewerkschaftszeitung "IG Metall" 6/75 berichtet, hat der Norddeutsche Rundfunk den Moderator Wolfgang Hahn "bis auf weiteres" vom Dienst entlassen.

Grund: der CDU-Bundestagsabgeordnete Nordlohne aus Lohe/Oldenburg hatte sich beim NRD-Intendanten beschwert. Und zwar deshalb, weil der Moderator in einer Musiksendung das folgende Gedicht des Schriftstellers Kästner verlesen hat, welches sich gegen den § 218 richtet:

"Patriotisches Bettgespräch"

Geburtenrückgang hat er noch
gesagt,
sei, die Geschichte lehrt es,
Deutschlands Ende,
und deine Fehlgeburt hat er
beklagt,
und daß er, daß man abtreibt,
gräßlich fände.
Jawohl, wir sollen Kinder
fabrizieren.
Fürs Militär. Und für die
Industrie.
Zum Löhnesenken. Und zum
Kriegsverlieren!
Sieh dich doch vor. Ach so,
das war dein Knie.
Na komm, mein Schatz, wir wollen
ihm eins husten.
Dein Busen ist doch wirklich
noch famos.
Ob unsere Eltern, was wir wissen,
wußten . . .
Wer nicht zur Welt kommt,
wird nicht arbeitslos."

Der Sender will diese Maßnahme damit rechtfertigen, daß Hahn den Text nicht vorab vom zuständigen Redakteur genehmigen ließ. Wer fortschrittliche Aussagen genehmigungspflichtig macht, der muß Angst vor ihnen haben und steckt ganz offensichtlich mit jenen unter einer Decke, die das Volks mittels des § 218 unterdrücken!

–E.N.–